

Vorsitz Präsident Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

(ore 10.10)

PRÄSIDENT: Wir beginnen mit den Arbeiten. Ich bitte um den Namensaufruf.

DENICOLO': (Sekretär):(ruft die Namen auf)
(Segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Es sind eine ganze Reihe von Entschuldigungen. Diejenigen, die da sind, bitte ich hier zu bleiben sonst sind wir zu wenige. Chiodi, Gasperotti, Zendron, Frasnelli, Tosadori vormittag, Moser, Holzmann, Bondi, Ianieri, Casagranda, Conci-Vicini, Zandoni, Fedel und Pinter.

Ich bitte um Verlesung des Protokolls.

DENICOLO': (Sekretär):(verliest das Protokoll)
(Segretario):(legge il processo verbale)

PRÄSIDENT: Sind Einwände zum Protokoll. Keine, dann gilt das Protokoll als genehmigt. Wir haben jetzt zwei Tagesordnungsanträge vom Abgeordneten Pinter, er ist entschuldigt, aber das ist gleich. Abgeordneten Denicoló oder Willeit bitte ich, die Anträge zu verlesen. Abgeordneter Pinter wollte den ersten Antrag zurückziehen - aber jetzt ist er krank -, weil wir ihn darauf aufmerksam gemacht haben, daß mit diesem Antrag Rückverweisungsgründe entstehen könnten und dafür hätten wir dem zweiten zugestimmt. Da er aber nicht hier ist kann man gar nichts machen. Wir verlesen ihn aber. Bitte Abgeordneter Denicolò.

DENICOLO':

TAGESORDNUNGSANTRAG Nr. 1

Gesetzentwurf Nr. 77

"Maßnahmen im Bereich der Ergänzungsvorsorge in Zusammenhang mit den
Rentenfonds auf regionaler Ebene"

Einführung der Pflicht zur Ethik, sozialen Nützlichkeiten und Beschäftigungsförderung bei der Verwaltung der finanziellen Mittel der Rentenfonds der Region Trentino-Südtirol.

Angesichts dessen, daß der Regionalrat dabei ist, ein Paket von Maßnahmen zu verabschieden, mit denen die Errichtung und die Nutzung der Zusatzrentenfonds in der Region unterstützt werden soll;

Angesichts dessen, daß die künftige Verbreitung der Zusatzrentenfonds in unserem Land und in unserer Region eine unbekannte Mobilisierung privater Vorsorgeressourcen nach sich ziehen wird und daß diese weitgehend für Investitionen verwendet werden, die - wie einige Abgeordnete in der Kommission hervorgehoben haben - das konkrete Risiko mit sich bringen, daß die Zusatzrentenfonds mehr zum Vorteil jener gereichen, die sich verwalten müssen als jener, die investieren.

Angesichts dessen, daß das Kriterium der höchsten Ertragsfähigkeit der Fonds, das als einzige Bindung übernommen wird, dem Kriterium der sozialen Gerechtigkeit nicht gerecht wird, weil diese höchste Ertragsfähigkeit heute entweder von unnützen rein spekulativen, kurzfristigen Investitionen (z.B. Währungsspekulationen) oder von gierigen Investitionen in Ländern der dritten Welt gewährleistet wird, wo die Mindestrechte der Arbeitnehmer und der lokalen Bevölkerung nicht beachtet werden. Es kann auch nicht gesagt werden, daß - so wie die Dinge liegen - das Kriterium der höchsten Ertragsfähigkeit der Fonds die Begünstigungen für die Pensionsempfänger erhöhe, die sich in der Region entscheiden, dieses Vorsorgeinstrument zu benutzen. Dies dann, wenn in anderen Gebieten der Welt die Ressourcen für lokale Investitionen auf Kosten der Wirtschaft und der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit in der Region gehen.

Angesichts dessen ist es geboten, sich zu fragen, ob es zweckmäßig ist, die höchste Ertragsfähigkeit als einziges Kriterium bei der Verwaltung der Fonds sowohl aus ethischen Gründen als auch wegen der derzeitigen hohen sozialen und wirtschaftlichen Kosten gegenüber höherer zukünftiger Begünstigungen anzuwenden.

Angesichts dessen, daß die Ressourcen der Rentenfonds in nützlicherer Weise zur Förderung der Wirtschaft und der Dienstleistungen in der Region wie in der übrigen Welt eingesetzt werden sollten, um dazu beizutragen, die Lebensbedingungen zu verbessern.

All dies vorausgeschickt und weil es nicht zur Debatte steht, daß es notwendig ist, daß die Fonds ihre Ertragsfähigkeit aufweisen,

verpflichtet

der Regionalrat der autonomen Region Trentino-Südtirol

den Regionalausschuß

1. die Kriterien der Ethik und der sozialen Nützlichkeit der Festlegung der Kriterien, denen die territorialen Rentenfonds gerecht werden müssen, um die Unterstützung der Regionalverwaltung zu erlangen, zu berücksichtigen;

2. den Einsatz in einer Weise voranzutreiben, daß die Beschäftigung in der Region gefördert wird, und zwar im besonderen durch Investitionen in Einrichtungen für das Gemeinwohl und für Genossenschaften, die in der Lage sind, Dienste und eine Tätigkeit zu erbringen, mit denen eine bessere Lebensqualität gefördert wird;

3. den Einsatz eines Teils dieser finanziellen Ressourcen in ethisch ausgerichtete Investitionen innerhalb der internationalen Wirtschaft als Beitrag der Region Trentino-Südtirol und ihrer Bürger am Bau einer gerechteren und solideren Welt zu fördern und zu unterstützen.

Eingereicht vom Abgeordneten Printer.

PRÄSIDENT: Sind Wortmeldungen zur Tagesordnung. Bitte Frau Abgeordnete.

KURY: Beim Tagesordnungspunkt 1 fehlt noch die deutsche Übersetzung, beim zweier ist sie hinten drauf.

PRÄSIDENT: Il signor Tanas la ha. Entschuldigung Frau Abgeordnete.

Es war so vereinbart, daß der Abgeordnete Pinter diesen Antrag zurückzieht und daß wir den zweiten genehmigen. Er hat die vorangekündigte Zurücknahme noch nicht formalisiert. Es war so, wir haben gestern mit ihm geredet und haben ihm versucht zu erklären, daß dieser erste Antrag klare Rückverweisungsargumente aufweist, weil vorgeschrieben wird wie die Geldmittel eingesetzt werden sollten, was eigentlich bei einem Rentenfonds nicht möglich ist. Das würde genau in die Richtung der politischen Intervention über die Verwendung der Mittel gehen, was vom Staatsgesetz total ausgeschlossen wird. Das haben wir ihm erklärt, daraufhin hat er gemeint, wenn man den zweiten Antrag annimmt, könnte er den ersten Antrag zurückziehen. Wir sind dann so verblieben, denn der zweite Antrag geht auch aus Sicht der Mehrheit gut. Jetzt ist er nicht hier um es zu formalisieren, deswegen behandeln wir ihn kurz und wenn die Mehrheit meint, dann muß sie ihn halt ablehnen.

Abgeordneter Dalbosco, bitte.

DALBOSCO: Credo che il punto sollevato nell'ordine del giorno n. 1 del cons. Pinter sia piuttosto importante il riferimento normativo è chiaramente all'art. 2, comma 2, in merito al quale il cons. Pinter mi risulta che abbia presentato - qui circolano - delle proposte di emendamento, condivido lo spirito di questo ordine del giorno, infatti, egregi consiglieri, avrete ben presente che nell'art. 2, comma 2 di cui stiamo parlando, si stabilisce che i criteri in base ai quali i fondi debbono essere gestiti sono quelli di massima redditività ed economicità e in secondo luogo di sicurezza degli investimenti. Ora, penso sia a tutti evidente che in anni in cui si sta sviluppando oltre misura una economia sommersa strettamente collegata ai giri di affari criminali, qualche garanzia in merito anche ad altri criteri, che non siano quelli di stretta economicità nella gestione dei fondi dovrebbe pure essere data e stabilita dalla legge; dunque, egregio Presidente, le chiedo esplicitamente di chiarire i motivi tecnici per i quali questo ordine del giorno comporterebbe problemi in sede di visto della legge, anche perché da ciò segue, mi pare di capire, l'impossibilità, l'improponibilità dell'emendamento connesso a questo ordine del giorno, cioè la modifica del comma 2 dell'art. 2, siccome tale modifica mi sembra di estrema importanza, credo che il Consiglio abbia il diritto di conoscere con precisione i motivi che ostano ad un'approvazione dell'ordine del giorno e di conseguenza anche alla presentazione ed approvazione di emendamenti al comma citato.

Quindi, egregio Presidente, spero lei possa fornirci tutti i chiarimenti in materia, altrimenti ci troveremmo in imbarazzo in assenza del proponente cons. Pinter. Grazie.

PRÄSIDENT: Danke, weitere Wortmeldungen. Dann schließen wir die Debatte darüber ab.

Ich muß Ihnen sagen, daß der Antrag klar gegen die Prinzipien des Staatsgesetzes verstößt, die für die Fonds vorgesehen sind, wo solche Auflagen über die Zweckbestimmung der Mittel nicht möglich sind, weil damit die Freiheit der Investitionen seitens der Pensionsfonds beschränkt würde. Es sind also keine technischen Gründe, die hier vorgebracht werden, sondern schwerwiegende rechtliche Gründe, sodaß ich empfehlen muß den Antrag abzulehnen, wie übrigens mit dem Abgeordneten Pinter vereinbart worden ist - er wollte ihn ja zurückziehen - .

Wir stimmen darüber ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Bitte zählen. Sechs Stimmen dafür. Wer stimmt dagegen? Ja, das ist die Mehrheit. Wer enthält sich der Stimme? Fünf Enthaltungen. Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum zweiten Antrag. Ich bitte um die Verlesung.

DENICOLO':

TAGESORDNUNGSANTRAG Nr. 2

Gesetzentwurf Nr. 77

**"Maßnahmen im Bereich der Ergänzungsvorsorge in Zusammenhang mit den
Rentenfonds auf regionaler Ebene"**

Gewährleistung der Kontrolle bei der Verwaltung der Zusatzrentenfonds und der effektiven Rentenleistung

Angesichts dessen, daß der Regionalrat dabei ist, ein Paket von Maßnahmen zu verabschieden, mit denen die Errichtung und die Nutzung der Zusatzrentenfonds in der Region unterstützt werden soll;

Angesichts dessen, daß in anderen Ländern, wo die Zusatzrentenfonds bereits seit Jahren bestehen, das Problem der Kontrolle bei der Verwaltung dieser Fonds aufgetreten ist, d.h. letztendlich das Problem der Garantie der effektiven Auszahlung der Rente, da tatsächliche Schwindel zu verzeichnen sind;

Angesichts dessen, daß die staatlichen Bestimmungen, die wohl eine Reihe von Bindungen eingeführt haben, das Problem der Garantie der effektiven Rentenleistung nicht endgültig lösen;

Dies vorausgeschickt

verpflichtet

der Regionalrat der autonomen Region Trentino-Südtirol

den Regionalausschuß

1. Bindungen einzuführen, mit denen die höchstmögliche Kontrolle bei der Verwaltung der Fonds und die höchste Garantie für die tatsächliche Rentenleistung gewährleistet wird sowie Kriterien vorzusehen, denen die territorialen Rentenfonds gerecht werden müssen, um die Unterstützung der Regionalverwaltung zu erlangen.

Gezeichnet von Abgeordneten Pinter.

PRÄSIDENT: Die Diskussion ist eröffnet. Wer meldet sich zu Wort. Niemand. Dann schließen wir die Debatte ab. Ich empfehle die Annahme.

Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. Danke. Wer ist dagegen. Niemand und Enthaltungen keine. Damit ist der Antrag einstimmig genehmigt.

Wir stimmen jetzt über den Übergang zur Sachdebatte ab. Wer einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Das ist die breite Mehrheit. Wer stimmt dagegen. Zwei Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme?

Bei zwei Gegenstimmen, zwei Enthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen ist der Übergang zur Sachdebatte genehmigt.

Wir kommen jetzt zum Artikel 1. Ich verlese ihn.

Art. 1

(Agevolazione al funzionamento amministrativo-contabile dei Fondi pensione costituiti su base territoriale regionale)

1. Qualora vengano costituiti, a norma del decreto legislativo 21 aprile 1993, n. 124 e successive modificazioni, uno o più Fondi pensione per lavoratori dipendenti, a seguito di contrattazione tra le parti sociali a livello regionale ed uno o più Fondi pensione per lavoratori autonomi e liberi professionisti, promossi dalle rispettive associazioni e sindacati di rilievo regionale, la Regione, nell'esplicazione della competenza in materia di previdenza attribuitale dall'articolo 6 dello Statuto speciale di autonomia, approvato con decreto del Presidente della Repubblica 31 agosto 1972, n. 670, agevola il funzionamento dei Fondi stessi sotto il profilo amministrativo-contabile, secondo quanto disciplinato negli articoli seguenti.

Deutsch, bitte.

DENICOLO'

Artikel 1

(Erleichterung der verwaltungs- und buchhaltungstechnischen Arbeitsvorgänge in Zusammenhang mit den Rentenfonds auf regionaler Ebene)

1. Werden im Sinne des Legislativdekretes vom 21. April 1993, Nr. 124 mit seinen späteren Änderungen infolge von Verhandlungen unter den Sozialpartnern auf regionaler Ebene einer oder mehrere Rentenfonds für nichtselbständige Arbeitnehmer errichtet oder auf Verlangen der jeweiligen, auf regionaler Ebene wichtigsten Vereinigungen und Gewerkschaften einer oder mehrere Rentenfonds für selbständige Arbeitnehmer und Freiberufler geschaffen, so erleichtert die Region im Rahmen ihrer Zuständigkeit im Bereich Vorsorge laut Artikel 6 des Sonderstatutes, genehmigt mit DPR vom 31. August 1972, Nr. 670, die Abwicklung der verwaltungs- und buchhaltungstechnischen Arbeitsvorgänge betreffend die Rentenfonds auf regionaler Ebene. Diesbezüglich sind die nachfolgenden Artikel maßgebend.

PRÄSIDENT: Der Abgeordnete Benedikter hat das Wort.

BENEDIKTER: Der Einbringer Peterlini hat auf die eigentliche Frage nicht geantwortet und diese betrifft die Tatsache, daß die Region zuständig ist, den Staat im Sozialversicherungswesen zu ergänzen. Das hat sie getan, indem sie wie der Staat auch mit sogenannten Sozialrenten eingesprungen ist, die zwar vom Sozialversicherungsinstitut verwaltet, jedoch vom Staat finanziert werden. Dieser Gesetzesentwurf will anstelle des Staates das Zusatzrentenwesen auf regionaler Ebene fördern.

Das Staatsgesetz, worauf Artikel 1 sich bezieht, bestimmt jedoch im Artikel 8 - also das Staatsgesetz, Gesetzdekretes 21. April 1993 Nr. 124 - ausdrücklich, daß die Finanzierung auf den Rentenempfängern bzw. auch auf den Arbeitgebern lastet ohne Einsatz von sogenannten Sozialhilfen. Hier kann die Region mit ihrer ergänzenden Zuständigkeit nicht ein neues System einführen, indem sie für die Leistungen der Pensionsfonds garantiert d.h. in den mit Artikel 6 Buchstaben a), b) und c) vorgesehenen Fällen mit Sozialhilfe einspringt, das hat mit ihrer Zuständigkeit nichts zu tun. Der Staat ist gezwungen bei der sozialen Vorsorge zu sparen. Die Pflichtrenten schrumpfen, der Abgeordnete Peterlini hat gesagt, um die Hälfte sogar, das kann jedoch nicht bedeuten, daß derselbe Staat als Region jetzt das Eingesparte ersetzen kann, sonst hätte die ganze Sparaktion keinen Sinn.

Wenn, dann kann in ausgebrochenen Notfällen derselbe Staat, dann aber als autonome Provinz, mit ausschließlicher Zuständigkeit für die öffentliche Fürsorge und Wohlfahrt, auch Sozialfürsorge genannt, einspringen. Auf eine solche Sozialhilfe haben im Staat alle Anrecht, siehe Artikel 3 der Verfassung. Dementsprechend haben auch heute schon alle Regionen, egal ob mit oder ohne Sonderstatut, Zuständigkeit für soziale Fürsorge, bei uns anstelle der Region die Provinzen. Die im Gesetzesentwurf vorgesehene Ausgabe von 15 Milliarden für diesen Zweck kann von der Region an die Provinz abgetreten werden, ohne ihre Autonomie hinsichtlich Ausübung ihrer Gesetzgebungsgewalt zu beeinträchtigen. Es ist jedoch verfassungswidrig, wenn die Region in diesem Zusammenhang eine Aufgabe der Provinz übernimmt.

PRÄSIDENT: Frau Abgeordnete Kury, bitte.

KURY: Auch ich möchte mich noch darauf beziehen, daß im Rahmen Ihrer Replik zwar einige Fragen, die ich gestellt hatte, von Ihnen beantwortet worden sind und auf eine Forderung auch mit Einbringung eines Abänderungsantrages reagiert wurde, aber daß doch noch einige Sachen unklar sind:

Ich möchte noch einmal betonen, daß in diesem Artikel 1 dieser Nonsens-Ausdruck „selbständige Arbeitnehmer“ drinnen steht und er steht weiterhin drinnen. Sie hatten gestern ja auch darauf hingewiesen, daß dieser Ausdruck verändert werden mußte. Das ist im Artikel 1 in der deutschen Übersetzung unbedingt zu verbessern.

Dieser Artikel bestimmt also folgendes, daß die Region die Gründung dieses Rentenfonds erleichtert. Wie erleichtert sie diese Gründung? Sie erleichtert sie dadurch,

daß sie Finanzmittel zur Verfügung stellt und der Artikel 7 präzisiert, sie stellt für das Jahr 1997 50 Milliarden zur Verfügung.

Jetzt komme ich zu meinen Fragen, die ich auch in der Generaldebatte gestellt habe, aber ich würde ganz gern bereits zum Artikel 1 Auskunft bekommen.

Artikel 1 bestimmt, daß die Region die Gründung dieser Rentenfonds erleichtert, indem sie öffentliche Mittel zur Verfügung stellt, und zwar für das Jahr 1997 50 Milliarden. Diese 50 Milliarden sollen aber einerseits laut dieser Gesetzesvorlage die Gründung des Rentenfonds erleichtern und andererseits aber auch zur Finanzierung jener Maßnahmen zur Verfügung stehen, die unter Artikel 6 zusammengefaßt sind, nämlich alle Maßnahmen der sozialen Vorsorge. Meine Frage war: wie kann man erstens für das Jahr 1997 garantieren, daß diese 50 Milliarden so verwendet werden, daß sie einerseits die Rentenfondsgründung erleichtern, aber auch eine angemessene Summe zur Verfügung gestellt wird für die Maßnahmen des Artikels 6? Wenn wir akzeptieren, daß die Artikel 6-Maßnahmen nur per Durchführungsbestimmung erlassen werden, könnte es ja sein, daß von den 50 Milliarden ja 49,9 für die Maßnahme Artikel 1 zur Verfügung gestellt werden und für die Maßnahme Artikel 6 0,1 Milliarden. Das ist nicht in meinem Sinn und deshalb noch einmal meine Frage: wie sollen im Jahr 1997 diese 50 Milliarden aufgeteilt werden? Herr Atz hat mir geantwortet, das kann man jetzt noch nicht sagen. Ich hätte aber doch ganz gerne von seiten des Einbringers die Garantie, daß zumindest die Absicht besteht, hier Maßnahmen laut Artikel 6 möglichst großzügig bzw. nach Bedürftigkeit angemessen zu berücksichtigen.

Ich hatte auch die Frage gestellt, ob man hier daran denkt, die Erfassung der Bedürftigkeit nach dem differenzierten System zu machen, das in Trient ausgearbeitet worden ist und das bei der Vergabe der Stipendien in Trient anscheinend sehr gut funktioniert. Das ist meine erste Frage, die Garantien für die Verwendung dieser 50 Milliarden, daß beide Zielsetzungen berücksichtigt werden können.

Meine zweite Frage war dann: zumal die Führung, die Verwaltung des Fonds laut Artikel 1 rein nach marktwirtschaftlichen Kriterien funktionieren soll, scheint es mir nicht angebracht, daß die Gelder, die für Artikel 1, also dem Zusatzrentenfonds zur Verfügung gestellt werden, vom selben Gremium verwaltet werden wie jene Gelder, die laut Artikel 6 zur Verfügung gestellt werden sollen, weil sich die Prinzipien einfach widersprechen. Der Zusatzrentenfonds solle nach marktwirtschaftlichen Kriterien verwaltet werden und soll möglichst hohe Renditen abwerfen zu Gunsten der Einzahlenden. Das scheint mir klar, obwohl ich die Garantien, daß man hier natürlich nicht in solche Projekte investiert, die gegen eine soziale und faire Handelsordnung verstoßen, schon gerne eingebaut gehabt hätte, wie Kollege Pinter es vorgeschlagen hat. Marktwirtschaftliche Kriterien für den Zusatzrentenfonds und ausgesprochen nur soziale Kriterien für jene Gelder, die für die soziale Vorsorgemaßnahmen getroffen werden sollen.

Meine Frage war gestern folgende: wäre es da nicht angebracht, daß jene Beratungsgesellschaft, die für die Verwaltung der Gelder für den Zusatzrentenfonds zu gründen ist, eines ist, aber für die Gelder, die die Sozialmaßnahmen betreffen, soll die

Verwaltung weiterhin bei den Regionalämtern bleiben, um diese widersprüchlichen Prinzipien auseinander zu bringen.

Dritte Frage, die ich gestern gestellt habe: das Gesetz sagt nichts darüber aus, welche politische Absicht besteht, in Zukunft diesen Zusatzrentenfonds mit öffentlichen Mitteln zu speisen. Es sagt der Artikel 7, daß für das Jahr 1997 50 Milliarden Lire zur Verfügung gestellt werden. Meine Frage war folgende: besteht die politische Absicht hier praktisch bereits per Ziel festzulegen, daß dauernd d.h. Jahr für Jahr öffentliche Mittel in diesen Zusatzrentenfonds fließen. Wenn ja, hätte ich mich dagegen ausgesprochen. Ich hätte begrüßt, daß man diesem Zusatzrentenfonds hilft auf die Beine zu kommen, auf die Welt zu kommen, ihm entsprechendes Startkapital zur Verfügung stellt, aber daß das Ziel doch jenes sein muß, daß dieser Fonds sich früher oder später selber trägt. Nur dadurch, daß man bereits jetzt die Absichtserklärung formuliert, daß nicht dauernd öffentliche Gelder doch hineinfließen sollen, wird gewährleistet, daß die Verwaltung effizient und schlank bleibt. Es wird also praktisch nicht ganz einfach durch den Zuschuß von öffentlichen Mitteln irgendwie die Möglichkeit geschaffen, daß sich die Verwaltung ausbreitet und einen großen Anteil dieser Gelder selber auffrißt. Auch aus diesem Grunde scheint mir die Trennung zwischen der Verwaltung der Gelder - Zusatzrentenfonds und soziale Maßnahmen - logisch und folgerichtig, denn nur wenn wir diese Gelder trennen, kann man als politische Absicht festsetzen, daß nicht dauernd öffentliche Gelder in diesen gemeinsamen Topf fließen.

Ich fasse noch einmal zusammen, abgesehen von der Formulierung des Begriffes "selbständige Arbeitnehmer":

1. Will man öffentliche Gelder dauernd in den Zusatzrentenfonds fließen lassen und in welchem Ausmaß?

2. Was sagt der Einbringer und die politische Mehrheit, die Verwaltung der Gelder zu trennen zwischen Zusatzrentenfonds und Sozialmaßnahmen?

3. Was sagt die politische Mehrheit dazu, diese Starthilfe zwar zu gewährleisten, aber bereits mit der Formulierung des Zieles, daß man hier nicht dauernd öffentliche Gelder dazu geben muß, vor allem um eine effiziente und schlanke Verwaltung zu garantieren.

PRÄSIDENT: Weitere Wortmeldungen sehe ich keine, dann darf ich kurz replizieren.

Der Abgeordnete Benedikter hat erneut die Frage der Zuständigkeit aufgeworfen, ich wiederhole: wir bewegen uns voll und ganz, sei es foramlrechtlich als auch inhaltlich im Bereich der Vorsorge. Die Vorsorge für das Alter in Form von Zusatzrenten ist ein typisches Beispiel der Vorsorge. Wenn wir diesen Bereich damit verstärken, zum Unterschied vom Staat, daß wir auch dem sozialen Bereich die notwendige Aufmerksamkeit widmen, dann bewegen wir uns voll und ganz in der Linie dessen, was der Regionalrat bisher mit Erfolg gemacht hat - siehe die Maßnahmen für das Familienpaket, die Rentenzusatzzahlungen für die freiwillige Weiterzahlung und die Maßnahmen für die Kriegswaisen u.s.w., alles Maßnahmen, die bisher vom Regionalrat

genehmigt wurden und von der Regierung als verfassungskonform betrachtet worden sind.

Ich möchte nicht haben, Herr Abgeordneter Benedikter, daß hervorgehoben wird, daß Aspekte, die von Rom gutgeheißen worden sind, unsere Autonomie einschränkt wird. Jetzt möchte ich mal ein bißchen appellieren auch an diesen Autonomiesinn, weil es klingt ja fast schon so als wenn wir froh wären, wenn Rom die Gesetze zurückverweisen würde. Wir sind nicht froh, wir haben Schwierigkeiten genug in Rom das Gesetz durchzubringen, weil die Confidustria ein gesamtstaatliches Konzept will und ich glaube nicht, daß das dann die Lösung ist, daß dann mit Rückverweisungen Förderungen in diese Richtung gehen sollen. Da würde ich schon ein bißchen appellieren an den Sinn der Autonomie, weil es hat keinen Sinn für die Autonomie zu reden und dann de facto laufend versuchen dem Staat Argumente zu liefern, um Gesetze zurückzuverweisen. Die Gefahr besteht, aber nicht deswegen weil wir außerhalb der Kompetenz sind, sondern die Gefahr besteht, weil es um hohe Finanzinteressen geht - von 30.000 Milliarden - , das sind handfeste Argumente in der Wirtschaft Italiens, wo die Großindustrie will, daß diese Mittel in Mailand und Rom bereitstehen und nicht durch regionale Fonds möglicherweise mit größerem Augenmerk in die mittelständische Wirtschaft fließen könnten.

Zur Kollegin Kury. Die Trennung der Gelder bei der Finanzierung ist nicht genau definiert, weil das Prinzip eingehalten werden soll. Da - glaube ich - kann man Ihren Wünschen voll entgegenkommen, daß alles das was nicht für die Verwaltung sofort aufgebraucht wird, automatisch für die sozialen Ziele entweder sofort investiert oder inzwischen auf die hohe Kante gelegt wird auch nach diesem Sparmodell. Wir möchten drei Zielsetzungen erreichen, einmal daß den Fonds geholfen wird ihre Strukturen zu zahlen und aufzubauen, zum zweiten die soziale Zielsetzung und zum dritten auch eine gewisse Garantieleistung, wenngleich diese Garantieleistung angesichts der beschränkten Mittel, die wir zur Verfügung haben, sich eben in beschränktem Maße auswirken kann. Aber alles das, was nicht für die Struktur notwendig ist, das kann ich Ihnen hier bestätigen - Sie wollten ja auch diese Absichtserklärung von mir und von den Einbringern und damit also auch vom Regionalrat -, muß für diese sozialen Zwecke zur Verfügung gestellt werden und es ist keine Gefahr, daß der Großteil für die Verwaltung aufgebraucht wird. Wir möchten eine schlanke Verwaltung, es wird vielleicht um einige Milliarden gehen, die der Aufbau eines optimalen Software- und Hardwaresystems für den perfekten Kundendienst notwendig macht. Ich habe es gezeichnet in dieser Broschüre mit einer sich abwechselnden Kurve. Die Kurve der Sozialhilfe ist am Anfang noch sehr niedrig - am Anfang, weil bevor die ersten Fälle kommen natürlicherweise dafür keine Mittel investiert werden, denn solange es keinen Eingeschriebenen gibt, kann man auch keinem anderen helfen - und sie wird mit den Jahren zunehmen, während die Kurve für die Garantiebereitschaft, also sagen wir Reservefonds und für die Strukturen hoch sein wird und dann langsam abklingen wird und zum Schluß wird es vor allem um soziale Interventionen gehen. Das zur ersten Frage.

Sie wissen, daß im ursprünglichen Gesetzentwurf die beiden Rollen getrennt waren laut Einbringer. Wir haben vorgesehen für die sozialen Interventionen eine Stiftung und für die Strukturhilfe an den Fonds diese Beratungs- und Dienstleistungsgesellschaft. Die Kommission hat gemeint, es wäre eine bißchen komplizierte Struktur, machen wir doch alles in einem, um es zu vereinfachen. Allerdings ist Ihre Sorge in diesem Punkt nicht berechtigt, weil diese Stiftung nicht selbst investiert, sie hilft nur den Fonds, sie zu beraten, die besten Investoren auszuwählen, sie stellt ihnen die Büros zur Verfügung, aber die betriebswirtschaftliche Forderung, die wir aufgestellt haben, ist vom Fonds selbst einzuhalten. Dieses Beratungszentrum von der Region, das ja mehrheitlich regionales und öffentliches Geld verwalten soll, soll helfen in Richtung Fonds, sie sozusagen voranzubringen, aber die Fonds müssen privatwirtschaftlich sein. Dieses Beratungszentrum hilft aber auch den sozial Schwächeren die Beiträge zu zahlen, somit hat dieses Zentrum also diesen Widerspruch, diese Sorge, die Sie geäußert haben, im Prinzip nicht, da es den Fonds betrifft, der privatwirtschaftlich marschieren muß. Ich hoffe, ich habe diese Differenzierung aufgehoben.

Dann kommt die sehr wichtige Frage: wird er in den künftigen Jahren auch finanziert? Ich hoffe schon, weil gerade die Zunahme der sozialen Aufgabe in der Zukunft die Hauptmittel beanspruchen wird und dazu braucht es ja öffentliches Geld, wer soll das sonst aufbringen. Nicht zur Unterstützung der Fonds, da haben Sie vollkommen recht - ich habe immer gesagt, das Schiff soll stark ausgerüstet sein und soll dann gut gerüstet in den stürmischen Kapitalmarkt sich bewähren können -, aber die Beiträge für jene Personen, die in Schwierigkeiten sind, die müssen natürlich in Zukunft auch aufgebracht werden. Ich glaube da sind wir uns einig. Ich kann also zusammenfassend sagen, daß Ihre Sorge natürlicherweise aufgenommen wird, die Planung aber so ist, daß wirklich auch diesen Tatsachen Rechnung getragen wird.

Das Wort hat Alfons Benedikter.

BENEDIKTER: Mir wird vom Abgeordneten Peterlini vorgeworfen, daß ich gegen die Autonomie kämpfe. Nie wird darauf eingegangen, daß ich die Frage aufgeworfen habe, was die soziale Aufgabe betrifft, daß das Angelegenheit der Provinzen ist. Hier ist zum Unterschied zu den Gesetzen der Vergangenheit, die die Region gemacht hat, was die Zusatzrentenfonds betrifft, ausdrücklich das Staatsgesetz, das sagt, sie müssen finanziert werden, siehe Artikel 8 des Gesetzes 424 von 1993, auf das Bezug genommen wird im Artikel 1, sie müssen finanziert werden durch Beiträge der unmittelbaren Rentenempfänger und auch - eine Kann-Vorschrift - durch Beiträge der Arbeitgeber und nicht durch soziale Hilfen. Also in diesem Fall kann die Region nicht ergänzend sagen, wo es fehlt geben wir eine Sozialhilfe. Die Sozialhilfe kann kommen, aber sie muß von der Autonomie der Provinzen kommen, die diesbezügliche die ausschließliche Zuständigkeit haben.

PRÄSIDENT: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, dann stimmen wir ab über den Artikel 1.

Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben? Scheint die Mehrheit zu sein.

Wer stimmt dagegen? Vier.

Wer enthält sich der Stimme? Niemand

Damit ist der Artikel 1 genehmigt und wir kommen zum Artikel 2.

Art. 2
(Statuti dei fondi)

1. Gli statuti dei Fondi devono accettare l'adesione di tutti coloro che hanno la residenza nel territorio regionale, nonché di tutti coloro che nel territorio stesso espletano in via preminente la propria attività lavorativa o professionale ovvero sono dipendenti di aziende che ivi operano prevalentemente.

2. Gli statuti dei Fondi devono prevedere il rispetto dei criteri di massima redditività ed economicità della gestione e di sicurezza degli investimenti.

3. Negli organi di amministrazione e di controllo stabiliti dagli statuti devono essere garantiti il rispetto del principio della partecipazione paritetica dei rappresentanti dei lavoratori e dei datori di lavoro, in quanto si tratti di Fondi per lavoratori dipendenti, nonché la presenza delle componenti lavorative e professionali in proporzione alle quote di rispettiva partecipazione economica ai Fondi.

4. Gli statuti devono ottenere il visto dell'Amministrazione regionale ai fini dell'osservanza delle disposizioni della presente legge.

DENICOLO':

Art. 2
(Satzungen der Fonds)

1. Aus den Satzungen der Fonds muß hervorgehen, daß sich jeder versichern lassen kann, dessen Wohnsitz sich im Gebiet der Region befindet sowie jeder, der vorrangig in diesem Gebiet arbeits- bzw. berufstätig bzw. in einem Betrieb beschäftigt ist, der vorrangig im Gebiet der Region operiert.

2. Aus den Satzungen muß außerdem hervorgehen, daß die Verwaltung der Fonds nach dem Kriterium einer größtmöglichen Rentabilität und Wirtschaftlichkeit sowie der Sicherheit der Investitionen erfolgt.

3. Hinsichtlich der in den Satzungen vorgesehenen Kontroll- und Verwaltungsorgane muß die Beachtung des Grundsatzes der paritätischen Teilnahme der Vertreter von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gewährleistet sein, falls es sich um Fonds von Arbeitnehmern handelt, sowie die Anwesenheit von Vertretern der verschiedenen Berufsgruppen proportional zu den jeweiligen finanziellen Anteilen am Fonds.

4. Die Satzungen müssen mit Hinblick auf die Beachtung des vorliegenden Gesetzes den Sichtvermerk der Regionalverwaltung erhalten.

Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter
Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz

PRESIDENTE: All'art. 2 sono stati presentati alcuni emendamenti, che sono in fase di traduzione e distribuzione, quindi dobbiamo sospendere la trattazione dell'art. 2 e passare all'art. 3, del quale dò lettura:

Art. 3
(Società di servizi e consulenza)

1. La Regione contribuisce, mediante adeguati mezzi e strutture, anche comportanti l'istituzione di appositi organismi secondo le norme di diritto comune, alla costituzione, all'avviamento ed al funzionamento dei Fondi sotto il profilo amministrativo-contabile e fornisce altresì adeguate garanzie in ordine alle prestazioni dagli stessi erogate.

2. In particolare la Regione è autorizzata a costituire, coinvolgendo eventualmente gli Istituti di credito locali e qualificati operatori del settore, una Società di servizi e consulenza, denominata Centro pensioni complementari regionali, per la gestione amministrativa dei Fondi di cui all'articolo 1, per la cura dei rapporti con gli enti affiliati e con i soggetti aderenti e per il coordinamento dell'attività dei Fondi stessi, ivi compresi i rapporti con gli enti gestori.

2 bis. Inoltre il Centro pensioni complementari regionali è tenuto ad operare gli interventi di cui all'articolo 6, secondo le modalità stabilite dal regolamento nello stesso previsto.

2 ter. All'uopo lo statuto del Centro pensioni complementari regionali contiene adeguati strumenti di consultazione e di coinvolgimento delle parti sociali e delle Province autonome.

Prego il collega Denicolò di dare lettura dell'art. 3.

DENICOLO':

Art. 3
(Dienstleistungs- und Beratungsgesellschaften)

1. Die Region trägt durch die Bereitstellung angemessener Mittel und Strukturen - dazu gehört eventuell auch die Gründung eigener Einrichtungen gemäß den Bestimmungen des Gemeinrechts - zur Errichtung der Fonds, den anfänglichen Arbeiten und der Führung der Fonds unter einem verwaltungs- und buchhaltungstechnischen Gesichtspunkt bei und liefert darüber hinaus angemessene Garantien mit Hinblick auf die von diesen Einrichtungen angebotenen Dienstleistungen.

2. Die Region ist insbesondere ermächtigt, eventuell unter Miteinbeziehung örtlicher Kreditanstalten und qualifizierter Unternehmen des Sektors eine Dienstleistungs- und Beratungsgesellschaft, "Zentrum für regionale Zusatzrenten"

genannt, für die verwaltungsmäßige Führung der Fonds gemäß Art. 1, für die Beziehungen zu angegliederten Körperschaften und Versicherten sowie für die Koordinierung der Tätigkeiten in Zusammenhang mit den Fonds, einschließlich der Beziehungen zu den verwaltenden Körperschaften, ins Leben zu rufen.

2 bis. Die Dienstleistungs- und Beratungsgesellschaft ist ferner angehalten, die Maßnahmen gemäß Art. 6 nach den Modalitäten zu treffen, die in der vom genannten Artikel vorgesehenen Durchführungsverordnung angeführt sind.

2 ter. Zu diesem Zweck sieht die Satzung der Dienstleistungs- und Beratungsgesellschaft geeignete Mittel der Beratung und der Miteinbeziehung der Sozialpartner und der autonomen Provinzen vor.

PRESIDENTE: All'art. 3 è stato presentato un emendamento a firma Peterlini, Grandi e Kury, che recita: 'All'art. 3, comma 2, è aggiunta la seguente disposizione: "La Regione deve in ogni caso mantenere il controllo della Società mediante detenzione della maggioranza delle quote societarie.".'

DENICOLO': Zu Artikel 3 ist von den Abg. Peterlini, Grandi und Kury ein Abänderungsantrag eingereicht worden, der folgendermaßen lautet:
Bei Artikel 3 Absatz 2 wird folgende Bestimmung hinzugefügt:
"Die Region muß auf jeden Fall die Kontrolle über die Gesellschaft mittels der Mehrheit des Gesellschaftsanteils beibehalten".

PRESIDENTE: La parola al Presidente Grandi per l'illustrazione dell'emendamento.

GRANDI: Brevemente, per dire che con questo emendamento da una parte veniamo a garantire la maggioranza nelle mani della Regione, come era stato chiesto dalla cons. Kury, e dall'altra prevediamo questa società di servizi per il sostegno amministrativo.

PRESIDENTE: Altri intendono intervenire sull'emendamento? Nessuno. Lo pongo in votazione. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Chi si astiene?

Con nessun voto contrario, 3 voti di astensione e tutti gli altri favorevoli, l'emendamento è approvato.

Sull'articolo qualcuno intende intervenire? Ha chiesto di intervenire il cons. Benedikter. Ne ha facoltà.

BENEDIKTER: Ich habe mich vorhin zum Artikel 2 auch gemeldet, bin aber dann einfach nicht berücksichtigt worden....

(Interruzione)

PRESIDENTE: L'avevo visto, collega, sono passato all'art. 3 perché anche lei è uno dei presentatori di alcuni emendamenti, che sono in distribuzione, quindi...

BENEDIKTER: Zum Artikel 3 habe ich ...

PRESIDENTE: Siamo all'art. 3.

BENEDIKTER: Zum Artikel 3 habe ich in meinem Minderheitenbericht vorgebracht:

Der Beitrag zur Errichtung des Pensionsfonds durch Bereitstellung von Mitteln und Strukturen auch durch Gründung eigener Einrichtungen und Leistung mit angemessenen Garantien hinsichtlich der von diesen Einrichtungen angebotenen Dienstleistung muß doch mit Gesetz geregelt werden. Es muß mit Gesetz geregelt werden, denn die Region hat hier keinen Artikel 76 und 79 der Verfassung, der vorsieht, daß das Parlament die Regierung bevollmächtigen kann, mit Gesetz Dinge zu regeln, die an sich in die Zuständigkeit des Parlamentes fallen. Die Fonds als solche müssen gemäß Gesetz 124 vom 21. April 1993 als Rechtssubjekte mit Vereinscharakter im Sinne des Artikels 36 des bürgerlichen Gesetzbuches oder als Subjekte, deren Rechtspersönlichkeit vom Staatsoberhaupt anerkannt wird, errichtet werden, wobei die entsprechende Prozedur dem Arbeitsminister anvertraut ist, und die Tätigkeit als solche muß vorher vom Arbeitsminister ermächtigt werden. Das steht aber alles im Staatsgesetz, an das sich die Region sowieso halten muß indem sie ja nur ergänzende Zuständigkeit hat.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire sull'articolo?

La parola al cons. Divina. Ne ha facoltà.

DIVINA: Volevamo, signor Presidente, porre un po' di attenzione su alcune norme che non filano lisce in questo testo che crediamo debba essere rivisto in termini di impianto.

Diciamo che la Lega in linea di massima è favorevole a fare decollare questi fondi integrativi, siamo convinti che nel contesto della spesa italiana vadano fatte ancora delle revisioni sostanziali, la dinamica della spesa ha portato un paese ad essere instabile come è il paese Italia ed una riforma di impianto pensionistico sarà necessaria, però dovrà essere supportata da quel qualcosa che domani potrà essere non più garantito nella misura in cui è garantito oggi a tutti i cittadini. In quest'ottica ben vengano i fondi che si affiancano a delle prestazioni INPS che andranno via via, probabilmente, modificando il loro impatto in forma di previdenza.

Quello a cui dobbiamo solo stare attenti è, se il sistema INPS ha manifestato la sua grande inefficienza, di non seguire l'esempio INPS regionalizzando tanti piccoli esempi di previdenze con queste caratteristiche di inefficienza.

In ogni caso, ed è per questo che la Lega approverà questo provvedimento, emendato o modificato, perché siamo convinti che in ogni caso verrà regionalizzato lo sforzo che faranno le categorie e i lavoratori, praticamente contribuenti e verrà in ogni caso premiata quell'area o quel sistema economico che sa camminare sulla strada dell'efficienza.

Fermo questo siamo sul punto n. 2.

La prima quaestio: dall'art. 2 emerge che il fondo in ogni caso sarà un fondo con libero accesso e ci sarà una libera adesione. Contrapposto ad una libera adesione vi è però una contribuzione generale, e potremmo tradurre con tutti i difetti che hanno le semplificazioni, beneficeranno i pochi o i tanti che decideranno di accedervi, pagheranno tutti i contribuenti, perché se ci fosse una sproporzione, e noi crediamo che la norma finanziaria che stanZIA 50 miliardi come inizio per questi fondi di pensione, sia una sproporzione, un costo generalizzato, a beneficio non della generalità, questo è il primo aspetto.

Sempre sull'art. 2, abbiamo un parametro che non fa alcun difetto, cioè si afferma al secondo comma che i fondi andranno gestiti con quale criterio, visto che dovranno essere remunerativi per garantire la differita rendita, criteri di massima redditività ed economicità di gestione, e su questo non ci piove, però dobbiamo fare un intervento ora, perché l'impianto, come abbiamo notato, difetta, nel senso che l'art. 3 ci dice come la macchina della previdenza regionale dovrà funzionare; al secondo comma, oltre a coinvolgere istituti di credito, bisognava mettere in piedi una società di servizi e di consulenza, che viene denominato 'Centro pensioni complementari regionali'. Questo Centro pensioni complementari regionali - si legge - inerente la gestione amministrativa dei fondi, avrà il compito di gestire con l'ausilio di enti di credito ed istituti di credito, praticamente avrà il compito di cui all'art. 2 di fare rendere con i criteri di massima redditività ed economicità questo fondo, però notiamo poi che ai punti successivi questo Centro pensioni complementari ha altri compiti, che troviamo all'art. 6, che è quello di fare pura assistenza previdenziale, cioè sarà sempre il Centro che stabilisce come fronteggiare situazioni favorevoli o di disagio economico dei familiari degli iscritti, mantenere una soglia massima di soggetto fissata dalla Regione e provvedere in caso di temporanea o permanente situazione di svantaggio o posizioni occupazionali che vengono a mancare. L'impianto precedente prevedeva un altro ente, che fa attività di assistenza previdenziale, originariamente era prevista una fondazione, adesso su un unico soggetto si incernierano due funzioni che sono antitetiche, i casi sono due: o questo organismo amministra al meglio in modo liberista ed economicista, con la massima redditività il fondo, perché questo è il tuo compito, o si affida un compito di assistenza prevedendo delle regole per chi non sarà in grado un mese di pagare, che si troverà in situazioni di temporanea difficoltà, chi si trova espulso dal mondo del lavoro per cui ha bisogno eccetera, ebbene il Centro pensioni complementari regionali...', dovrà dare risposte di questo tipo, oppure detto intento dovrà essere un soggetto - e lo immagino come l'ente gestore di un fondo di investimento - e allora si muove sul mercato, compera, investe, permuta, vende titoli, acquista azioni, obbligazioni o forse azioni non ne potrà comperare perché dovrà avere garanzie soprattutto di redditività a bassissimo rischio, però non possiamo dire 'sei anche allo stesso tempo istituto di previdenza', perché a questo punto immagino quali difficoltà possano avere questi amministratori. Crediamo che si debba introdurre il secondo soggetto, che può essere la fondazione, può essere un soggetto diverso, ma in ogni caso ruoli così antitetici non possono essere svolti dalla stessa figura, dallo stesso Centro.

Il quantum. Noi siamo convinti, mi dicono che potrebbe bastare, perché il perno è questo, che la Regione contribuisca fornendo mezzi e strutture adeguati per il funzionamento, spinga, operi da mediatore e faccia anche qualche atto concreto per fare decollare questo fondo, nulla piove, la questione di buttare un'ingente somma come quella che qui si richiede di 50 miliardi, i quali dovranno essere investiti al meglio per poi garantire... Un fondo, diciamolo francamente, se bene amministrato e funziona, si mantiene da solo, non ha bisogno di nulla, se un impianto ha redditività differita, come quello di un fondo pensioni, si alimenta in modo contributivo, ogni soggetto avrà una cassetta, metaforica, nella quale cassetta nell'arco della sua vita lavorativa investe, nessuno intaccherà mai il capitale, ma la società opererà e gestirà quel piccolo o grande peculio risparmiato e in età pensionabile vedrà poi i frutti di questa operazione, non ha nessun bisogno di aiuti o di sovvenzioni pubbliche, la Regione, cioè l'ente pubblico, ha il compito di fare decollare al meglio, di agevolare e stimolare l'istituzione di questi fondi per le varie figure professionali e le varie categorie.

Sulla questione dell'investimento, che non è cosa da poco, è ingente, la Lega si riserva di intervenire nuovamente, fin da subito diciamo che bisogna trovare il giusto assetto, sembra che non sia l'impianto ideale per funzionare al meglio. Grazie.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire sull'articolo? Ricordo che siamo in discussione dell'art. 3.

Ha chiesto di intervenire la Giunta. Prego.

GRANDI: Chiedo di poter intervenire per dire al cons. Divina intanto che quegli alcuni ragionamenti di fondo che fa sono i nostri ragionamenti, sono quindi condivisibili quelle preoccupazioni di cui lei ha parlato relativamente ai processi di decollo della nuova riforma pensioni che deve effettivamente essere il più possibile una nuova riforma per evitare che si cada nei rischi, nei pericoli, del sistema precedente ed il riferimento fatto all'INPS va ovviamente in questa direzione, dopo di che in termini generali ringrazio per la disponibilità ad appoggiare questa iniziativa legislativa.

Invece nel merito delle questioni che il cons. Divina ha sollevato, devo dire che anzitutto l'adesione non può che essere libera, perché ogni norma previdenziale in definitiva è una norma che prevede la facoltatività, nel senso che viene messo a disposizione uno strumento e poi spetta al cittadino accedervi o meno, quindi non c'è la possibilità di vincolare in modo coattivo nessun cittadino rispetto alla erogazione del contributo, anche se dopo ovviamente maturati alcuni diritti è obbligo del servizio di corrispondervi.

Poi credo che occorra che si tenga sempre presente la necessità di distinguere tra la amministrazione del fondo e la gestione dei fondi, nel senso che prevediamo una società per la amministrazione, che avverrà secondo dei criteri che si daranno gli amministratori, invece per quanto riguarda la gestione del fondo, occorre sempre tenere presente che questa gestione viene disciplinata dalle norme dello Stato, quindi vi è tutta una serie di griglie che devono essere rispettate e sono una sorta di insieme di paletti assolutamente insormontabili.

Questi vincoli - ripeto - sono contenuti nelle leggi dello Stato, laddove invece abbiamo introdotto questa variabile aggiuntiva relativa alle situazioni di bisogno, per la gestione di queste si farà riferimento ad un regolamento che sarà di competenza, di spettanza regionale. Dopo di che abbiamo incardinato su un unico soggetto l'esercizio di due funzioni, questo non è da considerarsi come un fatto contraddittorio, perché quest'unico soggetto certo che deve svolgere due funzioni, ma le deve poter svolgere in modo unitario e coerente, deve amministrare al meglio nel vero senso della parola, deve erogare ai cittadini tutto quanto è previsto dal regolamento regionale, in più aggiungo che in sede di Commissione legislativa si è ragionato a fondo proprio attorno alle questioni che lei, consigliere, ha posto e si è cercato di semplificare l'impianto rispetto alla stesura originaria, si è quindi tolta la fondazione e si è previsto appunto questo centro di servizi, proprio nel tentativo di lavorare per il massimo di semplificazione strutturale istituzionale, quindi l'impianto legislativo che ne è uscito è un impianto legislativo semplificato, abbiamo tenuto conto delle sollecitazioni della Commissione stessa, dopo di che credo si possa anche dire che laddove vi fosse bisogno di procedere a degli aggiustamenti sarà naturalmente il legislatore che successivamente vi porrà rimedio, allo stato attuale riteniamo che questa impostazione sia la più semplificata possibile, però - ripeto - facciamo nostre quelle sue sollecitazioni e laddove nell'iter di impiantazione di questo nuovo progetto dovessero venire avanzate proposte, sollecitazioni o nel corso dell'applicazione dovessimo apportare dei correttivi, credo che il legislatore sicuramente lo farà, siamo nella fase della innovazione e quindi dobbiamo ideare questi istituti nuovi, però teniamo conto anche di queste sollecitazioni che ci sono venute in Commissione e che ci sono venute oggi.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il collega Taverna. Ne ha la facoltà.

TAVERNA: Grazie, signor Presidente. Non ci siamo, non ci siamo proprio, ma non ci siamo proprio anche per una serie di ragioni che esulano dal nostro argomentare, anche l'informazione non ha dato sufficiente risalto nel merito della questione, è una informazione condizionata dalle veline, prendo atto di questo, l'informazione della stampa e dei mass media è un'informazione condizionata dalle veline...

(Interruzione)

TAVERNA: Veline! Prego qualcuno di tradurre il concetto di 'velina' al cons. Benedikter.

Se non ci siamo, non ci siamo per una serie di ragioni che sono giuridiche prima che politiche, perché ho dimostrato che l'art. 6 dello Statuto nulla ha a che vedere con la creazione dei fondi, non c'entra assolutamente nulla, la competenza di natura previdenziale sussidiaria o complementare non c'entra nulla con la nascita e l'istituzione di un fondo, mi meraviglio che all'interno di questa Assemblea legislativa si faccia finta di nulla e si faccia passare attraverso un sistema cloroformizzato questo disegno di legge, perché questo disegno di legge è un insulto al diritto e un insulto alla logica... Il

collega Benussi mi invita alla calma, ma di fronte a queste situazioni è difficile mantenersi calmi!.

Il vostro consulente - non il mio, lo avete pagato voi il prof. Tosi, non io - vi pone dei paletti e voi avete non so se il pudore, non so che cosa possiate avere, certo che quando rimettete alla nostra attenzione fra i documenti anche il parere giuridico del vostro consulente non possiamo valutare quali e quanti sono i rischi di natura giuridica. E' opportuno che a questo proposito legga quello che è scritto, perché non vorrei che qualcuno mi possa accusare di strumentalizzazioni, a pag. 6 scrive il consulente: 'piuttosto è dubbio che possano essere risolti una volta per tutte in sede di accordo intercategoriale di livello regionale i problemi di interferenza tra diverse fonti istitutive e i diversi fondi di previdenza complementare...'

(Interruzione)

TAVERNA: Non vuole dire niente, caro Presidente, non cambia niente, perché il concetto è questo...

(Interruzione)

TAVERNA: No, se voi avete cambiato, avete capito che dovevate comunque creare le condizioni, perché il fumo potesse in qualche modo impedire alla vista di accertarsi delle cose che abbiamo in discussione.

'Un ordinamento giuridico caratterizzato per un verso dalla natura privatistica della contrattazione collettiva, la contrattazione collettiva ha natura privatistica, non solo, per altro verso la libertà di adesione individuale a fondi di previdenza complementare non sembra possibile immaginare un accordo istitutivo a livello regionale.' In altri termini il ragionamento del consulente è questo: esiste il sistema dei fondi e il sistema dei fondi nasce per evitare il pericolo che il sistema previdenziale possa andare a collasso, allora si dice: 'caro lavoratore, non ti garantisco più la pensione quando andrai in pensione, perché il sistema non è in grado di poter alimentare l'erogazione delle pensioni e allora ti avverto, caro lavoratore, tu per poterti rendere tranquillo all'età pensionabile devi fare altri sacrifici e li devi fare per conto tuo e questi sacrifici non possono essere addossati alla collettività' e quindi ti invita liberamente all'adesione del fondo, liberamente, perché non è un obbligo, è un invito ed il contratto collettivo che verrà stipulato fra le parti dovrà indicare i limiti entro i quali il fondo nascerà, dovrà indicare il contratto anche i prelievi che il fondo ti farà e quindi quanto tu potrai garantire per quanto riguarda il concetto dell'alimentazione del fondo.

Allora se abbiamo nella testa questo e cioè se abbiamo finalmente capito che la pensione integrativa è un fatto privatistico e non è più un fatto pubblico, mi volete spiegare per quali ragioni voi stanziare 50 miliardi a beneficio di un fondo o di più fondi che hanno come caratteristica la privatizzazione del rapporto e volete quindi favorire alcune categorie, quelli che lavorano, ma di questi soltanto quelli che liberamente vi aderiscono con i soldi dei tutti, questa è una questione che mi dovete spiegare, perché

non l'ho capita, 50 miliardi nel corso del 1997 e poi ulteriori impegni non sono quantificati, si dice 'ricorreremo alla legge di bilancio per quantificare i successivi impegni finanziari'.

Ma vi rendete conto allora che questo disegno di legge va nella direzione contraria allo spirito, alla lettera della riforma delle pensioni, perché se ad un certo punto si riformano le pensioni, perché queste non possono più essere erogate attraverso il sistema che conosciamo e si immagina che questo debba essere accompagnato da un altro sistema complementare, a natura privatistica, liberamente voluto dalle parti, liberamente adottato dalle parti e voi concorrete a finanziare con soldi pubblici una struttura che è di natura privatista, io questo non l'ho capito, ma non lo ha capito nemmeno il vostro consulente, tant'è che il vostro consulente vi ha fatto cambiare idea, caro Presidente Peterlini, perché voi eravate partiti con l'idea di essere voi i promotori del fondo e questo obiettivo non l'avete più potuto perseguire, quindi avete detto: 'noi interveniamo sostenendo la gestione amministrativa dei fondi attraverso il concorso pubblico'. Allora mi domando e vi domando se per avventura domani il collega Benedikter ed io, io disponendo delle risorse finanziarie del collega Benedikter, perché se gli verrà liquidato l'assegno di fine mandato avrà un gruzzolo sufficiente per impiantarci con le spese di impianto, allora se per avventura il collega Benedikter ed io volessimo delle previsioni di legge, che è il decreto 124, articoli 3 e 6, volessimo, ribadisco, anche noi dare vita ad un fondo o ad una assicurazione e dicessimo al pubblico: 'venite da noi, pagate il prezzo d'ingresso e noi alla fine del periodo vi eroghiamo la pensione, un assegno o una indennità', allora il collega Benedikter ed io avremmo tutti i titoli per poter venire alla Regione e chiedere: 'aiutateci con i vostri soldi affinché la struttura tecnico-amministrativa del nostro sodalizio possa essere garantita e mantenuta'. E' la stessa cosa, signor Presidente del Consiglio, allora mi domando qual è l'obiettivo vero, dove volete mirare, che cosa volete fare, volete fare beneficenza? Allora dite: 'noi vogliamo fare beneficenza e vogliamo regalare i soldi di tutti ad una parte, magari consistente, ma sarà sempre una parte della popolazione del Trentino-Alto Adige, quindi questo sarà un intervento che non ha valore di natura pubblica, né ha valore di natura previdenziale, perché abbiamo detto che il sistema non va, non può andare e per cambiarlo bisogna arrivare alla privatizzazione e quando si arriva alla privatizzazione voi finanziate i privati che alimentano il sistema.

Ritengo di dovermi fermare qui, altrimenti sarei costretto a ripetermi. Quindi noi faremo tutto quello che ci è consentito di fare per rendere questa legge impraticabile e ci sono altre argomentazioni che in questo momento evito di analizzare, perché l'ho già fatto nell'intervento in discussione generale e non voglio ripetermi, non voglio nemmeno dare l'impressione che il nostro atteggiamento sia ostruzionistico, abbiamo sollevato queste ragioni e queste perplessità, che sono fondate, questi sono ragionamenti che hanno una loro consistenza, hanno serietà, hanno punti di riferimento difficilmente contestabili, quindi a fronte di questo argomentare è la Giunta, non so se la Giunta, o la maggioranza è un miscuglio che non si capisce nulla, ma al di là di questo, che poco conta o conta sempre troppo poco rispetto alla sostanza del problema, noi

andremmo verso un ripiegamento di quelle posizioni che a livello nazionale erano state, a torto o a ragione, dichiarate ormai impercorribili.

Quindi questo disegno di legge si colloca in un contesto che è opposto alla linea che il legislatore nazionale ha seguito in relazione alla necessità del cambio di sistema previdenziale.

Non so se riuscirò a svegliare qualche coscienza, faccio appello ai giuristi presenti in aula, ce ne sono, perché il collega Morandini è un giurista, il collega Palermo è un giurista e dovrebbero alzarsi anche loro a sottolineare questi aspetti che sono contraddittori, gravemente lesivi di quella concezione giuridica cui facevo riferimento, non già sulla possibilità che queste siano illazioni, questi sono ragionamenti fondati sulle carte e sulle norme oggi in essere, evidentemente ci sono altri obiettivi che in questo momento non sono ancora riuscito ad individuare, con qualcuno molto più malizioso di me - il collega Benedikter mi ha suggerito qualcosa - ci guardiamo negli occhi ed immediatamente possiamo immaginare che cosa potrà succedere, certo che quello che potrà succedere non potrà essere pagato con i soldi di tutti, perché questa è un'offesa al principio della buona amministrazione ed anche nei confronti degli interessi collettivi che dobbiamo sempre avere in mente di tutelare. In questo modo non tuteliamo gli interessi collettivi, noi tuteliamo gli interessi di coloro che in un certo qual modo sono già protetti, perché il dramma è questo, collega Morandini, questo disegno di legge va incontro a coloro che hanno già una protezione, perché il sistema della pensione integrativa si chiama appunto 'integrativa' perché va ad integrare una pensione obbligatoria, ma chi non lavora e quindi non può aderire a queste forme, come potrà essere in qualche modo aiutato se i soldi che appartengono anche a queste categorie più deboli, meno tutelate, si trovano nella condizione di essere destinati esclusivamente a questo obiettivo ed a questo modo di intendere la politica?

Per queste ragioni, ancora una volta, ritengo di aver dato il mio contributo, per quello che può valere, ma se non altro la dimostrazione e la testimonianza che in quest'aula non tutti dormono e non tutti sono cloroformizzati da un modo di procedere che a mio giudizio è estremamente negativo e censurabile.

PRESIDENTE: Chiedo ai colleghi se qualcun altro intende intervenire, perché poi darei la parola al primo firmatario, il collega Peterlini, per la replica.

Nessuno intende intervenire?

Allora per la replica la parola al collega Peterlini.

PETERLINI: Ich bitte auch den Kollegen Taverna ein bißchen mitzudenken. Natürlich, wenn man dagegen sein will, dann ist auch meine Replik umsonst, aber z.B. hat vorhin die Kollegin Kury gesprochen, die jetzt wieder gekommen ist, sie hatte konkrete Fragen aufgeworfen. Mir schien berechtigt - ich habe auch darauf geantwortet -, daß wir diesen Sorgen Rechnung tragen sollen und sie hat dann dafür gestimmt. Ich glaube eine sinnvolle Debatte sollte auch so ablaufen, daß man nicht einfach nur etwas wiederholt, um den Standpunkt zu untermauern, sodaß er dann irgendwie irgendwo in der Presse landet, sondern daß man auch versucht den Meinungs Austausch zu pflegen. Der Kollege

Taverna ist intellektuell und juristisch schon so versiert, daß ich hoffe, daß er auch diesen Argumenten Rechnung trägt. Wir versuchen ja auch entgegenzukommen beispielsweise bei der Annahme von Abänderungsanträgen, wenn sie sinnvoll sind oder bei der Beantwortung der Anfragen.

Zunächst einmal was die juristischen Aspekte betrifft. Glauben Sie mir, Kollege Taverna, wir haben von allen Ecken Juristen hergeholt und mit den besten Juristen Italiens den Gesetzentwurf geprüft. Wir haben wirklich allen Argumenten Rechnung getragen, haben sie auch zusammengefaßt und Ihnen zur Verfügung gestellt, und wenn wir Ihnen die Dokumentation zu vollständig gegeben haben, bitte berücksichtigen Sie auch, was ich Ihnen gesagt habe bezüglich des Rechtsgutachten Tosis.

Tosi ist eine Kapazität in Italien, ist Berater der Regierung und hat einen großen Namen und wir haben ihm deshalb den Auftrag gegeben. Wir haben ihm ursprünglich, bevor wir überhaupt einen Artikel formuliert haben, die Frage vorgelegt: was sagen Sie zur Absicht der Region eigene Rentenfonds zu gründen? Dann hat er dieses Gutachten gebracht und darin steht, paßt auf, möglicherweise mit dem Artikel 6 seid ihr bereits an der Grenze, aber wenn er auch durchgeht, wenn ihr selber gründet, dann verletzt ihr das Prinzip des Staatsgesetzes 124, das vorsieht, daß die Gründung von Rentenfonds schon auf regionaler Ebene möglich ist, aber durch die Sozialpartner. Wir haben diesem Gutachten voll, hundertprozentig Rechnung getragen und haben gesagt, wir gründen als Region gar nichts, sondern wir warten ab, daß die Gründung erfolgt, wir helfen bei der Gründung. Die Sozialpartner haben sich dafür zusammengerauft, haben ein Einvernehmensprotokoll unterschrieben und wenn die Fonds entstehen, dann helfen wir und fördern wir. Auf das haben wir es beschränkt, also haben wir voll und ganz gerade den rechtlichen Argumenten, die Sie zitiert haben, Rechnung getragen und somit ist es nutzlos, daß Sie hier an die Juristen im Saal appellieren, weil alle - glaub ich - verstanden haben, daß aus der rechtlichen Sicht die Argumente ausgeleuchtet worden sind d.h. nicht, daß wir nicht Schwierigkeiten antreffen werden - ich habe es vorhin auch dem Kollegen Benedikter gesagt -, aber ich hoffe, daß die Argumente, die wirtschaftlichen Interessen, die sich dahinter verbergen, nicht gegen unsere autonomen Wahlen und gegen unsere autonomen Investitionen verwendet werden.

Das Zweite war eine generelle Sorge über den Sozialstaat und ich teile das, daß man sagt, in ganz Europa wird gespart, es wird in Italien der Gürtel enger gesetzt und passen wir auf was wir tun. Sie sagen, wir machen da Fürsorge - die Kritik war ja so ähnlich wie die vom Kollegen Benedikter - und helfen gewissen Kategorien und zahlen sozusagen mit dem gesamten Geld aller Menschen für einige bestimmte Kategorien.

Ich antworte Ihnen hier, wir machen keine Fürsorge sondern Vorsorge. Wir sorgen dafür vor, daß diese Sozialfälle nicht entstehen. Wir könnten auch nichts tun. Was würde dann passieren? Ich habe Ihnen das Szenario schon einmal gezeichnet, dann würde der Pensionsfonds ohne unsere Hilfe starten, das wäre ja immer möglich, allerdings auf gesamtstaatlicher Ebene, dann wäre das Geld weg, was möglicherweise starke Auswirkungen auf die Arbeitsplätze hätte. Wir haben halt zugeschaut. Diejenigen, die im Arbeitsprozeß stehen, würden sich die Rente machen und die

Zusatzrente dazu und diejenigen, die plötzlich arbeitslos geworden sind, in die Mobilität geraten sind und dann wieder arbeitslos werden, würden aus irgendwelchen Gründen aus dem sozialen Netz herausfallen und morgen zu Sozialfällen werden. Was würde dann passieren? Diese Menschen sind dann alt und sie fallen in die Grundfürsorge, wir haben ja dafür die Gesetze - Trient und Bozen hat sie - , das Lebensminimum ist garantiert und die Allgemeinheit muß aufkommen, um diesen Menschen zu helfen, damit sie nicht verhungern. Das ist das was wir nicht wollen und deswegen sorgen wir vor. Ich bitte den Kollegen Benedikter endlich einmal darüber nachzudenken, daß wir nicht warten, bis es Sozialfälle werden. Wir möchten haben, daß sie zu einer Rente kommen und sie sollen die Rente in der Regel selber zahlen. Aber wenn momentan wirklich die Not ist - da hat der Kollege Taverna wirklich recht, daß nach objektiven Kriterien vorgegangen werden muß und die müssen noch mit der Auflage, die jetzt durch die Tagesordnung Kury beschlossen worden ist, festgelegt werden - daß es also ganz streng kontrolliert wird. Es soll festgelegt werden, wer wirklich in Not ist und dann diese Hilfe wirklich beanspruchen soll. Es ist aber eine Vorsorge, um zu verhindern, daß diese Fälle dann Sozialfälle werden, eine Versicherung, statt zu warten bis der Brand ausbricht, um dann zu löschen. Das ist der Unterschied zwischen Fürsorge und Vorsorge und alle die guten Willens sind haben verstanden, daß wir uns voll und ganz in diesem Bereich bewegen.

PRESIDENTE: Siamo in votazione dell'art. 3. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Chi si astiene?

Con 3 voti contrari, 3 astensioni e tutti gli altri favorevoli, l'articolo è approvato.

Riprendiamo la trattazione dell'art. 2. Sono stati presentati degli emendamenti, il primo a firma del cons. Pinter, che recita:

‘All'art. 2, il comma 1 è seguito dal seguente comma 1-ter:

“Lo statuto dei Fondi pensione deve espressamente garantire l'utilizzo di un sistema attuariale unico, e non differenziato per sesso, ai fini del calcolo delle prestazioni previdenziali.”.’

Diamo lettura del testo tedesco dell'emendamento.

WILLEIT: Ich verlese den Abänderungsantrag des Abg. Pinter:

'Dem Artikel 2 Absatz 1 folgt der nachstehende Absatz 1 ter:

"Die Satzung der Rentenfonds muß für die Berechnung der Vorsorgeleistungen ausdrücklich ein einheitliches, nicht nach Geschlechtern getrenntes Versicherungssystem gewährleisten.".'

PRESIDENTE: Visto che in aula non è presente il collega Pinter, primo firmatario, intende illustrarlo, collega Kury? Prego.

KURY: Es war ja bereits vorher schon davon die Rede, anlässlich des Tagesordnungspunktes, den Kollege Pinter eingebracht hat und der abgelehnt worden

ist. Allerdings hat dieser Tagesordnungspunkt des Kollegen Pinter generell einen größeren Wirkungsbereich gehabt und das war vielleicht auch der Grund für seine Ablehnung. Dort wurde auch spezifisch darauf hingewiesen, daß die Gelder vorwiegend in der Region bleiben sollen, um die einheimische Wirkung zu stärken u.s.w. Kollege Peterlini hat daraufhin geantwortet, daß dies nicht möglich ist, weil damit strikte Auflagen erlassen würden, wie dieser Fond zu verwaltet ist und dies widerspreche dem 124-er Gesetzesdekret. Nun scheint es aber dennoch wichtig, daß man diesen Absatz 2 des Artikels 2 etwas weiter formuliert. In der vorliegenden Fassung beschränkt sich die Zielsetzung der Verwaltung des Fonds auf das Kriterium einer größtmöglichen Rentabilität und Wirtschaftlichkeit einerseits als auch auf das Kriterium der Sicherheit der Investition andererseits und das ist sicherlich wünschenswert, und zwar vor allem zu Gunsten der Beitragzahlenden, die sollen ja dann am Ende möglichst viel herausbekommen.

Ich denke aber, daß in dem Augenblick wo doch eine beträchtliche Summe an öffentlichen Geldern in diesen Fonds fließt - 50 Milliarden mindestens für das Jahr 1997 - auch gewährleistet sein muß, daß neben der Garantie der Wirtschaftlichkeit, der Rentabilität und der Sicherheit noch eine zweite Garantie gegeben wird, nämlich der ethischen Verwendung dieser Gelder. Ich denke, daß wir uns sonst auch unglaublich machen würden, wenn wir sagen würden, es genügt viel Geld zu machen, wenn wir nicht parallel dazu das Geld so anlegen, daß wir es auch ethisch verantworten können.

Ein Beispiel: Ich würde es absolut unverantwortlich finden, wenn wir in Projekte investieren, die eine Gefahr für die Menschheit darstellen. Ein Beispiel noch konkreter: wir haben anläßlich der Haushaltsdebatte einen Appell verabschiedet gegen die Herstellung von Tretminen. Einstimmig verabschiedet, alle waren wir der Meinung, diese Produktion ist abzulehnen, weil sie nichts anderes bezweckt als die Menschen in Gefahr zu bringen und grausame Verstümmelungen hervorruft. Das ist jetzt nur ein Beispiel, das mir einfällt, aber ich würde es nicht wünschenswert finden, wenn wir dann parallel dazu, mit öffentlichen Geldern gerade in solche Projekte investieren würden oder generell in die Rüstungsindustrie oder generell in die Pestizidenindustrie u.s.w.

Ich denke, daß auch im Rahmen der Wirtschaftlichkeit einfach gewährleistet sein muß, daß nur solche Projekte gefördert werden, die wir hier alle verantworten können und die die Weltwirtschaft in jene Richtung hin lenkt, die zu einem fairen, sozialen Handeln und zum Frieden in der Welt beiträgt. Insofern denke ich ist dieser ethische Aspekt zum wirtschaftlichen Aspekt schon etwas, was uns allen hier ein Anliegen sein sollte. Sonst machen wir uns nämlich mit anderen so ganz generellen Appellen eher lächerlich bzw. werden wir unglaublich.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il collega Atz.

ATZ: Ich habe nicht ganz verstanden über welchen Abänderungsantrag wir da diskutieren, weil der Abgeordnete Willeit den Abänderungsantrag verlesen hat, der da redet, ein einheitlich nicht nach Geschlechtern getrenntes Versicherungssystem zu gewährleisten und die Kollegin Kury hat über den anderen Änderungsantrag zum

Artikel 2 gesprochen, wo wir Sicherheit der Investition, Ziel der Ethik und sozialen Nützlichkeit zum Thema haben. Ich darf mich zu beiden zu Wort melden und dann wird es schon passen.

Zum ersten....

PRESIDENTE: Collega Atz, la interrompo solo per rispondere ad una sua precisa domanda. Abbiamo ripreso l'art. 2 e stiamo parlando dell'emendamento n. di protocollo 8257 a firma dei conss. Pinter, De Stefani e Kury. La collega Kury ha illustrato l'emendamento che recita: 'Lo statuto dei fondi pensione deve espressamente garantire l'utilizzo di un sistema attuariale unico e non differenziato per sesso ai fini del calcolo delle prestazioni previdenziali.'

Credo che forse non è stato chiaro, ma ci siamo capiti, lei si attenga all'emendamento che ho letto.

ATZ: Danke, Herr Präsident. Ich rede aber trotzdem zu beiden.

Zu der Geschichte einheitlich und nicht nach Geschlechtern getrennt, möchte ich einfach sagen, ich appelliere sogar für diesen Abänderungsantrag, aber zu Gunsten der Herren, bitte. Weil wir auch da wieder benachteiligt sind - sie wissen daß die Sterblichkeit bei den Männern ein bißchen niedriger liegt als bei den Frauen - und das heißt, daß ich appelliere, daß wir dieselbe Behandlung bekommen wie die Frauen, wir wollen gleich alt werden wie die Damen und da sind wir auch für die gleiche Behandlung. Nachdem das Berechnungskriterium bei den Versicherungen einfach das ist und im Zusammenhang mit der Lebenserwartung zu berechnen ist, weil anders ist es nicht zu berechnen, müssen Sie halt einfach gestatten, daß die Damen und die Herren getrennt und verschieden verrechnet werden. Aber wenn sie einen Weg wissen wie wir gleich alt werden können wie sie, dann bitte zeigen sie uns diesen auf. Dann werden wir gerne zustimmen aber nur dann.

Zum zweiten Abänderungsantrag möchte ich an den Präsidenten appellieren, bitte lassen Sie diesen Abänderungsantrag nicht zu, denn es ist wieder von der Sicherheit der Investitionen, Ziel der Ethik und sozialer Nützlichkeit die Rede; das ist nämlich ein Abänderungsantrag, der nur ein bißchen abgeändert worden ist, aber den wir schon vor einer halben Stunde in diesem Saal abgelehnt haben.

PRESIDENTE: Sull'emendamento la parola alla collega Kury.

KURY: Es war mein Fehler, ich hatte vorher den zweiten Abänderungsantrag erläutert und nicht den ersten. Schade, daß der Abgeordnete Atz jetzt den Saal verläßt, ich würde ihm nämlich so gerne helfen, daß Herr Atz und alle Männer im Saale ein hohes Alter erreichen. Meine Mithilfe ist Ihnen sicher und wenn Sie einen Tip haben wollen, Abgeordneter Atz, Peterlini u.s.w., dann könnte ich ihnen folgenden Tip geben: offensichtlich werden Frauen älter, weil sie vielleicht einer - unter Anführungszeichen - geruhsameren Tätigkeit nachgehen, die irgendwie ihre Seele und ihren Sinn besser erfüllt, nämlich Hausarbeit, Kindererziehung u.s.w. Ich könnte den Herren, die so gerne

das Alter der Frauen erreichen möchten, insofern den Tip geben, stressen Sie sich weniger, lassen Sie die Frauen in die öffentlichen Ämtern und in der Wirtschaft in hohen Rängen mitarbeiten und genießen Sie diesen geruhsamen anderen Teil, indem Sie zu Hause bleiben, dort für Hausarbeit sorgen, und dann vielleicht erreichen wir dasselbe Alter. Das wäre meine Lösung. Ich finde das in Österreich gestartete Volksbegehren der Frauen als gut: gleiche Macht und gleicher Anteil in der Öffentlichkeit an Politik und Wirtschaft und gleicher Anteil der Männer an der Hausarbeit. Leider Gottes ist der Kollege Atz an solchen Tips nicht wirklich interessiert, denn sonst hätte er jetzt nicht fluchtartig den Saal verlassen. Ich möchte nur ein Wort dazu verwendet. Ich denke, daß der vom Kollegen Pinter eingebrachte Abänderungsantrag hier bezwecken will, daß das zukünftige Versicherungssystem eine gleiche Behandlung der Frauen und Männer berücksichtigt. Das wird auch von mir unterstützt und wenn der Kollege Atz auch dafür ist, dann wird ja nichts der Annahme dieser Abänderung im Wege stehen.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il collega De Stefani. Ne ha la facoltà.

DE STEFANI: Grazie, signor Presidente. Su questo emendamento ovviamente quello del sistema attuariale unico, non mi è chiaro, perchè come è formulato attualmente il disegno di legge questo è un falso problema, in quanto se così fosse, il senso dell'emendamento chiaramente in qualche modo non avrebbe ragione di essere, se invece si prefigurano le possibilità o le certezze che si vadano a disegnare delle situazioni che sono diverse in base ai sessi, in base alle aspettative di vita, in base a tutte le cose che sono immaginabili, allora credo che invece la ratio di questo emendamento sia assolutamente da condividere, proprio per dare concretezza a quella parità uomo-donna che anche da questo punto di vista rischia di non trovare corrispondenza nei fatti, per cui se prima della votazione da parte della Giunta o dei presentatori vi fosse chiarezza su questo punto, forse male non sarebbe.

PRESIDENTE: Prima di dare la parola alla Giunta, qualcuno dei colleghi intende intervenire? Nessuno.

La parola al collega Peterlini per la replica.

PETERLINI: Zuerst weil ich schon aufgefordert worden bin, die Argumente von der Kollegin Kury.

Alle drei Abänderungsanträge sind trotz guten Willens problematisch anzunehmen, diese ethischen und sozialen Gesichtspunkte bei den Investmentfonds können leider nicht in dieser Form angenommen werden, weil sie uns wieder einen Rückverweisungsgrund bringen würden, wie der Antrag 1 vom Kollegen Pinter, den wir gebeten haben, ihn zurückzuziehen. Fonds müssen den Kriterien entsprechen, die das Schatzministerium einvernehmend mit dem Arbeitsministerium aufgestellt hat. Die Linie, die dort durchgegangen ist, ist größtmögliche Freiheit. Warum? Weil man ursprünglich vom Staate aus der Versuchung unterliegen wollte zu sagen, kauft's so und so viele BOT, investiert so und soviel in diesem Zweck und so und soviel in andere

Zweck u.s.w. Dagegen hat sich dann vor allem die Vertretung der Arbeiterschaft gewehrt, weil das erstrangige Ziel dieser Fonds darin besteht, hohe Rendite auf dem Kapitalmarkt zu erzielen. Wenn man da nur den Staat finanzieren würde - eines der Bindungen, die man haben wollte -, dann wäre das Ziel verfehlt worden, weil wenn auf dem Markt zinsenträchtigere Papiere sind, dann müssen und sollen die gekauft werden. Die Linie, die durchgegangen ist in den Staatsdekreten, die Freiheit bei den Investitionen, muß beibehalten werden und wir dürfen hier nicht eine Einschränkung bringen, die damit einen Rückverweisungsgrund bringen würde.

Zurück zum eigentlichen Abänderungsantrag, was die Frauen betrifft. Ich glaube seriös betrachtet ist dies ein interessantes Anliegen, das allerdings in dieser Form auch nicht geht. Ich erkläre ihnen warum. Die von den Arbeitern, von den Selbständigen und von den Arbeitnehmern eingezahlten Beiträge ergänzt durch die Beiträge der Betriebe, reifen ja wie bei einem Sparbuch unter Anführungszeichen heran. Die Mittel werden auf dem Kapitalmarkt investiert und bei Erreichung des Pensionsalters wird die Summe, die angereift ist, zur Verfügung gestellt. Davon muß mindestens die Hälfte in eine Rente umgewandelt werden und bis zu einer Hälfte kann man sie sich als Abfertigung auszahlen lassen. Dieser Teil, der in eine Rente umgewandelt werden muß, muß mittels einer anerkannten Lebensversicherung in eine Rente umgewandelt werden. Diese anerkannte Lebensversicherung, jede die es gibt, die berechtigt d.h. autorisiert ist vom Ministerium, macht dann eine Berechnung. Diese Berechnung sieht dann privatwirtschaftlich folgendermaßen so aus: Wie alt bist du? Wie lang wirst du leben? Hast du Krankheiten? Entsprechend werden dann die Rentenbeiträge festgelegt. Das heißt de facto also auch, wie lang wirst du leben und wenn die Lebenserwartung unterschiedlich ist z.B. bei einer hohen Lebenserwartung, wird die Rente niedriger und wenn die Lebenserwartung kürzer ist, also wenn ich schon 90 Jahre alt bin, dann habe ich sicherlich eine höhere Rente als wenn ich nur 55 Jahre alt bin und das gleiche gilt auch für die Geschlechter. Deswegen geht das nicht, weil die Umwandlung des angesparten Kapitals in einer Rente ja die Lebensversicherungen machen werden. Es geht sogar soweit - nur um Ihnen das System zu erklären -, daß errechnet wird von der Lebensversicherung, dieser Mann ist 60 Jahre, maximal 76 Jahre wird er laut Statistik und somit wird die Rente so berechnet bis zum 76 Lebensjahr. Für den Fall, daß er länger lebt muß diese Lebensversicherung eine Rückversicherung abschließen, damit diese Rückversicherung die mögliche längere Lebensdauer dieses Menschen abdeckt, denn sonst wäre ja diese Versicherung nicht mehr in der Lage zu zahlen oder nur mehr mit den Beiträgen der anderen. Auch dieser Aspekt ist also total den privatwirtschaftlichen Regeln der Lebensversicherungen unterworfen.

PRESIDENTE: Bene, allora mettiamo in votazione l'emendamento. Lei intende mantenerlo, collega Kury? Allora mettiamo in votazione l'emendamento n. 8257. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Chi si astiene?

Devo ripetere la votazione. Chiedo ai colleghi di prendere posto e di prestare attenzione. Preciso che stiamo votando l'emendamento n. 8257. Ripeto la lettura dell'emendamento:

‘All’art. 2, il comma 1 è seguito dal seguente comma 1-ter:

“Lo statuto dei Fondi pensione deve espressamente garantire l’utilizzo di un sistema attuariale unico, e non differenziato per sesso, ai fini del calcolo delle prestazioni previdenziali.”.’

Chi è favorevole all’emendamento della cons. Kury è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Chi si astiene?

Con 4 voti favorevoli, 7 astensioni e tutti gli altri contrari, l’emendamento è respinto.

Vi è un altro emendamento, a firma dei cons. Pinter, De Stefani, Kury ed altri, il 8257, n. 2, che recita:

‘All’articolo 2 il comma 2 è abrogato e sostituito dal seguente:

“Gli statuti dei Fondi devono prevedere il rispetto dei criteri di redditività ed economicità della gestione, di sicurezza degli investimenti, nonché perseguire obiettivi di eticità ed utilità sociale degli stessi.”.’

E’ vero, collega Atz, che una parte di questo emendamento era inserito nell’ordine del giorno, ma non era stato recepito interamente.

Diamo la parola al cons. Denicolò per la lettura del testo tedesco dell’emendamento.

DENICOLO': Ich verlese den Abänderungsantrag zum Artikel 2, eingebracht von Abgeordneten Pinter, De Stefani, Kury und andere:

Artikel 2 Absatz 2 wird aufgehoben und wie folgt ersetzt:

"Die Satzungen der Fonds müssen die Kriterien der Ertragsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der Gebarung und der Sicherheit der Investitionen beinhalten sowie die Ethik und soziale Nützlichkeit derselben verfolgen."

PRESIDENTE: Intende illustrare l’emendamento? E’ già stato illustrato in precedenza.

Qualcuno intende intervenire sull’emendamento?

La parola al cons. Dalbosco.

DALBOSCO: Egregio Presidente, per tre volte, io o altri consiglieri abbiamo posto un quesito al quale gradirei, e penso anche gradiremmo, venisse offerta una risposta tecnicamente più puntuale. Mi scuso, mi rendo conto che come rappresentante in questo Consiglio dovrei conoscere tutte le leggi alle quali si rimanda in un’occasione come questa di dibattito di un testo di disegno di legge, purtroppo, ahimè, non è così, la mia provenienza professionale è diversa, sono un fisico e chiedo venia ai tecnici ed agli esperti di diritto di offrirmi tutti i chiarimenti con i quali possa convincermi che sia l’ordine del giorno, peraltro già respinto, ma, per quanto ci riguarda, questo emendamento, sono inammissibili, anche a futura memoria. Non mi sembra che l’argomento di cui si parla sia di poco conto.

Innanzitutto dal punto di vista logico mi domando e domando agli esperti di diritto: avviene davvero che la legge nazionale non dia per ovvio quanto noi stiamo qui prescrivendo all’art. 2, comma 2, cioè che un fondo debba prevedere il rispetto dei

criteri di massima redditività ed economicità della gestione e di sicurezza degli investimenti, questo non è ovvio al punto che dobbiamo metterlo in legge ed invece sarebbe ovvio che qualsiasi altro criterio non strettamente economicistico non ha da entrare nella gestione dei fondi? Mi stupisce assai, perché, dopo tutto, se noi come Regione Trentino-Alto Adige, cioè come articolazione della Repubblica, stiamo pure intervenendo, ed in maniera anche economicamente cospicua, a sostenere, come questa legge prevede, l'avvio, la costituzione ed anche il sostegno nel corso del tempo dei fondi territoriali, ebbene, se noi come articolazione della Repubblica non teniamo conto di tutti i principi che stanno nella nostra Costituzione repubblicana, oltre che degli impegni internazionali, veramente mi stupirei. Per essere concreti: e se i fondi pensione provenienti dalla Regione Trentino-Alto Adige andassero a distruggere foreste della Papuasiasia o a contribuire a forme di genocidio, fatto non raro in varie parti del pianeta, e sappiamo che i capitali si muovono a livello planetario con la velocità dell'istante, ebbene, noi come Regione che contribuiamo a sostenere questo tipo di fondi non avremmo nulla da dire? Ma stiamo normando su questo, non assistendo.

Allora chiedo, per favore, un rimando normativo esplicito, quale articolo, quale comma delle leggi nazionali ci vietano di inserire questa precisazione all'art. 2, comma 2.

Se questo non verrà fatto voterò contro l'approvazione di questo articolo. Grazie.

PRESIDENTE: Ha chiesto di poter intervenire il collega De Stefani. Ne ha facoltà.

DE STEFANI: Grazie, signor Presidente. Sia la collega Kury che il collega Dalbosco hanno già espresso esattamente quello che condivido. Ho visto il Presidente Peterlini andare e venire, per cui non so se ci darà questa risposta, credo che la domanda sia molto precisa e la risposta non può essere una generica paura che il Governo bocci, ci si deve dire in base a quale articolo del decreto legislativo madre di questa ipotesi di legge il Governo, secondo il cons. Peterlini, dovrebbe bocciare, anche perché, da un ragionamento che ho sentito fare prima dal cons. Peterlini, sembrerebbe quasi adombrarsi una sorta di contraddizioni in termini tra la redditività e l'economicità e l'etica e l'utilità sociale, allora credo che è giusto, sarebbe strano non perseguire criteri di redditività e di economicità, ma questo deve essere, per i motivi che diceva prima anche il cons. Dalbosco, chiaramente ancorato a logiche di eticità e di utilità sociali, poi si può discutere se la parola 'eticità' sia la più giusta, mi rendo conto che forse in legge 'eticità' è una parola che forse poteva trovare dei sinonimi migliori, però Costituzione docet, credo, che non possiamo assolutamente bruciare sull'altare di un economicismo fine a se stesso con tutto quello che è già stato detto può implicare, dei principi che sono costituzionali, allora che si immagini che questa ipotesi di legge venga bocciata dal Governo, perché in fondo si vuole introdurre un principio che è sostanzialmente costituzionale mi riesce difficile da credere. La frontiera dello stato sociale che vogliamo rivisitare, della politica del futuro è chiaro che deve sposare il mercato comunque ciascuno di noi lo vuole intendere con dei principi rigorosi di carattere etico,

questa è un'occasione su cui dobbiamo fare estrema chiarezza per non rischiare di lasciare un'area grigia che giustificerebbe dei sospetti non piccoli su questa legge.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire sull'emendamento? Nessuno, prima di dare la parola alla Giunta? Nessuno.

Collega Peterlini, intende replicare?

La parola al collega Peterlini.

(Interruzione)

PETERLINI: Wir haben uns große Mühe gegeben überall dort wo das Staatsdekret 124 und entsprechende Durchführungsverordnungen und Kriterien festlegen...

(Interruzione)

PRESIDENTE: Chiedo scusa. Collega, deve ripetere.

PETERLINI: Wir haben uns große Mühe gegeben die Gleise des Staatsdekretes 124 und der Durchführungsverordnungen hundertprozentig einzuhalten.

Es wäre zu leicht gewesen, zu verführerisch für uns - der Kollege Taverna hat ja die Spur aufgezeigt -, die man hätte gehen können und die von den Rechtsgutachten Tosi abgewarnt worden ist, daß man sagt: wir machen unseren autonomen Fonds. Dabei sind zwei mögliche Gefahrenpunkte verbunden gewesen.

Einmal, daß das Gesetz rückverwiesen wird aber das wäre ja noch akzeptabel, es werden ja auch andere Gesetze rückverwiesen, man müßte halt einen zweiten Anlauf machen.

Der zweite und größere Gefahrenpunkt ist folgender, daß wir einen Fonds machen, der unseren Wunschvorstellungen entspricht und dann zwar das Gesetz auch genehmigt wird, weil man sagt, bitte die haben Sonderautonomie und Artikel 6 gibt ihnen die Möglichkeit. Dann fragt dieser Fonds beim Schatzministeriums um die Anerkennung laut 124-er Dekret an und entsprechend dem 124 entspricht es nicht mehr. Dann kommen wir in die unglückliche Situation, daß die Arbeiter, selbständige und unselbständige, die in diesen Fond eingetragen sind, die steuerlichen Vorteile, die Gesetzesvorteile, die Garantien und alles das, was vorgesehen ist nicht genießen können. Deswegen haben wir gesagt, wir bleiben streng auf der Schiene des Staatsgesetzes. Das Staatsgesetz selbst sieht in den Prinzipien vor, daß die Investitionen der möglichsten Rentabilität entsprechen müssen ohne weiter zu definieren - das 124-er Dekret - und dazu gibt es dann Durchführungsverordnungen, die bis zum letzten Tag vom Schatzministerium erlassen worden sind, wo einige Präzisierungen vorgegeben werden. Die Wahl einer gewissen Linie, die der Arbeiter selbst wählen kann zwischen einer ertragsreicheren Linie und dafür risikoreicheren und einer ertragsschwächeren Linie und dafür sichereren, das sind die Grenzen die dafür vorgesehen sind und weitere gibt es nicht. Ich kann unseren Arbeitern nicht zumuten, daß wir riskieren Fonds zu

gründen, die morgen den Kriterien und somit der Auflage des Schatzministeriums nicht entsprechen und aus diesen Gründen können wir den gutgemeinten Vorschlag nicht annehmen. Die Organe der Fonds müssen frei sein in ihren Entscheidungen damit sie tatsächlich auch die besten Renditen herausholen

PRESIDENTE: Allora metto in votazione l'emendamento del cons. Pinter, il n. 8257, che abbiamo illustrato. E' stata richiesta la votazione per appello nominale.

DENICOLO': Durnwalder (*non presente*), Fedel (*non presente*), Feichter (*nein*), Frasnelli (*non presente*), Frick (*non presente*), Gasperotti (*non presente*), Giordani (*no*), Giovanazzi (*no*), Grandi (*no*), Holzer (*no*), Holzmann (*non presente*), Hosp (*nein*), Ianieri (*non presente*), Kasslatte Mur (*nein*), Klotz (*ja*), Kofler (*nein*), Kury (*ja*), Laimer (*nein*), Leitner (*ja*), Levegghi (*sì*), Mayr C. (*non presente*), Mayr J. (*nein*), Messner (*nein*), Minniti (*astenuto*), Montefiori (*non presente*), Morandini (*sì*), Moser (*non presente*), Munter (*nein*), Muraro (*no*), Pahl (*nein*), Palermo (*sì*), Pallaoro (*no*), Panizza (*non presente*), Passerini (*sì*), Peterlini (*nein*), Pinter (*non presente*), Romano (*non presente*), Saurer (*nein*), Taverna (*astenuto*), Tosadori (*non presente*), Tretter (*no*), Valduga (*non presente*), Vecchi (*no*), Viola (*non presente*), Waldner (*non presente*), Willeit (*sì*), Zanoni (*non presente*), Zondron (*non presente*), Achmüller (*nein*), Alessandrini (*sì*), Andreotti (*no*), Atz (*nein*), Benedetti (*sì*), Benedikter (*ja*), Benussi (*astenuto*), Berger (*nein*), Binelli (*astenuto*), Boldrini (*no*), Bolzonello (*astenuto*), Bondi (*non presente*), Casagrande (*non presente*), Chiodi-Winkler (*non presente*), Cigolla (*no*), Conci-Vicini (*non presente*), Dalbosco (*sì*), Delladio (*non presente*), Denicolò (*nein*), De Stefani (*sì*), Di Puppo (*no*), Divina (*no*).

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione per appello nominale all'emendamento primo firmatario il cons. Pinter:

votanti	46
sì	13
no	28
astenuti	5

Il Consiglio non approva.

Abbiamo un altro emendamento, a firma dei cons. Pinter, De Stefani e Kury, il n. 8257:

‘All’articolo 2, il comma 3 è abrogato e sostituito dal seguente:

“Negli organi di amministrazione e di controllo stabiliti dagli statuti deve essere espressamente garantito il rispetto dei principi sanciti dall’art. 5 del D.Lgs. 21 aprile 1993, n. 124.”’

Prego dare lettura del testo tedesco.

DENICOLO': Ich verlese den Änderungsantrag zum Artikel 2 Nr. 8257, eingebracht von den Abgeordneten Pinter, De Stefani und Kury

Artikel 2 Absatz 3 wird aufgehoben und wie folgt ersetzt:

"In den mit den Satzungen festgesetzten Verwaltungs- und Kontrollorganen müssen ausdrücklich die Grundsätze gewährleistet werden, die im Artikel 5 des Legislativdekretes vom 21. April 1993, Nr. 124 verankert sind."

PRESIDENTE: Qualcuno intende illustrare l'emendamento?

La parola al cons. De Stefani.

DE STEFANI: Molto brevemente, signor Presidente. La mia percezione, in assenza, tra l'altro del primo firmatario, è che questo tipo di proposta andrebbe a recepire in maniera più garantita e garantista la lettera dell'art. 5 del decreto legislativo n. 124, è pur vero che nell'art. 2 alcuni aspetti letteralmente dell'art. 5 sono ripresi, ma particolarmente per quanto riguarda i commi 2 e 3 dell'art. 5 del decreto legislativo, questo richiamo ne garantirebbe la sanzionatura formale.

PRESIDENTE: Giustifico il Presidente, che ha dovuto assentarsi, giustificato, per una medicazione e mi ha pregato di dirlo all'aula.

Qualcuno intende intervenire sull'emendamento? Nessuno. La Giunta?

La parola al Presidente Grandi.

GRANDI: Solo per dare una spiegazione tecnica, nel senso di dire che questo emendamento è tecnicamente pleonastico, perché abbiamo già detto che si applica a tutto il 124, e lì dentro è contenuto anche questo.

PRESIDENTE: Mettiamo in votazione l'emendamento a firma del cons. Pinter. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Chi si astiene?

Con 3 voti a favore, 7 astensioni e tutti gli altri contrari, l'emendamento è respinto.

Comunico che la Presidenza ha provveduto ad un aggiustamento tecnico dell'art. 2: "Gli statuti dei Fondi devono prevedere la possibilità di adesione", è stata una correzione tecnica.

Sull'articolo così emendato qualcuno intende intervenire?

La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER: Hier ist die Rede, daß alle die ansässig sind teilnehmen können an diesen Pensionsfonds oder die vorrangig in dieser Gebiet arbeiten bzw. berufstätig sind bzw. in einem Betrieb beschäftigt sind, der vorrangig in diesem Gebiet tätig ist. Das letzte Mitteilungsblatt der Europäischen Gemeinschaft - das sogenannte "Europäers" - teilt mit, daß nach den letzten Schätzungen von den 369 Millionen Einwohnern der Staaten, der Länder der Europäischen Union rund 18 Millionen Nichtbürger des Staates sind in dem sie sich aufhalten und davon wiederum 12 Millionen überhaupt Nichtbürger

der Europäischen Union sind. 12 Millionen sind also nach der Statistik der Europäischen Union sogenannte „Extracomunitari“, also kommen von außerhalb der Länder der Europäischen Union und halten sich selbstverständlich in einem dieser Länder auf. Rund 12 Millionen insgesamt kommen von außerhalb der Europäischen Union und rund 5,5 Millionen leben in einem anderen Staat als ihrem Heimatstaat der Europäischen Union. Jetzt können sie also, wenn sie hier ansässig sind oder vorrangig in diesem Gebiet arbeiten bzw. berufstätig sind, auch Mitglieder bei einem Pensionsfonds werden. Wenn sie sich dann wieder entfernen von der Region - anderswo hin sei es innerhalb oder außerhalb der Europäischen Union - haben sie Recht auf die Bezahlung der Rente aus dem Pensionsfonds. Bisher sind es nicht sehr viele, vielleicht zwischen 10 und 20 Tausend in der Provinz Bozen - ich weiß nicht wieviel es in der Provinz Trient sind - aber das kann ja noch anders werden, aufgrund der Freizügigkeit und der Nachfrage von Saisonarbeitern. Diese, ob sie nun von außerhalb der Europäischen Union kommen oder von innerhalb der Europäischen Union, haben auch dasselbe Recht diesem örtlichen, diesem territorialen Pensionsfonds beizutreten.

PRESIDENTE: Prima di dare la parola alla Giunta ha chiesto di intervenire il collega Willeit. Ne ha facoltà.

WILLEIT: Grazie, signor Presidente. Egregi consiglieri, poc'anzi ho votato a favore dell'emendamento n. 2 a firma dei conss. Pinter ed altri, che cercava di inserire fra gli obiettivi dei fondi l'eticità e l'utilità sociale degli stessi. Ho votato a favore perché ritengo che l'utilità sociale stia pur sempre alla base di questi fondi, sia l'obiettivo unico che giustifica veramente l'intervento della Regione, sia in senso giuridico che politico. Ciò che voglio tuttavia qui sollevare ancora una volta è una domanda, una questione che mi assilla fin dall'inizio della presentazione di questo disegno di legge e che riguarda l'adesione, la libertà e la generalità dell'adesione a questi fondi. Leggendo l'art. 2, il primo comma, questo principio di libertà e di generalità di adesione sembra anche salvaguardato, in realtà però ritengo che il sistema intero dei fondi, della contribuzione dell'impiego dell'amministrazione delle prestazioni stesse non consenta né l'adesione libera, né l'adesione a tutti, ma restringa questa adesione soprattutto a chi è inserito in un processo di lavoro o di produzione e sin dalla prima seduta della Commissione legislativa ho posto una domanda alla quale non ho ottenuto, fino a tutt'oggi, una risposta: la previdenza si riferisce solo a chi lavora o produce o si riferisce alla generalità dei cittadini, alla generalità della gente? Si riferisce alla generalità delle persone della comunità che vivono nello Stato di cui fa parte addirittura gente che non fa nemmeno parte della comunità dello Stato, e questo principio che la previdenza deve riguardare tutti vale sia per quella obbligatoria quanto per quella volontaria, non tutti sono inseriti nel processo produttivo o lavorativo, purtroppo non tutti, vi invito a pensare a varie categorie, ne elenco qualcuna: studenti, giovani in attesa di primo impiego, nullatenenti, praticanti, chi vive di rendita, chi esercita professioni non riconosciute o illecite, non ha copertura assicurativa previdenziale, ebbene pongo ancora una volta qui la mia domanda: esiste in base a questa legge ed alla normativa statale la

possibilità di aderire da parte di chiunque a questi fondi di previdenza integrativa? Esiste in base alla normativa attuale alla proposta di legge nostra o occorre e basta un domani una previsione adeguata degli statuti? Chiedo una risposta chiara da parte della Giunta a questa mia domanda.

PRESIDENTE: Cons. Benedikter, intende intervenire per la seconda volta?

A lei la parola per la seconda volta.

BENEDIKTER: Ich muß meine Frage ergänzen, damit bei der Antwort auch darauf Bedacht genommen wird. Da ist die Rede, wer den Wohnsitz hier hat oder vorwiegend in diesem Gebiet beschäftigt ist und das ist alles eher als rechtlich einwandfrei.

Es schaut so aus als wäre es gleich von wo er kommt. Er kann also von Zentralasien kommen oder aus Japan oder von wo auch immer, die Hauptsache ist, er ist hier vorwiegend beschäftigt. Jetzt haben wir die europäische Sozialcharta, die von Italien mit Gesetz Nr. 929 vom 03.Juli 1965 ratifiziert worden ist. Ich habe sie im Minderheitenbericht erwähnt, habe auch die Artikel 12 und 13 wiedergegeben, in denen klar unterschieden wird zwischen sozialer Sicherheit auf der einen Seite und Recht auf Fürsorge auf der anderen Seite. Ich möchte diesbezüglich dem Kollegen Peterlini sagen, er möchte die Europäische Sozialcharta lesen. Aufgrund der Definition dessen, was soziale Sicherheit ist, kann die sogenannte Sozialhilfe, die hier im Rahmen dieser Pensionsfonds vorgesehen ist, nicht unter die soziale Sicherheit fallen aufgrund der europäischen Sozialcharta, wie sie von Italien ratifiziert worden ist.

Denn dort heißt es, die Gleichbehandlung der Staatsangehörigen anderer Vertragsparteien, also das System der sozialen Sicherheit betrifft wenn schon nur die Gleichbehandlung der Staatsangehörigen anderer Vertragsparteien der Sozialcharta mit ihren eigenen Staatsangehörigen - mit den Staatsangehörigen Italiens - hinsichtlich der Ansprüche der sozialen Sicherheit einschließlich der Wahrung der nach den Rechtsvorschriften der sozialen Sicherheit erwachsenden Leistungsansprüche, gleich wo die geschützten Personen innerhalb der Hochheitsgebiete der Vertragsparteien ihren Aufenthalt nehmen.

Meiner Ansicht nach können aufgrund der Europäischen Sozialcharta nur Angehörige von Staaten, die die Sozialcharta als solche ratifiziert haben, teilnehmen an den Zusatzrentenfonds und nicht Angehörige von anderen Ländern, die diese Sozialcharta nicht ratifiziert haben. Das müßte meiner Ansicht nach schon klargestellt werden, denn das gilt nicht nur für die regionalen Pensionsfonds, die aufgrund dieses Regionalgesetzes etwa zustande kommen, sondern das gilt für den gesamten Staat Italien...

(Interruzione)

PRESIDENTE: Lei ha quasi esaurito il suo tempo, perché aveva consumato prima 9 minuti, si tratta di due interventi, come previsto dal Regolamento, ma la pregherei, collega Benedikter, di arrivare alla conclusione.

BENEDIKTER: Das wollte ich noch klarstellen und verlange, daß diesbezüglich noch eine klar Auskunft gegeben wird.

PRESIDENTE: Prima di dare la parola alla Giunta, chiedo se qualcuno intende intervenire. Nessuno.

La parola alla Giunta. Prego, Presidente.

GRANDI: Volevo anzitutto dire al cons. Benedikter che per territorialità in questo caso non possiamo riferirci solo ed esclusivamente ai residenti, ma per forza di cose, proprio per la natura di questa legge, dobbiamo riferirci a coloro che operano attivamente sul territorio della Regione, proprio perché questa è una legge che attiene ad aspetti economici, cioè a chi lavora.

Invece, al cons. Willeit, apprezzando la sua attenzione per la valenza sociale di questa legge, volevo rispondere relativamente al problema da lui posto sulla libertà e sulla generalità, per dire che la previdenza e la riforma che è stata prevista in materia previdenziale nel 124 prevede interventi solo nei confronti di chi lavora. La Regione, e questo giustifica l'intervento legislativo e la messa a disposizione anche delle relative risorse finanziarie, ha previsto invece la possibilità di un intervento "più di natura sociale" che va nella direzione di garantire questo diritto anche a coloro che effettivamente sono nelle condizioni temporanee, e tutto questo sarà soggetto a regolamentazione molto precisa, di non poter lavorare, già nelle nostre relazioni, sia del Presidente Peterlini che del sottoscritto, avevamo fatto degli esempi, in caso di decesso improvviso di uno dei due coniugi, con una madre che in presenza dei figli magari temporaneamente non può immediatamente mettersi a lavorare, allora in quel periodo può scattare questo aiuto, che è autenticamente solidaristico, la situazione di un giovane, magari di una certa età, che si trova nelle condizioni di non poter lavorare, perché effettivamente non trova ed avanti di questo passo, allora in questi casi, ripeto, che saranno circoscritti, che saranno opportunamente e doverosamente regolamentati, è prevista la possibilità che si acceda a questo fondo. Quindi, per capirci, la previdenza è ovviamente per sua natura rivolta a coloro che lavorano, tant'è che scattano i meccanismi di versamento; poi vi sono delle situazioni particolarissime, rivolte alla generalità dei cittadini e per queste situazioni particolari è previsto questo intervento legislativo che prevede anche un intervento di natura economica, ma credo che lì affondi la radice anche di quel riferimento che ha fatto laddove ha parlato il consigliere della valenza sociale che condivideva di questo provvedimento di legge.

PRESIDENTE: Siamo in votazione. Non è previsto dal regolamento, non posso darle la parola, collega Benedikter...

(Interruzione)

PRESIDENTE: La questione personale me la deve spiegare...

(Interruzione)

PRESIDENTE: Bene, dopo questa precisazione del collega Benedikter siamo in votazione dell'art. 2 così emendato.

Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Chi si astiene?

Con 10 voti contrari, 3 astensioni e tutti gli altri favorevoli, l'articolo è approvato.

L'art. 4 è soppresso dalla Commissione.

Dò lettura dell'art. 4 bis sull'incompatibilità, a firma dei conss. Pinter, De Stefani e Kury:

‘Dopo l'articolo 4 è inserito il seguente articolo 4 bis:

“Articolo 4 bis
(Incompatibilità)

Chi ha svolto il mandato di consigliere regionale non può ricoprire l'incarico di Presidente della Società di servizi e consulenza di cui all'articolo 3, tranne il caso in cui siano trascorsi almeno dieci anni dal termine del mandato di consigliere.”.’

Diamo lettura del testo tedesco, prego, cons. Denicolò.

DENICOLO': Artikel 4 ist von der Kommission aufgehoben. Abänderungsantrag 4 bis gezeichnet von Roberto Pinter und anderen.

Nach Artikel 4 wird folgender Artikel 4 bis eingefügt:

"Art. 4 bis
(Unvereinbarkeit)

Wer das Mandat eines Regionalratsabgeordneten ausgeübt hat, kann das Amt eines Präsidenten der im Artikel 3 vorgesehenen Dienstleistungs- und Beratungsgesellschaft nur dann ausüben, wenn mindestens 10 Jahre seit Beendigung des Mandates verflossen sind."

PRESIDENTE: Siamo ancora in discussione. Ha chiesto di illustrare l'emendamento uno dei firmatari. La parola alla cons. Kury.

KURY: Im Laufe der Generaldebatte ist von verschiedener Seite auf die Notwendigkeit hingewiesen worden, daß dieses Verwaltungsgremium - genannt Beratungsgesellschaft - in seiner Zusammensetzung schlank bleibt und effizient arbeitet. Auf Wunsch von verschiedenen Abgeordneten hat auch der Einbringer, Herr Peterlini, mit den Worten geantwortet - ich habe das hier mitgeschrieben - , daß er voll und ganz unsere Sorgen bzw. unsere Wünsche und unsere Absichten teilt und daß er selbst dafür kämpfen wird,

daß die Verwaltung effizient und schlank bleibt. Er hat da ausgeführt, daß seinen Vorstellungen zufolge dieses Gremium aus Experten zusammengesetzt sein sollte, Finanzexperten. Sämtliche Tätigkeiten, die nicht vom Gremium selber strikt bewerkstelligt werden können, sollen ausgegeben werden, um so praktisch auch finanzielle Einsparungen zu genehmigen. So war die Vorstellung des Einbringers Peterlini.

Wir freuen uns darüber, daß wir hier völlig einer Meinung sind. Nur scheint es uns auch wichtig, daß in dieses Gesetz eine Verankerung der diesbezüglichen Absichtserklärung Eingang findet, sonst bleibt es ein frommer Wunsch und wir haben eigentlich kein Instrument in der Hand, um dann schauen und kontrollieren zu können, ob dieser Absichtserklärung auch Taten folgen. Von verschiedenen Seiten ist vor allem darauf hingewiesen worden, daß dieses Gremium nicht zu einem Versorgungsgremium für ausgediente Politiker verkommen soll und zumal - so glaube ich - viele diese Meinung teilen und auch die Einbringer dieser Meinung sind, haben wir versucht, diesen Wunsch zu konkretisieren indem wir sagen, daß Regionalratsabgeordnete nach Ausscheiden aus der Politik erst zehn Jahre später eventuell einen Posten als Präsident dieser Beratungsgesellschaft innehaben können. Ich hoffe, daß unsere Konkretisierung jenem Wunsch Rechnung trägt bzw. widerspiegelt, der von vielen hier im Raume geäußert worden ist. Wir ersuchen um geheime Abstimmung.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il collega Benedikter. Ne ha la facoltà. Prego, cons. Benedikter, lei ha chiesto di poter intervenire? Rinuncia al suo intervento.

Altri intendono intervenire?

La parola al cons. Atz.

ATZ: Danke, Herr Präsident. Wenn wir das Ansehen der Politiker und der Abgeordneten und der Mandatare selber so weiterbringen, wie wir es mit solchen Abänderungsanträgen dabei sind zu tun, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn die Öffentlichkeit uns als so fast keine Menschen mehr ansieht. Wo steht denn, daß ein Politiker nicht in Zukunft irgendwo Präsident sein kann, ja ist er kein Mensch mehr? Da steht, daß er mindestens 10 Jahre seit Beendigung des Mandats nicht Präsident sein kann, ja ist es ein Verbrechen heute Politiker zu spielen? Ich stelle nur diese Fragen und wir stimmen auf jeden Fall dagegen.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la collega Klotz. Ne ha la facoltà.

KLOTZ: Ich bin doch der Meinung: wir sollten nicht Politiker spielen, sondern wir sollten Politik machen und unsere Aufgaben wahrnehmen. Ich höre auf dieser Seite, daß die Öffentlichkeit uns sozusagen nicht mehr als Menschen betrachtet, nur weil die Politik immer so schlecht gemacht wird.

Dazu muß ich sagen, daß einen Teil dazu die Tatsache beiträgt, daß die höchstdotierten Posten in unserem Land - sprich Sparkassepräsident, da Präsident und dort Präsident -, also die einträglichsten Posten entweder an pensionierte Politiker oder

nicht mehr gewählte Politiker vergeben werden und zwar einer Partei ganz besonders. In der Vergangenheit haben sich das die mächtigen Parteien im Land mehr oder weniger aufgeteilt und was noch von einer großen, mächtigen Partei übriggeblieben ist, das sind die Pöstchen, die noch besetzt sind von den ex-DC- Leuten, von den früheren DC-Bossen u.s.w. Aus diesem Grund hat es gerade mit dem Gegenteil zu tun, daß wir beweisen sollen, daß es nicht darum geht, die höchstdotierten Posten, irgendwelche einflußreiche Posten mit pensionierten Politikern zu besetzen. Diesen Beweis müssen wir liefern. Aus diesem Grunde von unserer Seite ein selbstverständliches JA, das ist Privilegienwirtschaft und dagegen müssen wir etwas unternehmen. Wir haben auch in der Vergangenheit diese Mißstände immer angeprangert und deshalb ist es nur konsequent, wenn man das hier einbaut.

PRESIDENTE: Qualcuno intende prendere la parola? La Giunta intende intervenire?

Nessuno. Bene, è stata fatta la richiesta per la votazione a scrutinio segreto, sostenuta da 5 consiglieri.

Prego distribuire le schede.

Ricordo che siamo in votazione dell'art. 4 bis, a firma dei conss. Pinter, De Stefani e Kuri.

Possiamo iniziare con l'appello, prego, collega Denicolò.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione:

votanti	42
schede favorevoli	22
schede contrarie	16
schede bianche	4

Il Consiglio approva.

Sono le ore 13.00, a tutti buon appetito. I lavori riprendono alle ore 15.00.

La seduta è sospesa.

(ore 13.01)

(Ore 15.11)

Vorsitz: Präsident Peterlini

Presidenza del Presidente Peterlini

PRÄSIDENT: Bitte um den Namensaufruf.

DENICOLÓ: (Segretario):(fa l'appello nominale)
(Sekretär):(ruft die Namen auf)

PRÄSIDENT: Wir kommen zum Artikel 5:

Art. 5
(Ulteriori iniziative di sostegno ai Fondi complementari)

1. La Regione è altresì autorizzata ad assumere in via amministrativa, nei limiti della disponibilità finanziaria prevista dalla presente legge, ogni ulteriore iniziativa atta a garantire il pieno sostegno, sotto il profilo amministrativo-contabile, ai Fondi di cui all'articolo 1 ed a fornire adeguate garanzie in ordine alle prestazioni dagli stessi erogate.

WILLEIT:

Artikel 5
(Weitere Maßnahmen zugunsten der Zusatzrentenfonds)

1. Die Region ist darüber hinaus ermächtigt, jeweils im Rahmen der Verfügbarkeit der finanziellen Mittel laut diesem Gesetz im Verwaltungswege jedwede weitere Maßnahme zu treffen, die dazu beiträgt, die Fonds gemäß Artikel 1 unter einem verwaltungs- und buchhaltungstechnischen Gesichtspunkt zu unterstützen und angemessene Garantien hinsichtlich der erbrachten Leistungen zu bieten.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich zu Wort? Ist hier eine Abänderung? Keine Wortmeldungen. Abgeordneter Benedikter, bitte.

BENEDIKTER: Hier ist erneut die Rede, daß die Region hinsichtlich der Leistungen des Rentenfonds eine Garantie abgibt. Die Region springt ein, wenn die Rentenfonds nicht in der Lage sein sollten ihre Leistungen gemäß Statut und so weiter abzugeben. Ich wiederhole nur, daß das Fürsorge ist, nachdem der Einbringer Peterlini immer wieder sagt, daß diese Sozialhilfe, die zusammenhängt mit den Leistungen des Rentenfonds, mit zur Sozialversicherung gehört. Die europäische Sozialcharta, die von Italien ratifiziert worden ist - mit Gesetzesnummer 929 vom 03. Juli 1965 - unterscheidet in den Artikeln 12 und 13 ganz klar zwischen dem Recht auf soziale Sicherheit und dem Recht auf Fürsorge, wo sie also sagt, daß das Recht auf Fürsorge sichergestellt werden soll, daß jedem, der nicht über ausreichende Mittel verfügt und sich diese auch nicht selbst oder durch andere aus dem System der sozialen Sicherheit verschaffen kann, ausreichende Unterstützung gewährt wird im Falle der Erkrankung, der Betreuung, die seine Lage erfordert u.s.w. Diese Fälle hier gehören zur sozialen Fürsorge und daher in die Zuständigkeit der Provinz und das ist wie gesagt auch durch ein Staatsgesetz vom italienischen Staate vom 09. März 1989 Nr. 88 Artikel 37 ausgeführt. Man kann hier also nicht sagen, das gehört sowieso alles zusammen und die Region kann das alles

machen. Hier wird eine Zuständigkeit der Provinzen von der Region wieder zurückgenommen und es erfolgt ein Verzicht auf diese Zuständigkeit der Provinz zugunsten der Region.

PRÄSIDENT: Meldet sich sonst jemand zu Wort? Niemand. Dann stimmen wir ab.
Wer mit dem Artikel 5 einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben.

Art. 6

(Interventi della Regione a favore della previdenza complementare)

1. Con regolamento di esecuzione della presente legge sono indicati gli interventi dell'Amministrazione regionale finalizzati al sostegno del pagamento delle quote che gli iscritti devono versare al Fondo, sulla base dei seguenti principi:

- a) gli interventi regionali devono essere destinati a fronteggiare le meno favorevoli situazioni economiche e familiari degli iscritti;
- b) gli interventi devono essere mantenuti entro una soglia massima per ciascun soggetto fissata dall'Amministrazione regionale;
- c) nell'erogazione degli interventi deve essere tenuta in particolare riguardo la presenza di temporanee o permanenti situazioni di svantaggio, sia per quanto attiene alla posizione occupazionale degli iscritti o di loro familiari, sia all'esistenza di motivate necessità assistenziali all'interno dei nuclei familiari stessi.

WILLEIT:

Art. 6

(Maßnahmen der Region zugunsten der Ergänzungsvorsorge)

1. In der Durchführungsverordnung zu diesem Gesetz sind die Maßnahmen der Regionalverwaltung aufgeführt, die darauf abzielen, Versicherte bei der Beitragszahlung zu unterstützen. Dabei wird auf der Grundlage folgender Kriterien vorgegangen:

- a) die Beiträge von Seiten der Region sollen dafür verwendet werden, denjenigen Versicherten zu helfen, die sich in einer besonders schwierigen finanziellen oder familiären Lage befinden;
- b) die Beiträge dürfen ein Höchstmaß nicht überschreiten, welches für jeden Versicherten von der Regionalverwaltung festgelegt wird;
- c) bei der Gewährung von Beiträgen zählt insbesondere das Vorhandensein vorübergehender oder dauerhafter nachteiliger Situationen, und zwar sowohl mit Hinblick auf die Beschäftigungslage der Versicherten bzw. deren Familienangehörigen als auch hinsichtlich eines begründeten Fürsorgebedarfs innerhalb der Familien.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich zu Wort? Zuerst aber der Änderungsantrag vom Abgeordneten Pinter, De Stefani und Kury:

Im Artikel 6 Absatz 1 lit.c) werden die Worte:

"als auch hinsichtlich eines begründeten Fürsorgebedarfs innerhalb der Familien" aufgehoben.

Wer meldet sich zu Wort. Der Abgeordnete De Stefani, bitte.

DE STEFANI: Grazie, Presidente. Dalla lettura dell'art. 6 si ricava che gli interventi dell'amministrazione regionale sono finalizzati a sostenere delle situazioni chiaramente di svantaggio, come è giusto che sia, perché è chiaro che l'intervento pubblico deve andare a fare premio su situazioni particolari di bisogno, allora è chiaro che l'esistenza di motivate necessità assistenziali all'interno dei nuclei familiari stessi è una situazione di bisogno, ma potrebbe benissimo prefigurare delle realtà che da un punto di vista di censo, per cui di situazione economica, non sono oggettivamente meritevoli di una copertura di un intervento pubblico, allora mi sembra che all'interno dell'art. 6 questa ultima parte della lettera del comma 1 sia quanto meno discutibile, se non contraddittoria, perché rischia di andare ad intervenire in situazioni che pur essendo astrattamente di bisogno non configurano quel tipo di bisogno economico problematico che è nella finalità e nello spirito dell'articolo medesimo.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich sonst noch zu Wort? Niemand, dann stimmen wir darüber ab.

Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. Danke.

Wer stimmt dagegen? Das ist die Mehrheit.

Wer enthält sich der Stimme?

Bei 4 Ja-Stimmen, 6 Enthaltung und den Rest Nein-Stimmen ist der Abänderungsantrag abgelehnt. Wir kommen jetzt zum Artikel 6, so wie er steht.

Wer meldet sich zu Wort. Abgeordnete Kury, bitte.

KURY: Nur um ganz kurz zu erklären, warum ich mich bei diesem Artikel enthalten werde.

Nicht weil ich gegen die Maßnahmen zugunsten der Ergänzungsvorsorge bin, sondern ganz einfach weil man hier Kompetenzen bzw. Bestimmungen an eine Durchführungsverordnung delegiert und uns somit jede Möglichkeit genommen wird, hier mitzureden. So wie dieser Artikel hier formuliert ist, ist er einfach zu vage. Wir können nichts aussagen über das Ausmaß der Beiträge, weil das Höchstausmaß bestimmt ja wieder die Durchführungsverordnung und auch die einzelnen Maßnahmen, wie sie strukturiert sind, sind hier nicht abzusehen. Insofern enthalte ich mich und ersuche die Regionalregierung bei der Ausarbeitung der Durchführungsbestimmung doch vielleicht ein bißchen auch die Oppositionsparteien miteinzubeziehen, zumal aus meiner Sicht dieser Artikel 6 ein wesentlicher Artikel ist, der ausschlaggebend ist, daß verschiedene Abgeordnete generell für diesen Artikel stimmen werden.

PRÄSIDENT: Der Abgeordnete Benedikter hat das Wort.

BENEDIKTER: Gerade der Wortlaut dieses Artikels beweist, daß es sich um soziale Fürsorge handelt. Hier wird ein Schwindel gehandhabt, um eben für die Region wieder eine Zuständigkeit zu gewinnen, die einwandfrei zur sozialen Fürsorge gehört d.h. in die

Zuständigkeit der Provinz gehört. Ich erwähne hier den Artikel 13 der Europäischen Sozialcharta, die von Italien ratifiziert worden ist und wo es heißt: "sicherstellen, daß jedem, der nicht über ausreichende Mittel verfügt und diese auch nicht selbst oder von anderen insbesondere durch Leistungen aus einem System der sozialen Sicherheit verschaffen kann - genau dieser Fall - ausreichende Unterstützung gewährt wird und im Falle der Erkrankung die Betreuung, die seine Lage erfordert, gibt und dafür zu sorgen, daß jedermann durch zweckentsprechende öffentliche oder private Einrichtungen, die zur Verhütung, Behebung oder Milderung einer persönlichen oder familiären Notlage - siehe hier - erforderliche Beratung und persönliche Hilfe erhalten kann". Genau das was in dem Artikel 6 als sogenannte Einsätze der Region zugunsten der ergänzenden Vorsorge vorgesehen wird, also ein Schwindel womit die Bevölkerung darüber hinweggetäuscht werden soll, daß es sich hier nicht um eine seit 1972 einwandfrei bestehende ausschließliche Zuständigkeit der Provinzen handelt.

PRÄSIDENT: Der Abgeordnete Taverna, bitte.

TAVERNA: Signor Presidente ed onorevoli colleghi, se ci fosse stato qualche dubbio, giunti a questo punto la partita è estremamente chiara: l'art. 6, nei confronti del quale lo stesso presentatore del disegno di legge, vale a dire il cons. Peterlini, ha dichiarato nell'intervento a replica di un mio precedente ragionamento sul complesso del disegno di legge, dichiarando espressamente che l'art. 6 può essere censurato dal Governo sul piano della competenza, ma anche sul piano del contrasto con i principi contenuti nel decreto legislativo n. 124, si evince in modo esemplare come questo disegno di legge sia fondato su principi che sono chiaramente eversivi rispetto al quadro normativo che abbiamo potuto constatare dalla lettura del prodotto legislativo nazionale che ha introdotto l'istituto del fondo.

Ancora una volta voglio ribadire il concetto: il fondo nasce per volontà risalente ad una concezione pattizia, quindi è un patto, essendo un patto ha natura contrattuale, essendo un contratto ha natura privatistica. Questa è la conseguenza dei concetti ed è naturalmente il prodotto di alcuni principi che sono chiari, elementari in un quadro normativo estremamente trasparente, si è voluto invece inquinare questo quadro normativo con il disegno di legge che ormai è giunto alla conclusione del suo iter, ma che non risolve il problema di fondo, vale a dire se è corretto intervenire con denaro pubblico nei confronti di un istituto che ha le caratteristiche del diritto privato. Allora a questo punto non soltanto non si può considerare questo disegno di legge un disegno di legge di previdenza, anche se mi dice il collega Palermo che in questo caso il diritto è come un elastico, lo si tira e lo si allunga a seconda di ragioni di opportunità, ma non vi è possibilità di considerare il diritto come elastico, perché il diritto è una scienza esatta, se mi consente il collega Tosadori, è una scienza esatta e non può essere che così...

(Interruzione)

TAVERNA: E' una scienza esatta, chi fa diventare il diritto una scienza opinabile? I magistrati che lo devono interpretare e soprattutto gli avvocati che hanno l'esercizio dell'interpretazione, ma in questo caso è evidente che il quadro di riferimento è estremamente chiaro ed allora se è vero come è vero che a livello nazionale si considera la necessità di dover cambiare regime per fare in modo che accanto all'obbligatorietà dell'obbligo di natura previdenziale possa sussistere un sistema volontaristico, è evidente che, quando questo sistema volontaristico nasce per effetto del decreto legislativo 134 e della legge 335 n. 95, a questo riguardo intervenendo in un sistema privato con contributo pubblico rendiamo il sistema inquinato, su questo credo non ci possano essere dubbi di interpretazione ed a quel punto dico in maniera molto chiara ed in termini amichevoli al collega Palermo che evidentemente le ragioni di opportunità non possono prevalere sulle ragioni della giustizia; e dal momento che si fa promotore di un movimento per la giustizia, dovrebbe essere con me d'accordo nel sostenere che la giustizia è al di sopra delle opportunità.

Ciò detto, l'art. 6 quando disciplina attraverso un apposito regolamento quali saranno gli interventi della Regione a sostegno degli iscritti che non possono adempiere alle obbligazioni del fondo è evidente che ricadiamo nel terreno dell'assistenza, su questo non c'è ombra di dubbio, ha ragione il collega Benedikter quando questo concetto lo ha brillantemente affermato nella sua relazione di minoranza.

Allora siamo fuori per diversi motivi, signor Presidente della Giunta, siamo fuori perché questo disegno di legge è orientato ad inquinare un sistema privatistico, andiamo a finalizzare un sistema privatistico attraverso il finanziamento pubblico, di conseguenza andiamo ad accrescere le possibilità di coloro che sono iscritti al fondo, pur sapendo che l'iscrizione al fondo non è un obbligo, ma è una facoltà dei soggetti che vi vogliono liberamente aderire e quindi noi facciamo in modo che alcuni fondi, per la verità non modesti, collega Benussi, perché qui si parla di 50 miliardi per il 1997 e molto probabilmente assisteremo ad interventi successivi con legge di bilancio per quanto riguarda gli esercizi finanziari successivi al 1997.

In secondo luogo veniamo quindi a regalare prestazioni nei confronti di una parte della popolazione e non di tutta ed in terzo luogo con l'art. 6 veniamo addirittura ad intervenire successivamente oltre ad aver voluto abbattere i costi di gestione del fondo e quindi intervenendo in una materia privatistica e quindi contravvenendo al principio sancito dal decreto legislativo n. 124, che apertamente dichiara l'impossibilità della concorrenza sleale per quanto riguarda il mercato dei fondi e quindi la possibilità di accensione dei fondi in un sistema liberale, ma intervenendo attraverso l'art. 6 con la possibilità addirittura di coprire gli obblighi di natura contrattuale che i soggetti che aderiscono al fondo hanno contratto al momento della stipula di quel contratto privatistico, voler intervenire per ripianare gli obblighi di coloro che non sono più in grado di soddisfare a quanto prescritto dalla libera contrattazione significa ulteriormente abbandonare il solco della previdenza qualora avessimo accettato - il sottoscritto non l'ha mai accettato, ma ancora voleste accettare - il principio che questa legge rientra nella competenza dell'art. 6 dello Statuto, in questo caso con questo art. 6 vi allontanate completamente anche dalla previsione statutaria dell'art. 6 che detta norme in materia di

previdenza alternativa, sostitutiva o integrativa rispetto alla costruzione giuridica nazionale per quanto riguarda il sistema della previdenza.

Dico - e concludo - ancora un'ultima cosa e la voglio sottolineare con la necessaria attenzione, che anche sotto questo profilo siete fuori da ogni umana e logica comprensione, perché ancora una volta dovete mettervi d'accordo con il quadro giuridico esistente, laddove il quadro giuridico esistente espressamente prevede che l'obbligatorietà del sistema previdenziale rientra nel sistema giuridico di riferimento e quindi quanto è prescritto dall'art. 6 non può che fare capo a quel sistema obbligatorio, in questo caso siamo ad un sistema privatistico e quindi liberale e non obbligatorio anche sotto questo profilo merita censura non soltanto l'art. 6, ma il complesso del disegno di legge che avete presentato.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Palermo, bitte.

PALERMO: Solo poche parole per replicare al collega Taverna, in quanto diverse volte si è richiamato ad alcuni principi giuridici e quindi ritengo mio dovere spiegare qual è la mia posizione, in quanto personalmente sono del convincimento che il settore che questo disegno di legge intende affrontare non è un settore sul quale sia preclusa all'autonomia regionale dettare nuove disposizioni con l'istituto in esame, il settore della previdenza è un settore che nella tradizione della nostra cultura giuridica costituzionale e nazionale ha sempre costituito patrimonio quasi esclusivo dello Stato, dell'istituzione pubblica. Se negli ultimi anni questo sistema ha fallito ed ha dimostrato delle grosse deficienze, tanto da determinare dei mutamenti e dei cambiamenti estremamente significativi nella disciplina nazionale, ciò non significa che i principi sui quali questa disciplina è stata sempre ispirata non siano dei principi che rientrano nel nostro patrimonio giuridico. Questo lo specifico solo e semplicemente per indicare il convincimento personale secondo cui il settore della previdenza può ancora oggi costituire oggetto di normazione statale e amministrativa locale, un discorso diverso è quello che attiene, a mio parere, ai limiti tra previdenza ed assistenza, qui il discorso è molto più delicato e non è dubbio che anche questo disegno di legge può porre determinati problemi, che saranno esaminati al termine, quando certi aspetti forse potranno anche a livello governativo essere esaminati, personalmente ho molte difficoltà ad esprimere un parere del tutto convinto sulla conformità alla legislazione nazionale o meno di questo disegno di legge, però certamente non si può ragionare in termini di disparità di trattamento o di ingiustizia di questa legge rispetto a tutto il sistema normativo nazionale, perché se dovessimo prendere in considerazione tutto il sistema dei contributi che vengono erogati dalla Regione o dalle Province sempre ci troveremmo ad esaminare delle situazioni di difformità di trattamento tra i residenti nella Regione Trentino-Alto Adige e nelle Province e gli altri residenti nelle altre località italiane, quindi il sistema di intervento pubblico rientra nella ordinarietà in Trentino-Alto Adige, certamente bisogna cercare di evitare affinché questa forma di intervento pubblico esca dai binari del lecito, però seppure è lecito esprimere tutte le perplessità e tutte le riserve in relazione all'applicazione concreta che darà luogo questa legge se verrà approvata, non

può essere questo a mio parere un argomento preclusivo per l'approvazione stessa del disegno di legge, in sostanza non ritengo personalmente di dover essere così sicuro, come il collega Taverna, in relazione ai rilievi che sono stati mossi, ho delle perplessità che sono di carattere politico, ma non tecnico-giuridico ostative nel senso che è stato indicato e quindi mi dissocio da questa posizione intransigente, ho determinate perplessità che mi riservo di esprimere al termine dell'esame del disegno di legge.

PRÄSIDENT: Abgeordneter Morandini, bitte.

MORANDINI: Signor Presidente, onorevoli colleghi, una lettura anche solo veloce di questo art. 6 evidenzia che questa norma è, all'interno di questo disegno di legge, a mio avviso centrale per comprenderne sia la portata sia le ragioni che l'hanno determinata.

Confermo le perplessità che nutro nei confronti dell'intera proposta, tanto più ad una lettura attenta di questa norma per queste ragioni. La prima: l'art. 6, così come è scritto, conferma di fatto che la proposta di previdenza integrativa formulata nel disegno di legge è soltanto per le persone che lavorano, perché l'art. 6, se non ho inteso male, prevede una deroga all'impianto generale nel senso di intervenire ad aiutare a versare oneri previdenziali nei confronti delle persone, si dice, 'in condizioni di bisogno' o comunque, probabilmente come il Presidente della Giunta stamane ha detto in un intervento, fra le quali dovrebbero rientrare probabilmente anche coloro che non prestano attività lavorativa, ma allora, Presidente della Giunta, cade l'affermazione che lei ha fatto stamane secondo la quale l'intervento di tipo previdenziale potrebbe configurarsi solamente nei confronti delle persone che sono in costanza di rapporto di lavoro. Questo non è vero, lei ha detto stamattina, se non ho capito male, che la previdenza è possibile soltanto per i lavoratori, allora mi permetto di contestare questa affermazione e di confrontarmi su questa affermazione, perché dal punto di vista giuridico non regge, è rapporto di tipo previdenziale un rapporto, come lei sa bene, un rapporto di tipo sinalagmatico che prevede un versamento periodico negli anni da parte del soggetto che decide, sia esso o meno in costanza di lavoro, questo non importa, di fare un certo tipo di versamento, entrando quindi un certo tipo di rapporto, e di fattispecie e dall'altra parte gli corrisponde come corrispettivo dopo un certo numero di anni di versamento o all'inizio a seconda delle fattispecie, vedasi anche una serie di istituti del 'Pacchetto famiglia', gli viene corrisposto un quantum rapportato a quanto e per quanto tempo ha versato. Allora questo è possibile anche a chi non lavora, quindi il rapporto di tipo previdenziale è possibile poterlo vedere instaurare anche da parte di persone che non sono in costanza di rapporto di lavoro, l'art. 6 mi pare faccia cadere questo velo, ed è per questo che evidenzia tutte le perplessità che ho detto ed anche il mio voto che preannuncio subito di astensione, perché di fatto vuole cercare di ricomprendere al suo interno ed alla sua applicazione una serie di persone che non dovrebbero lavorare con però - ecco il punto - una serie di previsioni, il contenuto dell'art. 6 è in questi termini - che sono assolutamente generiche, mi si deve rispondere e chiedo con precisione una risposta su questo versante come potrà fare colui o coloro che si appresteranno al regolamento di esecuzione di fronte ad una norma legislativa

come quella dell'art. 6 che abbiamo sott'occhio, estremamente generica, che a mio avviso non offre sufficienti criteri di riferimento ed una sufficiente delimitazione come deve offrire al legislatore regolamentare per definire in termini precisi le fattispecie nei confronti delle quali si dovrebbe intervenire, fra l'altro le fattispecie di bisogno.

Questo conferma anche che l'intervento non ha una natura sociale, purtroppo, ma una natura di tipo assistenziale e da questo punto di vista allora - lo dico perché vedo fondata qui la preoccupazione che possa il Governo evidenziare che siamo fuori competenza - da questo punto di vista la competenza non mi pare più quella di tipo previdenziale, bensì quella di tipo assistenziale e quindi ricadente nelle Province, si tenti almeno con emendamento di collegare questo tipo di previsione normativa con l'impianto provinciali o con le competenze provinciali, perché non vedo da come è scritta sicuramente fondata la competenza previdenziale regionale e quindi da questo punto di vista esprimo anche una preoccupazione che questa norma possa avvallare eventuali rinvii in sede governativa.

PRÄSIDENT: Wortmeldungen? Keine, dann stimmen wir ab. Wer mit dem Artikel 6 einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Die Mehrheit.

Wer stimmt dagegen. 6 Gegenstimmen.

Wer enthält sich der Stimme?

Bei 4 Enthaltungen, 6 Gegenstimmen und den Rest Ja-Stimmen ist der Artikel 6 genehmigt. Wir kommen zum Artikel 6-bis.

Art. 6-bis

(Adeguamento delle strutture regionali)

1. Al fine del corretto assolvimento da parte dell'Amministrazione regionale degli adempimenti derivanti dall'applicazione della presente legge, la Ripartizione quarta di cui all'articolo 3 della legge regionale 9 novembre 1983, n. 15, come sostituito dall'articolo 3 della legge regionale 11 giugno 1987, n. 5, viene denominata "Affari previdenziali e sociali". Alla stessa compete, in aggiunta alle attribuzioni elencate per la Ripartizione quarta nell'Allegato A) della legge regionale stessa, escluse quelle ricompense nei primi nove commi, la seguente:

Cura tutto quanto occorre per rendere operativo il sostegno della Regione ai Fondi pensione.

2. Le attribuzioni relative agli Enti locali, di cui ai primi nove commi dell'allegato menzionato nel comma 1, sono assegnate alla competenza della Ripartizione seconda, la quale assume la denominazione "Enti locali, credito e cooperazione".

3. Nella fase di prima costituzione delle strutture di cui all'articolo 3, l'Amministrazione regionale è autorizzata a mettere a disposizione proprio personale nella misura indispensabile per lo svolgimento dell'attività delle stesse, senza aumentare la dotazione organica della Regione.

4. Al personale di cui al comma 3 spetta, in relazione alle mansioni svolte ed alle responsabilità ricoperte, l'attribuzione della differenza tra il trattamento economico acquisito nella qualifica di appartenenza e quello previsto per lo svolgimento delle nuove funzioni nelle strutture di cui alla presente legge.

WILLEIT:

Artikel 6-bis (Anpassung der regionalen Strukturen)

1. Zum Zwecke der korrekten Durchführung der sich aus der Anwendung dieses Gesetzes ergebenden Amtshandlungen wird die Abteilung IV gemäß Artikel 3 des Regionalgesetzes vom 9. November 1983, Nr. 15, ersetzt durch Artikel 3 des Regionalgesetzes vom 11. Juni 1987 Nr. 5, "Abteilung für Vorsorge und Sozialwesen" genannt. Dieser Abteilung stehen zusätzlich zu den in der Anlage A) zum genannten Regionalgesetz für die Abteilung IV vorgesehenen Befugnissen - mit Ausnahme der ersten neun Absätze - folgende Befugnisse zu:

Sorgt für sämtliche Maßnahmen, die erforderlich sind, um die operative Unterstützung der Region zugunsten der Rentenfonds zu gewährleisten.

2. Die Befugnisse über die Lokalkörperschaften gemäß den ersten neun Absätzen der im vorstehenden Absatz 1 angeführten Anlage werden der Abteilung II zuerkannt, welche "Lokalkörperschaften, Kredit- und Genossenschaftswesen" genannt wird.

3. In der Phase der Errichtung der Strukturen gemäß Artikel 3 ist die Regionalverwaltung ermächtigt, diesen das eigene Personal zur Verfügung zu stellen, und zwar in dem Ausmaß, das für die Abwicklung ihrer Tätigkeit notwendig ist; dies ohne den Stellenplan der Region zu erhöhen.

4. Dem Personal gemäß Absatz 4 steht im Verhältnis zu den abgewickelten Aufgaben und der übernommenen Verantwortung die Zuerkennung des Differenzbetrages zwischen der im Zugehörigkeitsrang erworbenen Besoldung und jener, die für die Abwicklung der neuen Funktionen in den Strukturen gemäß diesem Gesetz vorgesehen ist, zu.

PRÄSIDENT: Zuerst würde ich sagen kommt der Ersetzungsantrag vom Ausschuß zur Verlesung bevor ich Ihnen das Wort gebe, Abgeordneter Taverna. Dann ist ein Antrag von mir selber und dann ein Antrag vom Abgeordneten Pinter zum Absatz 4.

Änderungsantrag zum Artikel 6 bis, eingebracht von der Abgeordneten Chiodi.

I commi 1 e 2 dell'articolo 6-bis sono sostituiti dai seguenti 1, 2 e 2 bis:

"1. Al fine del corretto assolvimento da parte dell'Amministrazione regionale degli adempimenti derivanti dall'applicazione della presente legge, le Ripartizioni seconda e quarta di cui all'articolo 8, comma 2, lettere b) e d) della legge regionale 9 novembre 1983, n. 15, come sostituito dall'articolo 3 della legge regionale 11 giugno 1987, n. 5, vengono così denominate:

Ripartizione seconda - Affari sociali, credito e cooperazione;

Ripartizione quarta - Enti locali e servizi elettorali

2. Alla nuova Ripartizione seconda competono, in aggiunta alle attribuzioni elencate per la Ripartizione seconda - Credito e cooperazione nell'Allegato A della legge regionale 9 novembre 1983, n. 15, come sostituito con la legge regionale 11 giugno 1987, n. 5, le attribuzioni ricomprese nei commi da 10 a 15 elencati per la Ripartizione quarta - Enti locali e affari sociali nell'Allegato A della legge regionale 9 novembre 1983, n. 15, come sostituito con la legge regionale 11 giugno 1987, n. 5, con l'aggiunta del seguente:

Cura gli aspetti necessari oer rendere operativo il sostegno della Regione ai Fondi pensione.

2-bis. Alla nuova Ripartizione quarta - Enti locali e servizi elettorali competono le attribuzioni di cui ai primi nove commi elencati nell'Allegato A della legge regionale 9 novembre 1983, n. 15, come sostituito con la legge regionale 11 giugno 1987, n. 5, con l'aggiunta dei seguenti:

Cura i rapporti con gli Enti locali territoriali e le loro Associazioni;

Esamina le proposte degli Enti locali territoriali e delle loro Associazioni su problemi di comune interesse, prospettando ipotesi di soluzione relative soprattutto all'assunzione di provvedimenti di carattere legislativo o amministrativo con riferimento all'assetto istituzionale."

WILLEIT: Zum Artikel 6-bis sind folgende Abänderungsanträge vorliegend, einer von Wanda Chiodi und anderen, dann einer vom Kollegen Pinter und schließlich einer vom Einbringer selbst. Ich verlese den Antrag der Regionalregierung

Die Absätze 1 und 2 des Artikels 6-bis werden durch die nachstehenden 1, 2 und 2-bis ersetzt:

"1. Zum Zwecke der ordnungsgemäßen Vornahme der sich aus der Anwendung dieses Gesetzes ergebenden Amtshandlungen seitens der Regionalverwaltung werden die Abteilungen II und IV gemäß Artikel 8 Absatz 2 Buchstaben b) und d) des Regionalgesetzes vom 9. November 1983, Nr. 15, ersetzt durch den Artikel 3 des Regionalgesetzes vom 11. Juni 1987, Nr. 5, wie folgt genannt:

Abteilung II - Sozialangelegenheiten, Kredit- und Genossenschaftswesen;

Abteilung IV - Örtliche Körperschaften und Wahldienste.

2. Der neuen Abteilung II stehen zusätzlich zu den für die Abteilung II - Kredit- und Genossenschaftswesen - in der Anlage A) zum Regionalgesetz vom 9. November 1983, Nr. 15, ersetzt durch das Regionalgesetz vom 11. Juni 1987, Nr. 5, angeführten Befugnissen die für die Abteilung IV - Örtliche Körperschaften und Sozialwesen - in der Anlage A) zum Regionalgesetz vom 9. November 1983, Nr. 15, ersetzt durch das Regionalgesetz vom 11. Juni 1987, Nr. 5, in den Absätzen 10 bis 15 vorgesehenen Befugnisse zu, wobei die nachstehende hinzuzufügen ist:

Sie übernimmt alles Notwendige, um die Unterstützung der Region in Sachen Rentenfonds in die Tat umzusetzen.

2-bis. Der neuen Abteilung IV - Örtliche Körperschaften und Wahldienste - obliegen die Zuständigkeiten, die in den ersten neun Absätzen der Anlage A) zum Regionalgesetz vom 9. November 1983, Nr. 15, ersetzt durch das Regionalgesetz vom 11. Juni 1987, Nr. 5, angeführt sind, wobei nachstehende hinzuzufügen sind:

Sie pflegt die Beziehungen mit den örtlichen Gebietskörperschaften und mit ihren Vereinigungen;

Sie überprüft die Vorschläge der örtlichen Gebietskörperschaften und ihrer Vereinigungen betreffend Probleme von gemeinsamen Interesse und erbringt Lösungsvorschläge vor allem in bezug auf Gesetzesmaßnahmen hinsichtlich des Aufbaus der Institutionen."

Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter **Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz**

PRESIDENTE: Per l'illustrazione la parola al Presidente. Prego.

GRANDI: Intervengo per dire che questo è un emendamento che può essere considerato praticamente tecnico, legato al funzionamento ed alla struttura.

Rimane inalterato il numero delle ripartizioni e vengono bilanciati meglio i compiti che spettano a due ripartizioni, oggi la previdenza è accorpata con i servizi elettorali, con questa proposta, siccome avremo una sorta di enorme ripartizione, alleggeriamo la ripartizione dell'elettorale e diventa ripartizione elettorale a sé e enti locali e invece uniamo la cooperazione alla previdenza, quindi è solo una sorta di aggiustamento interno e nulla di più.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Morandini. Ne ha la facoltà.

MORANDINI: Grazie, Presidente. Solo per chiedere al Presidente della Giunta se cortesemente risponde - non è di questo articolo che volevo parlare - alla domanda che ho posto nella discussione riferentesi all'articolo precedente, che è l'articolo-perno, secondo me, del disegno di legge. Allora chiedo cortesemente che sia data risposta, anche perché è una domanda che, mi pare di aver capito da una serie di interventi, non ho formulato solo io, ma direttamente o indirettamente hanno formulato altri colleghi, allora è molto importante che il Consiglio senta la risposta che sul piano tecnico, prima ancora che politico, i presentatori danno, perché mi pare importantissima a capire quali sono state le ragioni di fondo che hanno militato in ordine alla proposta non soltanto dell'art. 6, ma in modo particolare ad alcuni suoi specifici contenuti sui quali mi sono soffermato nel precedente intervento. Quindi chiedo fermamente che mi sia data risposta a questa domanda che, ripeto, è una domanda di fondo che attraversa a mio avviso l'intera proposta di legge. Grazie.

PRESIDENTE: Ha chiesto di poter intervenire il cons. Taverna, ne ha facoltà.

TAVERNA: Signor Presidente, sull'ordine dei lavori. Abbiamo di fronte due emendamenti, uno della Giunta che riscrive parzialmente l'art. 6 bis e un emendamento a firma dei conss. Pinter ed altri che intende sopprimere il comma 4 dell'art. 6 bis, di che cosa discutiamo, perché francamente a questo punto chiedo che mi sia indicata la via, la bussola.

PRESIDENTE: Credo che la procedura sia precisa, collega Taverna: l'emendamento che stiamo discutendo riguarda i commi 1 e 2, l'emendamento che è stato presentato dai conss. Pinter ed altri riguarda il comma 4 dell'emendamento, perciò in merito alla procedura non vi è nulla da recepire.

TAVERNA: Era una domanda che avevo posto, signor Presidente.

PRESIDENTE: E' meglio sempre domandare!

TAVERNA: E' meglio intervenire a ragion veduta!

PRESIDENTE: L'umiltà di chiedere, che qualche volta manca!

TAVERNA: Bisogna avere l'umiltà di chiedere! Allora, signor Presidente, intervengo sull'emendamento della Giunta, vale a dire sull'emendamento che riscrive il comma 1 e 2 dell'art. 6 bis.

Premetto che voteremo contro l'art. 6 bis, quindi tagliamo subito la testa al toro, ma voteremo convintamente contro l'emendamento, perché l'emendamento della Giunta all'art. 6 bis dimostra ancora una volta come questo disegno di legge sia controtendenza rispetto a quanto ho cercato di dire nel corso dei miei ormai numerosi interventi. Allora noi non soltanto diamo dei soldi, per carità, chi ha tanti soldi può anche fare opera di beneficenza, una volta che abbiamo capito che si tratta di beneficenza e quindi di assistenza, dovremmo anche avere una risposta da parte del Presidente della Giunta, ha ragione il collega Morandini, perché nell'eventualità che non ritengo remota di un conflitto di competenza di fronte alla Corte costituzionale circa questa, o parte di questa legge, evidentemente il giudice andrà anche ad indagare sulla volontà del legislatore regionale e quindi è opportuno che la voce della Giunta si faccia sentire a questo proposito, vale a dire se fino adesso tutte le argomentazioni che abbiamo fatto fossero per avventura sbagliate - e io non ritengo che siano sbagliate, ma fossero sbagliate -, ci mancherebbe, non sono in possesso della verità, non ho una verità in tasca, ho delle opinioni che mi sono permesso di esternare nel corso di questo dibattito, ma se per avventura tutto quello che io in questo contesto ho detto fosse sbagliato c'è almeno una cosa sulla quale è bene ed opportuno richiamare l'attenzione di tutti circa quanto è previsto dall'art. 6 che abbiamo votato ed ha una intima e connessa relazione con il 6 bis, perché se andiamo ad immaginare che la Regione deve modificare il proprio apparato amministrativo per sostenere il fondo, allora sì siamo nella logica in controtendenza rispetto alla disciplina nazionale per i motivi cui ho fatto più volte

riferimento, ma siamo anche in controtendenza rispetto al fatto che, se fosse vera l'interpretazione e la volontà del legislatore regionale al fine di sostenere i fondi, mi volete spiegare per quale ragione lo Stato non ha ritenuto di attrezzarsi in modo tale che il suo sostegno fosse diretto ad affiancare i fondi che nasceranno sulla base della disposizione vigente, mi pare che siamo di fronte ad una forte contraddizione e qui non vale la pena ricordare le ragioni dell'autonomia per dire che noi possiamo fare qualcosa di diverso rispetto allo Stato, perché anche in questa materia, soprattutto in questa materia per quanto riguarda i limiti oggettivi sui quali il fondo si trova ad essere sostenuto, per poter usufruire delle facilitazioni di carattere fiscale, perché il problema non è andare contro un quadro normativo di carattere istituzionale, il problema è andare contro un quadro normativo di carattere oggettivo, di carattere specifico, di carattere previsto dal 124. Se il 124 afferma che per poter costituire è necessario osservare determinate procedure e noi queste procedure non le osserviamo, perché a queste accompagniamo altre procedure, evidentemente sta qui il primo motivo di dissenso e sta qui anche il primo motivo di contrasto, nella logica di quanto prima si è detto, vale a dire se a questo punto interveniamo anche in materia che non ci è consentito intervenire, perché la competenza, per quanto riguarda l'assistenza, è di carattere provinciale; ma se questo è vero - mi consentite di affermarlo con la dovuta pacatezza, ma al tempo stesso con la dovuta serenità - e questo sicuramente è indubitabilmente vero, mi domando allora a che punto e per quali problemi ed obiettivi vogliamo intervenire all'interno dell'organizzazione amministrativa regionale per consentire che i dipendenti della Regione, una parte degli stessi, non si sa come, non si sa quando e non si sa perché, non si sa nemmeno per quanto riguarda il numero, perché tutto può essere, ovviamente sulla base della disciplina legislativa oggi che andiamo a votare, modificato in ragione alle questioni di opportunità, di necessità, eccetera. Allora andiamo a distogliere una parte del personale, andiamo ad intervenire modificando la struttura organizzativa, interveniamo per quanto riguarda la volontà di attribuire questioni che sono nuove rispetto al quadro vigente ed entriamo poi con una logica - lo diremo successivamente nel corso della discussione eventualmente dell'articolo nel suo complesso - a disciplinare anche una materia estranea all'oggetto, perché andiamo a disciplinare le questioni di natura organizzativa, ma che risiedono agli enti locali. Cosa c'entrano gli enti locali con questo provvedimento? Allora anche per quanto riguarda la tecnica legislativa siamo al di fuori della norma, siamo al di fuori di un corretto procedere.

Per queste ragioni voteremo contro l'emendamento della Giunta, anticipando che saremo a favore dell'emendamento Pinter, lo voteremo senza discussione, riservandoci di intervenire nella valutazione dell'art. 6 bis nel suo complesso.

PRESIDENTE: Prima di dare la parola al Presidente della Giunta chiedo se qualcun altro intende intervenire. Nessuno.

Prego, Presidente.

GRANDI: Solo per fare chiarezza nei confronti innanzitutto di quanto posto dal cons. Morandini, che peraltro conosce a fondo questa materia e quindi credo servano poche spiegazioni da parte mia.

In questo momento stiamo legiferando ed allora, come ha affermato qualche consigliere, dobbiamo fare una legge e quindi normare principi, al regolamento affidiamo la casistica, le fattispecie, non possiamo in legge introdurre casistiche, anche perché sappiamo che le cose possono prendere via via, nel corso del tempo, volti diversi. Quindi rimandiamo al regolamento tutta la questione delle fattispecie, trattandosi naturalmente di un regolamento molto importante, come giustamente siamo stati sollecitati, ci impegniamo - così rispondo anche alla cons. Kury - di discutere prima della adozione di questo importante strumento amministrativo in sede di confronto con le forze politiche e con le forze sociali quello che sarà l'articolato.

L'altra questione, cons. Morandini, è quella che deve definire bene il confine tra la previdenza e l'assistenza, allora questo provvedimento non è di natura assistenziale, perché non eroghiamo un contributo a Tizio o a Caio e quel contributo se lo trattiene, questa è previdenza e quindi agiamo con la stessa fattispecie che è sostanzialmente contenuta nei provvedimenti definiti 'Pacchetto famiglia', cioè l'intervento della Regione è sempre un intervento che avviene tramite l'erogazione di somme che poi in questo caso specifico vengono versate al fondo, quindi sono somme che non vengono trattenute, ma che obbligatoriamente vengono versate ed allora in questo modo, con questo versamento scattano quei diritti di cui qui si è parlato, per questa ragione questo è un intervento di natura sociale e non assistenziale, perché altrimenti saremmo vicini alle fattispecie del tipo 'minimo vitale' o monetizzazione del bisogno, cioè sostanzialmente soldi che finiscono nelle tasche delle singole persone; in questo caso - ripeto - è previdenziale, perché si tratta di interventi che prevedono l'erogazione di somme che confluiscono nel fondo; quindi mi pare, cons. Morandini, abbastanza chiara la distinzione netta tra ambito sociale, ambito previdenziale ed ambito assistenziale.

PRESIDENTE: Pongo in votazione l'emendamento della Giunta, il n. 8246. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Prego i colleghi di partecipare alla votazione. Chi è contrario? Chi si astiene?

Con 4 voti contrari e 4 astensioni l'emendamento all'art. 6 bis è approvato.

Abbiamo un altro emendamento a firma di Peterlini, Grandi ed altri, che recita:

'All'art. 6-bis, comma 3 del ddl n. 77, le parole "proprio personale" sono sostituite con le parole "personale proprio e del Consiglio regionale".'.

Intende illustrarlo?

La parola al Presidente Grandi.

GRANDI: Grazie, signor Presidente. Cons. Kury, con questo emendamento diamo la possibilità anche ai dipendenti del Consiglio di poter eventualmente essere coinvolti nella gestione di questa importante e delicata gestione.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire?

La parola al cons. Taverna.

TAVERNA: Signor Presidente, non voglio dire che questo sia il mio pomeriggio, ma sono tirato per i capelli: siamo partiti ieri dal combinato disposto Presidenza della Giunta e Presidenza del Consiglio per quanto riguarda questo disegno di legge e siamo alla conclusione del combinato disposto, adesso addirittura creiamo una sorta di sistema organizzativo dove confluiscono i dipendenti del Consiglio e di dipendenti della Giunta, ma questo è un sistema iniquo, faccio appello ai colleghi, chiedo benevolenza, non voglio suscitare la loro ira, ma faccio appello ai colleghi, come è possibile immaginare la possibilità della sussistenza in questo progetto dei dipendenti del Consiglio e dei dipendenti della Giunta. Quando mai è possibile da un punto di vista concettuale immaginare una disciplina di questa natura? Qui dovremmo se non altro per questa ragione reagire in modo violento - consentitemi questa espressione, dal punto di vista della dialettica, ben si intende -, ma come è possibile inquinare in siffatto modo, non è possibile, mancherebbe che a questo progetto siano chiamati anche i dipendenti dei Comuni, delle Camere di commercio e quant'altro, magari facciamo una puntatina in provincia di Verona a chiedere la collaborazione di qualcuno che magari non sa che cosa fare! Credo che l'impudenza debba avere dei limiti, oggi abbiamo persino superato questi limiti, Presidente della Giunta, ma si rende conto della gravità concettuale di un simile emendamento? Mi vergognerei, guardate, nemmeno lo voto, mi rifiuto di votare questo emendamento, esco dall'aula piuttosto di votarlo, perché a questo punto, se lo votassi, se anche votassi contro, in qualche modo darei legittimità ad una proposta indegna ed indecorosa!

PRESIDENTE: Prima di dare la parola a qualcuno, il consiglio che le dava l'amico ed il collega Benussi, quello di non accalorarsi troppo, collega, farebbe bene ascoltarlo.

Qualcuno intende intervenire?

La parola al cons. Morandini.

MORANDINI: Signor Presidente, onorevoli colleghi. Se non vado errato, Presidente, mi riferisco ai vertici delle nostre istituzioni, della Giunta regionale e del Consiglio regionale, una delle ragioni fondanti dell'autonomia delle Regioni a Statuto speciale in modo particolare è che in quelle Regioni, fino a che lo Stato non cambierà la normativa, ed è probabile che magari di qui a poco la cambi, in queste Regioni a Statuto speciale i Consigli regionali e provinciali per noi, regionali per le altre 4 Regioni a statuto speciale, godono rispetto agli altri Consigli regionali delle Regioni ordinarie di un'autonomia funzionale, finanziaria ed organizzativa che è uno dei dati salienti del nostro Statuto speciale e del nostro assetto autonomistico. Questo ha consentito sino ad ora che per certi tipi di deliberazione, se non vado errato, addirittura le determinazioni di questi organi collegiali siano sottratte, per certi aspetti, al controllo da parte della Corte dei conti e di altri organi o articolazioni periferiche di organi statali che invece

sovrintendono con il loro controllo a corrispondenti atti delle Giunte. Allora rileva in modo particolare in questa autonomia, l'autonomia funzionale oltre che quella finanziaria, che vuol dire che il personale che dipende da queste realtà amministrative e quindi dai Consigli, è un personale che fa parte di un ruolo tutto a sé e che quindi è totalmente distinto da quello delle Giunte ed allora questa norma a me pare fortemente pericolosa non tanto dal punto di vista giuridico, perché su questo potremmo anche discutere e quindi si potrebbe magari anche fondare, ma dal punto di vista politico-istituzionale, perché va, a mio avviso, ad incrinare fortemente uno dei filoni importanti su cui oggi, sino ad oggi comunque, si fonda la nostra autonomia.

Da questo punto di vista quindi rappresento ai presentatori di questo emendamento, in particolare ai proponenti il disegno di legge, ai vertici delle istituzioni, la necessità di un supplemento di riflessione, perché il messaggio politico che viene da questa norma, che viene proposta - ripeto - all'interno di un assetto autonomistico a Statuto speciale, è fortemente significativo nel senso di indebolire uno dei dati salienti delle caratteristiche peculiari della nostra autonomia.

Per questa ragione, pur comprendendo che la norma può avere ragioni pratiche in sé e su queste non vado a sindacare, vorrei però rappresentare questo significato deteriore dal punto di vista istituzionale, per questa ragione - dicevo - voterò contro questa proposta emendativa.

PRESIDENTE: Nessun oratore è prenotato. Intende replicare, Presidente? Nessuno?

Siamo in votazione dell'emendamento n. 8245, chiedo all'Aula di pronunciarsi. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Prego i consiglieri di prendere posto, siamo in votazione. Chi è contrario? Chi si astiene?

Con 10 voti contrari, 3 astensioni e tutti gli altri favorevoli, l'emendamento è approvato.

Abbiamo un altro emendamento a firma dei conss. Pinter, De Stefani e Kury, che recita:

"Il comma 4 dell'articolo 6 bis è abrogato."

WILLEIT: Der Änderungsantrag zum Artikel 6-bis vom Abgeordneten Pinter, De Stefani und Kury:

"Absatz 4 des Artikels 6-bis wird aufgehoben"

PRESIDENTE: Intende illustrarlo? Ha chiesto di illustrarlo il collega De Stefani.

DE STEFANI: Grazie, signor Presidente. Credo che già nei lavori della Commissione questo tipo di comma sia stato oggetto di perplessità, con questa proposta emendativa di soppressione si vuole ritornare su questo argomento in quanto pur avendo presente quella che è la normativa che regola la messa a disposizione, i comandi e quant'altro non si capisce perché si debba mettere in legge un passaggio di questo tipo: se un dipendente dell'Amministrazione ex comma 3 se verrà approvato l'art. 6 bis viene messo a disposizione dopo di che la regolamentazione del suo trattamento economico

sarà figlia di quelle che sono le normative dell'amministrazione di origine, non credo che sia assolutamente necessario da un punto di vista di corretta tecnica legislativa mettere in legge un passaggio di questo genere, a meno che non si vogliano adombrare delle cose che a maggior ragione in legge non si devono mettere, non voglio qui diffondermi a fare processi alle intenzioni che sono molto facili, ma credo che comunque già sul piano della correttezza legislativa un comma di questo genere è assolutamente improponibile.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la cons. Kury. A lei la parola.

KURY: Ich teile die Bedenken, die mein Vorredner ausgesprochen hat. Es geht jetzt also darum, wie in der Anfangsphase die Arbeiten für diese Zusatzrentenfonds bewältigt werden sollen. Laut Artikel 6-bis, Absatz 3 kann hier also das Personal der Regionalverwaltung für diese Arbeit herangezogen werden und es ist der lobenswerte Hinweis darin enthalten, daß man nicht beabsichtigt das Personal zu erhöhen.

Auf das Personal der Regionalverwaltung kommt also eine Zusatzarbeit hinzu, die das Personal bereits leistet muß. Wenn das innerhalb der normalen Arbeitszeit passiert, wie kommt man dann dazu eine Mehrvergütung vorzusehen. Wenn das in Form von Überstunden passiert, was ja anzunehmen ist, denn sonst ist ja die logische Schlußfolgerung zu ziehen, daß das Personal bis jetzt nicht ausgelastet war, sind natürlich entsprechende Entschädigungen für Überstunden vorgesehen, aber die sind ja bereits jetzt für das gesamte Verwaltungspersonal vorgesehen. Insofern erscheint mir dieser Absatz 4 wirklich verwirrend und ich ersuche also den Präsidenten Grandi, uns da genau Auskunft zu geben, an was man denn da konkret gedacht hat bzw. uns durch ein praktisches Beispiel zu erklären, wie denn diese Art der Mehrvergütung zustande kommen soll, aufgrund welcher rechtsstaatlichen und juridischen Basis.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Taverna. Prego, collega.

TAVERNA: Signor Presidente, appoggeremo, l'ho detto intervenendo precedentemente, l'emendamento al comma 4 presentato dai colleghi Pinter, De Stefani e Kury, perché evidentemente siamo avviati verso sbocchi che sono addirittura inimmaginabili, abbiamo confuso la struttura amministrativa della Regione con la struttura del Consiglio ed abbiamo confuso i ruoli del Presidente del Consiglio con quelli del Presidente della Giunta, abbiamo fatto un matrimonio promiscuo, non riesco a capire se è un inciuccio, oserei quasi a questo punto dire qualcosa di grave, ma, che cosa volete, sono fatto in un certo modo, magari posso anche trascendere e voglio controllarmi, perché non posso nemmeno concepire come colleghi che magari dietro la schiena ti dicono 'hai ragione' e poi quando si tratta di votare le mani le mettono in tasca o 'in seconda' - vi ricordate quando si era alle scuole elementari, insegnavano a mettere la mani in prima, che significava metterle appoggiate sul banco e dicevano 'ragazzi, fate i bravi e mettete le mani in seconda', significava mettere le mani dietro - non so se questi colleghi hanno le manette dietro per cui non possono alzare le mani, è

una cosa veramente inqualificabile, non intendo però fare il primo della classe, ci mancherebbe altro, prendo atto che la volontà è questa, è una volontà di bragamento completo, lo 'ius domesticum', non so dove vogliamo arrivare, certo che arrivare al punto di dire che ai fortunati 'che si troveranno nella condizione di cui all'art. 3 dovremmo garantire 'aumento di stipendio' questo no, non lo possiamo accettare e non lo possiamo accettare in base a ragioni obiettive, non a strumentalizzazioni, questa è una norma clientelare, di un bieco clientelismo che immaginavo potesse essere per un momento abbandonato, dimenticato ed invece riaffiora in questi termini, in questi modi drammatici, perché questo è veramente un modo drammatico e voi volete salvare la Regione? Signor Presidente della Giunta, come si fa a salvare un ente che arriva ad approvare cose di questa natura, come si fa a salvare? Questo ente merita immediatamente la decapitazione, la fucilazione nella schiena e quant'altro, non è possibile continuare in questo modo!

Oggi, non so, sarà un pomeriggio particolare, il Presidente mi sorride e io il suo sorriso lo interpreto come un sorriso di solidarietà, di simpatia, ma non è possibile continuare così...

(Interruzione)

PRESIDENTE: Anche di preoccupazione, collega!

TAVERNA: Non intendo farmi prendere da un collasso, ma qui siamo al limite del collasso! 'Al personale di cui al comma terzo spetta in relazione a mansioni svolte ed alle responsabilità ricoperte l'attribuzione della differenza eccetera', ma si vuole creare una nicchia di privilegio? Ma certo che si vuole creare una nicchia di privilegio, se addirittura abbiamo votato, così come abbiamo votato poc'anzi che in una struttura di carattere amministrativo, in omaggio, collega Palermo al concetto di elasticità del diritto, possiamo fare convivere 'i fidanzati', i dipendenti della Regione ed i dipendenti del Consiglio, certo abbiamo i fidanzati Peterlini e Grandi, ed è naturale che ci sia una caduta a pioggia sugli altri fidanzati, per fortuna che non c'è il cons. Romano, perché se fosse il cons. Romano saremmo tutti accusati di violenza carnale e di concussione; ma ci mancherebbe altro, non è possibile continuare così, in questo modo noi verremmo per davvero a perpetuare un incesto, abbiamo fatto l'incesto, lo abbiamo solennemente approvato e dopo che c'è stato l'incesto andiamo a pagare la prestazione. Andiamo a pagare la prestazione senza ricevuta fiscale, cons. Alessandrini e mi domando come faccia il PDS, che un tempo faceva battaglie di moralizzazione ad accettare supinamente questo stato di cose, mi domando come facciano gli uomini del PDS, per la verità uno se ne è già andato, l'altro non c'è, perché è una donna ed oltre tutto colgo l'occasione per formulare i miei più cordiali ed affettuosi auguri di pronta guarigione, ma domando all'unico rappresentante del PDS, il collega Alessandrini, se la ragion di stato dell'appartenenza alla maggioranza possa significare anche l'approvazione di queste aberrazioni. Cerco di immaginare e chiedo il voto segreto, perché so che non tutti possono viaggiare come don Abbondio, se la natura non fornisce il coraggio,

evidentemente dobbiamo intendere che sono tanti conigli, allora diamo la possibilità ai conigli di fare i leoni attraverso lo scrutinio segreto.

Quindi fin d'ora chiedo, annunciando voto favorevole a questo emendamento che tende ad abrogare il comma 4 dell'art. 6 bis, lo scrutinio segreto per quanto riguarda l'emendamento Pinter ed altri, che comunque noi approveremo con tanto calore.

PRESIDENTE: Prima di dare la parola al Presidente chiedo se qualcuno intende intervenire. Nessuno.

Prego, Presidente Grandi.

GRANDI: Cons. Taverna, questo è lo strumento che è previsto nelle leggi della pubblica contrattazione ed è strumento concordato, pattuito, tra le pubbliche amministrazioni ed il sindacato in sede nazionale ed è previsto negli strumenti di contrattazione in sede locale. Perché è stato previsto e specificato questo comma? Perché è sorto il dubbio, in assenza di una specificazione, se questo strumento, che diventa un diritto per i lavoratori, potesse essere negato, perché in questo caso questa differenziazione per un breve periodo, cons. Taverna, tra lo stipendio che viene erogato ad un dipendente e le mansioni che questo stesso dipendente effettivamente svolge, trattandosi di dipendenti che non lavorano a quel punto in Regione, ma presso il fondo, doveva essere specificato che questo indennizzo era loro dovuto e di conseguenza per la copertura finanziaria si doveva poter attingere al fondo. Se non approviamo questo comma, praticamente finiremo per contravvenire - ripeto - ad un diritto che ormai è sancito nelle leggi della pubblica contrattazione. Allora per poter attingere e per poter usufruire dei denari a disposizione di questo fondo, bisognava prevedere questo articolo, quindi non c'è nulla di privilegio, di esorbitante rispetto alle normative nazionali e locali in materia di personale o meno ancora di materia di contrattazione pubblica, ma si tratta semplicemente di prevedere che possano essere utilizzati, qualora venga effettivamente e sindacalmente comprovato che determinate persone svolgono mansioni superiori, gli si possa corrispondere questo indennizzo attingendo alle somme del fondo e non alle somme della Regione. Nulla di più.

PRESIDENTE: Bene, siamo in votazione. E' stata fatta la richiesta per la votazione a scrutinio segreto.

Siamo in votazione dell'emendamento al comma 4 dell'art. 6 bis a firma dei cons. Pinter, De Stefani e Kury, n. 8257.

Prego distribuire le schede.

Prego i consiglieri di allontanarsi dall'urna. Iniziamo l'appello.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

PRESIDENTE: Prego un momento di attenzione.

Comunico l'esito della votazione:

votanti	48
schede favorevoli	15
schede contrarie	31
schede bianche	2

Il Consiglio non approva.

Se nessuno intende intervenire, pongo in votazione l'art. 6 bis così emendato.

Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Chi si astiene?

Con 8 voti contrari, 1 astensione e tutti gli altri favorevoli, l'articolo è approvato.

Passiamo all'art. 6 ter, che recita:

Art. 6 ter (Relazione annuale)

1. Il Presidente della Giunta relaziona annualmente al Consiglio in merito all'andamento di tutti gli interventi e iniziative adottati dalla Regione ai sensi della presente legge.

WILLEIT:

Artikel 6 ter (Jahresbericht)

1. Der Präsident des Ausschusses berichtet dem Regionalrat alljährlich über den Verlauf aller Maßnahmen und Initiativen, welche von der Region im Sinne dieses Gesetzes ergriffen werden.

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire sull'articolo? Nessuno.

Pongo in votazione l'articolo.

Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Chi si astiene?

Con 2 voti contrari, 1 astensione e tutti gli altri favorevoli, l'art. 6 ter è approvato.

Art. 7 (Norma finanziaria)

1. Per le finalità di cui alla presente legge è previsto un onere di lire 50 miliardi per l'anno 1997 da assegnare al Centro pensioni complementari regionali di cui all'art. 3.

2. Alla copertura dell'onere di lire 50 miliardi gravante sull'esercizio 1997 si provvede mediante riduzione di pari importo del fondo globale iscritto al capitolo 2.300 dello stato di previsione della spesa per l'esercizio finanziario medesimo.
3. Per gli esercizi successivi si provvede con legge di bilancio, ai sensi dell'articolo 7 e nei limiti previsti dall'articolo 14 della legge regionale 9 maggio 1991, n. 10, recante "Norme in materia di bilancio e sulla contabilità generale della Regione".

WILLEIT:

Artikel 7
(Finanzbestimmungen)

1. Mit Hinblick auf die in diesem Gesetz genannten Zielsetzungen ist für das Jahr 1997 ein Betrag in Höhe von 50 Milliarden Lire vorgesehen, der dem Zentrum für regionale Zusatzrenten gemäß Artikel 3 zugewiesen wird.
2. Die Deckung der Kosten in Höhe von 50 Milliarden Lire, die dem Haushaltsjahr 1997 angelastet werden, erfolgt durch den Abzug in Höhe des genannten Betrags vom Sammelfonds im Kapitel 2300 des Ausgabenvoranschlags für das genannte Haushaltsjahr.
3. Mit Hinblick auf die darauffolgenden Haushaltsjahre werden im Sinne des Artikels 7 sowie innerhalb der Grenzen laut Artikel 14 des Regionalgesetzes vom 09. Mai 1991, Nr. 10 betreffend "Bestimmungen über den Haushalt und das allgemeine Rechnungswesen der Region" Haushaltsgesetze erlassen.

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire sull'articolo? Nessuno.

Pongo in votazione l'art. 7. Chi è favorevole? Chi è contrario? Chi si astiene?

Con 1 voto contrario, 1 astensione e tutti gli altri favorevoli, l'articolo è approvato.

Ci sono dichiarazioni di voto?

La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER: Ganz kurz. Die Region ist zuständig, den Staat im Sozialversicherungswesen, wo Lücken sind, zu ergänzen. Das hat sie getan, indem sie so wie der Staat auch mit sogenannten Sozialrenten eingesprungen ist, die gemäß Staatsgesetz Artikel 37 des Staatsgesetzes Nr. 88 vom 09. März 1989 zwar vom Sozialversicherungsinstitut verwaltet, jedoch vom Staat finanziert werden.

Dieser Gesetzentwurf will anstelle des Staates das Zusatzrentenwesen auf regionaler Ebene fördern. Das Staatsgesetz, worauf Artikel 1 Bezug nimmt, bestimmt jedoch im Artikel 8 ausdrücklich, daß die Finanzierung auf den Rentenempfängern bzw. auch auf den Arbeitgebern lasten ohne Einsatz von sogenannten Sozialhilfen. Hier kann die Region mit ihrer ergänzenden Zuständigkeit nicht ein neues System einführen, indem sie für die Leistungen der Pensionsfonds garantiert d.h. indem sie in den im Artikel 6 Buchstabe A), B) und C) vorgesehenen Fällen mit Sozialhilfe einspringt. Das

hat mit ihrer Zuständigkeit nichts zu tun. Der Staat ist gezwungen bei der sozialen Vorsorge zu sparen, die Pflichtrenten schrumpfen, das kann jedoch nicht bedeuten, daß derselbe Staat als Region das Eingesparte ersetzen kann, sonst hätte die ganze Sparaktion keinen Sinn. In ausgesprochenen Notfällen kann derselbe Staat dann aber als autonome Provinz mit ausschließlicher Zuständigkeit für die öffentliche Fürsorge und Wohlfahrt, auch Sozialfürsorge genannt, einspringen. Auf eine solche Sozialhilfe haben im Staat alle Anrecht, siehe Artikel 3 der Verfassung. Dementsprechend haben auch heute schon alle Regionen ob mit oder ohne Sonderstatut Zuständigkeit für soziale Fürsorge, bei uns anstelle der Region die Provinzen.

Auch die von Italien ratifizierte Europäische Sozialcharta unterscheidet in diesem Sinne in den Artikeln 12 und 13 zwischen sozialer Sicherheit und sozialer Fürsorge, wobei nur die Staatsangehörigen der Vertragsparteien berechtigt sind teilzunehmen. Die im Gesetzentwurf vorgesehene Ausgabe von 50 Milliarden Lire für diesen Zweck kann von der Region an die Provinz abgetreten werden, ohne ihre Autonomie hinsichtlich Ausübung ihrer Gesetzgebungsgewalt zu beeinträchtigen. Es ist jedoch verfassungswidrig, wenn die Region in diesem Zusammenhang eine Aufgabe der Provinzen übernimmt.

PRESIDENTE: In dichiarazione di voto ha chiesto di intervenire il cons. Morandini. Ne ha facoltà.

MORANDINI: Grazie, signor Presidente. Su questa proposta di legge, a mio avviso, vanno evidenziati due livelli che debbono essere tenuti fortemente distinti: uno è il livello giuridico, l'altro è quello politico.

Per quanto riguarda il primo, il livello di tipo giuridico, non mi addentro in riflessioni che non è qui il caso di fare, sicuramente ci possono essere delle perplessità, fin a che punto le perplessità che qualcuno ha avanzato in quest'aula sono fondate lo vedremo al momento dell'esame del disegno di legge da parte del competente organo governativo, su questo, ripeto, non voglio addentrarmi, perché a mio avviso ci possono anche essere valutazioni e fondamenti di tipo giuridico che militano, nel senso di sostenere la fondatezza di questa proposta, almeno in parte.

Mi fermo un attimo sul livello di tipo politico ed istituzionale, per rappresentare qualche forte perplessità. Il primo motivo è perché si interviene con soldi pubblici per sostenere un sistema di previdenza integrativa sostanzialmente di natura privatistica, mi pare che le norme del disegno di legge che abbiamo attentamente letto ed approfondito questo di fatto dicano.

In secondo luogo perché ancora si interviene con soldi pubblici per sostenere, attraverso la previdenza integrativa, soltanto persone che prestano attività lavorativa, cioè persone legate da contrattazione collettiva e questo non mi pare - l'ho già detto intervenendo con riferimento all'art. 6, che è il cuore di questa proposta - equo dal punto di vista previdenziale, cioè estromettere coloro che non sono in costanza di rapporto di lavoro.

Terzo, perché si sostiene solo chi ha aderito al fondo, mi chiedo allora chi non ha aderito, certo, la norma non prevede l'adesione obbligatoria, però da questo punto di vista mi pare fortemente discriminante.

Allora è chiaro che in questi termini l'intervento rivela la sua natura assistenziale e riprendo un attimo il ragionamento fatto sull'art. 6 per dire, Presidente della Giunta, ho ascoltato la sua risposta, che non si può prevedere in una norma legislativa disposizioni così vaghe, perché questo metterà certamente in difficoltà il legislatore della norma regolamentare, nel definire fattispecie che non si sa quante e quali potranno essere, ma sicuramente daranno luogo a forti discussioni e questo temo proprio procrastinando l'applicazione e l'attuazione di questa proposta di legge, perché non c'è niente di peggio, al di là di come sia fatta la legge, che essa rimanga o rischi di rimanere a lungo o per sempre sulla carta.

Allora dico che lo stato sociale è ben altro e la Regione aveva la possibilità lungo questa strada di andare ad intervenire efficacemente per migliorare davvero lo stato sociale fra l'altro lungo un iter che già a suo tempo aveva iniziato a percorrere con leggi previdenziali oggi in vigore.

Faccio solo - e concludo -, Presidente, una duplice annotazione di folklore, una di tipo politico e l'altra di tipo istituzionale. Quella di tipo politico la rivolgo al PDS, il quale allorquando si propose - ero allora io il proponente - nell'originario disegno di legge, il primo, sul Pacchetto famiglia di istituire degli istituti previdenziali o degli organismi previdenziali si oppose decisamente dicendo che si mettevano in campo dei carrozzoni, ebbene, signori, oggi lo stesso PDS vota norme che di fatto riprendono gli stessi contenuti di allora e senza batter ciglio vota norme che configurano la costituzione di fatto - uso il suo termine, perché non era il mio - di 'carrozzoni' che non si sa dove ci portano.

L'altra annotazione istituzionale di folklore è che - già qualcuno l'ha ripresa, io l'evidenzio, perché veniva immediatamente alla luce allorquando abbiamo tutti ricevuto come consiglieri regionali il disegno di legge di cui si discute in questo momento - era che i vertici delle istituzioni, in particolare il Presidente del Consiglio regionale e quello della Giunta regionale vanno a firmare un disegno di legge, non penso che sia vietato loro dal punto di vista giuridico, signori, ma c'è un qualcosa che viene prima in questo caso, da noi il Presidente del Consiglio provinciale da quando è Presidente del Consiglio provinciale non firma - secondo me correttamente dal punto di vista istituzionale - pur potendo i disegni di legge.

Questo è un dato che vorrei sottolineare, perché davvero mi pare un'annotazione istituzionale, dico di folklore per usare un eufemismo, ma potrei dire molto di più, comunque, ripeto, siccome un tentativo di valenza sociale questo disegno di legge ce l'ha e sicuramente quindi da questo punto di vista non mi sento di votarvi contro, il mio voto sarà di astensione.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire in dichiarazione di voto il cons. Taverna. Ne ha la facoltà.

TAVERNA: Signor Presidente, onorevoli colleghi, credo non ci siano dubbi sul comportamento e sul voto che AN andrà ad esprimere sul disegno di legge n. 77. Abbiamo cercato di evidenziare nel corso del dibattito in discussione generale e nel corso della discussione dell'articolato le ragioni di profondo e motivato dissenso in relazione alla genesi ed agli obiettivi che il disegno di legge intende perseguire.

Per quanto riguarda la genesi mi fa piacere che anche il collega Morandini abbia ritenuto di dover accogliere la mia critica sentita e motivata rispetto al combinato disposto delle due intelligenze, la intelligenza che sovrintende agli affari del governo e all'intelligenza che sovrintende agli affari del Consiglio, mi fa piacere che questo combinato disposto si sia potuto anche realizzare per quanto riguarda la struttura amministrativa che dovrà aiutare il fondo a vivere ed a svilupparsi, talché siamo giunti all'assurdo che abbiamo affiancato personale dell'Amministrazione regionale con il personale del Consiglio, in questo rapporto quasi incestuoso ed in questo intreccio di carattere istituzionale che mal si conviene con la necessità della separatezza dei ruoli e delle funzioni.

La nostra critica è radicalmente motivata anche sul fatto che questo disegno di legge facendo investire 50 miliardi per il 1997 e molto probabilmente altri interventi finanziari con legge di bilancio per i successivi esercizi finanziari, questo modo di intervento è sicuramente in controtendenza rispetto alle preoccupazioni, da più parti sollevate circa la necessità di una radicale riforma del sistema pensionistico, riforma che accanto alla obbligatorietà previdenziale prevede anche una facoltatività previdenziale, allora se i fondi nei confronti dei quali il sottoscritto ed AN non sono di principio in contrasto, ma secondo dottrina quando abbiamo a che vedere con un'attività di natura privatistica e quindi con un contratto che si viene a determinare per libera volontà delle parti non si riesce a comprendere le ragioni per le quali proprio in controtendenza rispetto alle decisioni assunte a livello nazionale, quindi per quanto riguarda una coerenza con il quadro normativo e giuridico nazionale, si viene ad invertire tale tendenza e si viene a finanziare attività che si riconnettono alla libera volontà delle parti, quindi che hanno natura privatistica. In terza considerazione, non marginale rispetto alle altre, quando all'art. 6 andiamo ad ipotizzare la possibilità di un intervento da parte della Regione e quindi da parte di fondi pubblici, per sostenere in una chiave chiaramente di natura assistenziale tutti coloro che essendo liberamente iscritti al fondo non possono adempiere alle obbligazioni che il fondo determina.

Queste tre ragioni, che sono ragioni di principio e che sono state da noi ampiamente illustrate, motivate, che mettono in evidenza come ci sia una forte discrasia fra l'andamento nazionale e quello che si viene qui a configurare con questo disegno di legge ci sono altre questioni che sono marginali, ma che comunque sono anch'esse importanti, per definire un clima che si è venuto a determinare, un clima di basso impero, consentitemi questa espressione con tutto il rispetto per gli imperi e per i bassi, perché addirittura siamo al di fuori di una qualsiasi logica, siamo al rischio per cui in questo momento siamo ben lieti di poter gratificare e ringraziare il prof. Basaglia, che attraverso la sua opera lo Stato è giunto persino ad abolire la pazzia, quindi siamo al di fuori di qualsiasi altra valutazione, signor Presidente della Giunta e signor Presidente

del Consiglio, siamo nella fortuna di godere dell'impunità e dell'immunità di cui all'art. 28 per cui non saremmo chiamati a rispondere del nostro voto, siamo fortunati per questo, perché se non avessimo l'art. 28 - concludo, signor Presidente - oltre al fatto di poter essere rinchiusi in un qualsiasi manicomio della Repubblica che ancora oggi per la verità, malgrado le leggi, ci sono, ma avremmo anche la possibilità di essere garantiti da qualsiasi ipotesi di natura giudiziaria per il giusto risarcimento dei danni attraverso i quali noi andremmo sicuramente ad arrecare con l'approvazione di questo disegno di legge.

Per queste ragioni ampiamente motivate AN voterà contro il disegno di legge n. 77.

PRESIDENTE: Colleghi, un attimo di attenzione: ricordo all'aula che ci eravamo impegnati nella Conferenza dei Capigruppo, vista l'urgenza, di discutere questa sera la legge sui segretari, vi informo che i lavori prevedono di sfiorare le ore 18.00. Così si era convenuto attraverso un accordo con i Capigruppo, che dopo questo disegno di legge, ci sarebbe da definire un altro punto all'ordine del giorno, ma credo che se questa sera se riusciamo a discutere e ad approvare la legge sui segretari, faremmo un buon lavoro.

Ha chiesto di intervenire per dichiarazione di voto il collega Alessandrini.

ALESSANDRINI: Brevemente, signor Presidente, per pronunciare un sì convinto da parte del PDS. Credo che rilievi come quelli formulati dal collega Taverna su aspetti che egli stessi definiva marginali del disegno di legge non possono mettere in discussione la bontà della nostra valutazione e vorrei dire al collega Morandini che non mutano le obiezioni del PDS rispetto a disegni che potevano essere diversi, noti, collega Morandini, che qui siamo a sostenere fondi che nascono dal decreto legislativo del 1993, n. 124 e quindi in tempi molto successivi a quelli nei quali lei formulava il suo cosiddetto 'Pacchetto famiglia'. Qui si va semplicemente a sostenere fondi che nascono all'interno di una precisa disciplina nazionale, certo con carattere privatistico, però legati ad un interesse di enorme carattere sociale...

(Interruzione)

ALESSANDRINI: ...Legati quindi a discipline che garantiscono un giusto ammontare...

(Interruzione)

ALESSANDRINI: E quindi qui non siamo andati a costituire carrozzoni, siamo andati semplicemente a prevedere una forma di sostegno a fondi che devono nascere all'interno di una precisa disciplina. Il problema è di augurarsi che questi fondi nascano, che le parti sociali procedano nel senso di costruire questi fondi territoriali e non credo che la previsione di un centro di servizi per l'avvio di questo fondo costituisca un rischio di carrozzone e se qualcuno vorrà costruire orpelli inutili rispetto al decollo di questa legge avrà l'attenzione che si merita da parte del PDS.

Faccio un invito alla Giunta regionale e cioè che risolto questo problema, problema non da poco e cui noi crediamo fortemente, si proceda con decisione per l'altra partita, che costituisce parte anche della revisione programmatica che è scaturita dalla nuova maggioranza, e cioè nella istituzione di quella forma di assicurazione obbligatoria per le lungodegenze, che è veramente uno degli elementi portanti di questa nuova maggioranza; so che la Commissione si è già pronunciata favorevolmente sul disegno di legge dei colleghi degli Arbeitnehmer e confido quindi che quel disegno di legge approdi velocemente in aula per avere questo strumento che presiede un aspetto certamente importante nella nuova politica sociale, che è quella delle assicurazioni per le lungodegenze.

Vorsitz: Präsident Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist die Abgeordnete Kury, bitte.

KURY: Wie bereits in der Generaldebatte angekündigt, ist von unserer Seite eigentlich ein positives Echo gekommen zur Errichtung dieses Zusatzrentenfonds auf regionaler Ebene. Wir halten diese Einrichtung für eine wichtige Maßnahme für die arbeitende Bevölkerung und insofern begrüßen wir sie.

Was wir an diesem Gesetz auch gut finden, ist die Absichtserklärung, die im Artikel 6 drinsteckt, nämlich Sozialmaßnahmen für Versicherte zu treffen, die sich kurzfristig in finanzieller Notlage befinden bzw. nicht in der Lage sind, die Versicherungsbeiträge aus eigener Tasche zu bezahlen. Das sind die zwei Punkte, wegen derer wir für dieses Gesetz stimmen werden.

Allerdings - und das sei hier noch einmal laut und deutlich gesagt - gibt es doch einige Punkte, die uns nicht überzeugen. Da ist vor allem die hartnäckige Weigerung im Gesetz zu verankern, daß die doch nicht unbeträchtlichen Summen, die in diesem Fonds zusammenfließen werden, auch nach ethischen Gesichtspunkten zu verwalten sind. Das wäre eines meiner ganz großen Anliegen gewesen. Wir begrüßen die Absichtserklärung, hier vor allem im Hinblick auf die Maximierung der Rendite hinzuarbeiten, aber parallel dazu muß doch gewährleistet sein, daß diese Gelder ethisch verantwortbar verwendet werden und nicht für Projekte eingesetzt werden, die nicht eine friedliche Entwicklung auf der Welt gewährleisten.

Das bedauern wir, genauso wie wir die Nichtklarheit des Artikels 6 bedauern. Ich bedanke mich beim Präsidenten Grandi dafür, daß er sich bereit erklärt hat, die politischen Parteien bei der Ausarbeitung der Durchführungsbestimmung zu Rate zu ziehen und sie anzuhören. Auch das ist nicht selbstverständlich, aber sie werden verstehen, Herr Präsident Grandi, daß es doch einen Unterschied macht, ob hier im Gesetz explizit verankert ist, wer in den Genuß der Maßnahmen laut Artikel 6 kommt, unter welchen Bedingungen man in den Genuß kommt und vor allem in welcher Höhe man in den Genuß kommt. Wenn man das hier fixieren hätte können, wäre auch mein Bedenken ausgeräumt gewesen, daß vielleicht jahrelang große Beträge an öffentlichen

Geldern in den Zusatzrentenfonds fließen und ich würde einfach lieber garantiert haben, daß für die Zukunft zumindest gewährleistet ist, daß der Großteil der öffentlichen Gelder in die sozialen Maßnahmen fließt.

Erlauben sie mir noch ein letztes Wort vor allem aufgrund der Wortmeldung des Kollegen Willeit, um hier noch etwas klarzustellen. Mein Vorredner, Abgeordneter Morandini, hat es bereits angedeutet. Es soll doch kein Zweifel mehr herrschen, daß alle Maßnahmen, die wir jetzt beschließen, ausschließlich den Menschen zugute kommen, die in den Arbeitsprozeß eingegliedert sind. Alle anderen, die nicht in den Arbeitsprozeß eingegliedert sind - und Kollege Willeit hat heute am Vormittag einige Kategorien genannt -, für die enthält dieses Gesetz rein gar nichts, zumal es gerade für jene Menschen, die nicht in den Arbeitsprozeß eingegliedert sind, aber zu den bedürftigsten Kategorien gehören, notwendig wäre. Ich ersuche noch einmal die politische Mehrheit in diesem Saal, in den Augenblick wo man einen großen Beitrag für die arbeitende Bevölkerung reserviert, was recht ist, daran zu denken, daß man in nächster Zeit - auf alle Fälle noch innerhalb dieser Legislatur - auch eine Reihe von Maßnahmen für jene Leute setzt, die nicht in den Arbeitsprozeß eingegliedert sind und deshalb soziale Maßnahmen eben besonders notwendig haben. Ein Ja mit etwas Bauchweh, Herr Präsident.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Leitner. Er hat das Wort.

LEITNER: Danke, Herr Präsident. Ich habe schon in der Generaldebatte darauf hingewiesen, daß hier sicherlich eine umfangreiche Vorarbeit zu diesem Gesetz geleistet worden ist. Ich erinnere daran, daß mit den Sozialpartnern viele Gespräche stattgefunden haben, daß es auch Abmachungen bzw. Übereinkünfte gegeben hat.

Zu bedauern ist, daß es so lange gedauert hat, weil offenbar in der Südtiroler Volkspartei die Auseinandersetzungen was zuerst behandelt werden soll, Zusatzrentenfonds oder eben das Paket über andere Sozialleistungen, dazu geführt haben, daß es so lange gedauert hat. Ich bin der Meinung, daß es im Prinzip wichtig und richtig ist, daß man in der gegebenen Situation, wo die Renten nicht mehr gesichert sind, etwas schaffen muß, um den Bürgern hier eine Zukunftsperspektive zu geben. Ob man allerdings mit dieser gewählten Form den richtigen Weg geht, wage ich zu bezweifeln. Wenn ich auch grundsätzlich dafür bin, daß hier eine Einrichtung geschaffen wird, so habe ich doch meine Bedenken gerade was die sogenannte private Ausrichtung des Rentenfonds zum Inhalt hat, denn die hat man meiner Meinung nach mit einem Zusatz, den man eingeführt hat, wieder gestrichen. Wenn wir im Artikel 3 den Zusatz eingeführt haben, daß die Region auf jeden Fall die Kontrolle über die Gesellschaft mittels der Mehrheit des Gesellschaftsanteiles beibehalten muß, dann hat man den privatistischen Charakter meiner Meinung nach wieder genommen, das hätte man nicht tun sollen.

Die Region hat ein weiteres Mal unter Beweis gestellt, daß sie in erster Linie Geldgeber ist und wir verwenden immerhin 10% des Haushaltes der Region für den Zusatzrentenfond. 50 Milliarden jährlich bedeutet 10% des gesamten Haushaltes, dazu

kommen jetzt noch andere Maßnahmen. Wenn ich denke, daß wir alles nur weitergeben, bestärkt mich das in der Auffassung, daß diese Region wirklich nichts mehr zu suchen hat und hier wird versucht etwas herauszuholen, was man anderswo nicht kriegen könnte im Sinne der Sparmaßnahmen, die der Staat durchführt.

Ich bin mir auch nicht sicher, ob der Artikel 2 besonders klug ist in seiner Formulierung, wenn es heißt, daß sich eben jeder versichern lassen kann dessen Wohnsitz sich im Gebiet der Region befindet sowie jeder, der vorrangig in diesem Gebiet arbeitet und wo der Betrieb vorrangig im Gebiet der Region operiert. Auf die Zukunft gedacht bedeutet das für mich, daß hier viel viel mehr Leute diesem Rentenfonds beitreten können als wir Einwohner haben und dann wird diese große Summe nicht mehr so groß sein wie sie heute vielleicht ausschauen kann. 50 Milliarden Lire sind sicherlich sehr viel Geld und wenn die in einen Fond investiert werden, der verwaltet wird im Interesse der Gewinnbringung auch, ist das im Prinzip eine gute Sache. Ich wage aber zu bezweifeln, daß dort, wo die öffentliche Hand die Finger im Spiel hat und besonders dann wenn sie die Mehrheit hat, es sehr privatistisch zugeht, das wage ich zu bezweifeln.

Was den Artikel 6 anbelangt nimmt sich hier die Region Zuständigkeiten des Landes weg. Das ist sicher nicht im Interesse des Landes und die Bedenken, die hier verschiedentlich geäußert worden sind, ob man diesen Zusatzrentenfonds nicht auf provinzieller Ebene hätte einführen können, wurden für mein Dafürhalten nicht ganz zerstreut. Wenn ich auch - wie gesagt - grundsätzlich dafür bin, daß man einen Zusatzrentenfonds schafft, so muß ich aber sagen, nicht in dieser Form.

PRÄSIDENT: Danke, Abgeordneter Leitner. Der nächste Redner ist der Abgeordnete Atz. Er hat das Wort.

ATZ: Danke, Herr Präsident. Im Namen der Südtiroler Volkspartei muß ich einfach noch einmal darauf hinweisen, daß wir froh sind, daß dieses Gesetz jetzt soweit gediehen ist, daß es hier zur Abstimmung kommen kann.

Ich bedanke mich noch einmal bei den Einbringern, die sich sehr viel Arbeit angetan haben. da ist ganz sicher der Herr Oskar Peterlini - der Präsident - zu nennen, aber auch der Präsident des Ausschusses, Grandi, die sich sehr bemüht haben, auch mit ihren Strukturen und den Beamten und allen anderen, die diese aufwendige Arbeit eben vorangetrieben haben. Dieses Gesetz zeigt, daß wir sicher in die richtige Richtung gehen. Wir schaffen ein Instrument, das nicht ausgetrocknet werden kann und das ist eigentlich das Positive an dieser Sache. Dieses Gesetz kann nicht ausrinnen, es kann nicht ausgetrocknet sein d.h. es kann also nicht passieren, daß irgend jemand ein Leben lang einzahlt und dann in Pension geht und auf einmal ist nichts mehr da, wie es schon bei der INPS und bei anderen Gelegenheiten passiert ist. Das hier ist eigentlich genau das richtige für uns, wir wollen vorsorgen für die Zukunft und deshalb sind wir froh, daß es uns mit diesem Gesetz gelungen ist.

Ich hoffe, daß in Rom diesem Gesetz nichts passiert und daß Rom dieses Gesetz schnell genehmigen kann und daß wir dann an die Schaffung dieser Gremien

gehen können und daß wir wirklich im Laufe dieses Jahres dieses Gesetz schon anwenden können. Ich bedanke mich also noch einmal und selbstverständlich wird die Südtiroler Volkspartei positiv abstimmen.

PRÄSIDENT: Danke, Abgeordneter Atz. Der nächste Redner ist der Abgeordnete Dalbosco.

DALBOSCO: Egregio Presidente ed egregi consiglieri, giudico positivamente l'intervento della Regione diretto, che viene previsto da quella che sta per diventare la legge regionale 2 del 1997, vuoi per le forme di intervento previste all'art. 6 a favore dei soggetti svantaggiati, vuoi per il controllo che più facilmente potrà essere esercitato da parte nostra come popolazione regionale su queste ingenti risorse che altrimenti più facilmente prenderebbero un volo incontrollabile verso altri lidi.

A questo proposito, per inciso, guardo con compiacimento al fatto che il livello territoriale regionale e non provinciale in questo caso è quasi unanimemente, non certo dal collega cons. Benedikter, considerato come l'ambito ottimale di gestione e mi auguro che ciò avvenga anche per altri settori, dove credo che la Regione dovrà continuare a svolgere un ruolo non sostituibile dalle singole Province.

Permangono tuttavia alcuni aspetti di ombra, ne segnalo principalmente due, su di uno ci siamo fermati stamattina: credo che siamo veramente troppo avventati nel ritenere che le risorse private possano essere destinate a fini comunque tali da garantire la massima redditività, l'ho già detto e l'ho ripeto, e credo che non possiamo passare sopra a quello che è scritto nella nostra Carta costituzionale, noi, egregi consiglieri, siamo nella prima Repubblica, questa è la Carta costituzionale tuttora in vigore e all'art. 41, che nessuno in questo dibattito ha ancora citato, viene detto sì che 'l'iniziativa economica privata è libera', ma viene aggiunto che 'non può svolgersi in contrasto con l'utilità sociale o in modo da recare danno alla sicurezza, alla libertà, alla dignità umana' ed ancora, l'art. 41 della nostra Costituzione tutt'ora in vigore, fino a prova contraria, afferma che 'la legge determina i programmi ed i controlli opportuni perché l'attività economica pubblica e - signori consiglieri - privata possa essere indirizzata e coordinata ai fini sociali' e così via tutto l'impianto della nostra Costituzione ha sempre d'occhio e tiene riguardo quella che è l'utilità sociale dell'utilizzo anche della proprietà privata in modo esplicito e, signori consiglieri, in particolare coloro che si ispirano al pensiero cattolico, credo che poco dopo la morte di Dossetti, avvenuta in dicembre, non possiamo così facilmente scrollarci di dosso quella che è l'ispirazione del cattolicesimo democratico e sociale che sta iscritta nella nostra Costituzione, questo non può andare assolutamente perduto ed il rischio semmai è, come vediamo, che si liberino ingenti risorse finanziarie svincolate da qualsiasi utilizzo non puramente mercantilistico, ma rispettoso della dignità umana. Quindi sono dolente che non sia stato accolto il nostro emendamento all'art. 2.

La seconda ombra riguarda l'approssimazione con cui nel corso di tutto il dibattito anche in I^a Commissione legislativa, si è trattato il tema dello stanziamento finanziario, può darsi che sia inevitabile un ampio margine di approssimazione, resta il

fatto che la precisa dislocazione di 50 miliardi - cioè circa un decimo delle risorse totali della Regione, spese correnti incluse, e circa un quarto di quelle al netto delle spese correnti - non sia meglio precisata, la qual cosa mi lascia insoddisfatto.

Per concludere, il mio voto, sarà comunque, al di là di queste ombre, peraltro non piccole, positivo ed anch'io, come fatto da altri colleghi prima di me, sollecito il Consiglio regionale a prendere in considerazione il disegno di legge n. 63 sul pacchetto famiglia, in particolare per quanto riguarda la 'Pflegeversicherung' che costituisce l'altro pilastro della politica previdenziale, particolarmente innovativa in questo campo, che la Giunta sta dispiegando. Grazie.

PRÄSIDENT: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr - dann schließen wir diese Debatte ab. Ich möchte mich nur recht herzlich bedanken für die Worte der Anerkennung, mehr möchte ich nicht sagen.

Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel.

(segue votazione a scrutinio segreto)

WILLEIT: (Sekretär):(ruft die Namen auf)
(Segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Bitte Platz zu nehmen. Ich darf - erlauben sie mir diesen Zusatz - mit Freude das Abstimmungsergebnis bekanntgeben.

Abstimmende:	46
Ja-Stimmen:	35
Nein-Stimmen:	8
weiße Stimmzettel:	3

Damit genehmigt der Regionalrat dieses Gesetz. Danke.

Der Herr Vizepräsident hat bereits mitgeteilt, daß zwei dringende Maßnahmen, die auf der Dringlichkeitsliste stehen, behandelt werden sollen. Ich bitte um noch ein bißchen Geduld. Ich würde jetzt auch lieber gehen, aber es ist halt unsere Pflicht und weil die Termine auch verfallen. Was die Segretäre betrifft hat der Ausschuß eine Dringlichkeitsnorm vorgelegt.

Der Gesetzentwurf 76 vom Ausschuß kommt zur Behandlung und gleichzeitig mit das 16-er des Abgeordneten Fedel. Ich bitte den Präsidenten Grandi um Verlesung des Bereitberichtes.

GRANDI:

RELAZIONE

Il presente disegno di legge è inteso a dare risposta alla particolare situazione di difficoltà in cui si trovano taluni Comuni - in particolare nella provincia di

Trento - che non possono coprire il posto vacante di segretario comunale per la mancanza di candidati abilitati a svolgere tali funzioni ai sensi della L.R. 5 marzo 1993, n. 4.

E' noto infatti che per accedere agli esami per il conseguimento dell'abilitazione alle funzioni di segretario comunale, gli aspiranti in possesso dei titoli richiesti, devono previamente frequentare un corso teorico e sostenere un tirocinio pratico, ai sensi degli articoli 44 - 48 della legge regionale 4/93.

L'impegno richiesto dal corso e dal periodo di tirocinio è difficilmente compatibile con il contemporaneo espletamento di un'attività lavorativa. Non essendo poi la procedura selettiva configurata in termini di un vero "corso - concorso", la frequenza del corso ed il superamento positivo del del tirocinio pratico, costituiscono l'elemento necessario per l'ammissione all'esame abilitante. L'impegno richiesto ai frequentanti è solo parzialmente compensato dall'attribuzione di un modesto ristoro economico ed i tempi lunghi di svolgimento del corso danno luogo a frequenti abbandoni. La preparazione acquisita consente - non di rado - agli aspiranti segretari comunali di affrontare con successo altri concorsi presso le pubbliche amministrazioni. Se ciò conferma l'intrinseca validità del corso di preparazione, è al tempo stesso motivo di ulteriori abbandoni prima dell'esame abilitante alle funzioni di segretario comunale.

A fronte di tali difficoltà - che rivestono peraltro natura oggettiva, nel senso che un corso approfondito sul complesso di discipline richieste ad un segretario comunale ed un periodo di tirocinio che non voglia ridursi ad una semplice "presa di contatto" con la realtà delle amministrazioni comunali, richiede appunto un'adeguata disponibilità di tempo per lo studio e per la pratica - si è venuta a creare una particolare domanda di segretari comunali, in conseguenza di fattori del tutto indipendenti dalle procedure concorsuali per l'abilitazione.

Si intende far riferimento allo scioglimento di alcuni Consorzi di segreteria non sostituiti da convenzioni tra i Comuni precedentemente consorziati; ai posti resisi vacanti per pensionamento in misura superiore a quella verificatasi per il passato; all'accresciuta necessità di sostituzioni in relazione a congedi straordinari per maternità.

L'espletamento della procedura ordinaria, con l'indizione di un corso teorico - pratico, prodromico all'esame abilitante alle funzioni di segretario comunale richiederebbe tempi non conciliabili con le necessità - già emerse - di copertura di sedi vacanti e con quelle che prevedibilmente si manifesteranno a breve.

Pur nella convinzione che il corso abilitante costituisca una apprezzabile garanzia di preparazione per gli aspiranti segretari comunali, tanto che anche in sede nazionale ci si sta orientando in tale direzione, si è dunque ritenuto opportuno creare una diversa e straordinaria procedura selettiva che risponda a breve alle richieste di copertura di sedi a diverso titolo vacanti.

L'articolo 3 intende infine introdurre modifiche alla legge regionale 4/93 per rendere possibile la messa a concorso delle sedi resesi vacanti dopo il termine, attualmente fissato al 30 aprile, dell'anno in cui il concorso è indetto, limitando inoltre la mobilità - per un biennio dopo la nomina in una sede segretariale - ed escludendo dal

successivo concorso coloro che abbiano rinunciato a prendere servizio nella sede assegnata.

PRÄSIDENT: Ich bitte den Abgeordneten Leitner, in Vertretung der Gesetzgebungskommission, den Bericht zum Fedel-Entwurf zu verlesen.

LEITNER:

BERICHT

Dieser Gesetzentwurf verfolgt das Ziel, das Regionalgesetz Nr. 4 vom 05.03.1993 hinsichtlich des Systems zur Erlangung des Befähigungsdiploms für neue Gemeindesekretäre zu ergänzen.

Derzeit sieht das R.G. Nr. 4/93 (Art. 44 bis 48) vor, daß ein Anwärter auf die Laufbahn eines Gemeindesekretärs einen Befähigungslehrgang besuchen und ein Praktikum bei einer Gemeinde ableisten muß, bevor er zur Befähigungsprüfung antreten kann.

Die Durchführung dieser Wettbewerbsvorbereitung erfordert mehr als ein Jahr.

Mit diesem Gesetzesvorschlag soll neber dieser Wettbewerbsvorbereitung ein schnelleres Verfahren für eine Sondersession eingeführt werden, indem zwei schriftliche Prüfungen und eine mündliche in den gleichen Fächern vorgesehen werden, die mit R.G. Nr. 4/93 für die Abschlußprüfung des Befähigungslehrganges vorgeschrieben werden. Zu dieser "trockenen Prüfung" können alle jene zugelassen werden, die im Besitz eines der mit Artikel 44 des R.G. Nr. 4/93 vorgesehenen Dokorate sind.

Auf diese Weise haben die Landesregierungen von Trient und Bozen die Möglichkeit, sich entsprechend den verschiedenen Erfordernissen für das eine oder andere Verfahren zu entscheiden.

Die Möglichkeit, die Befähigungsprüfung ohne Abwicklung des Lehrganges abzuhalten, war bereits mit den vorhergehenden Bestimmungen bis zum Inkrafttreten des R.G. 4/93 vorgesehen gewesen. Es wird die Ansicht vertreten, daß deren Wiedereinführung für die zuständigen Ämter besonders zu jenen Zeiten eine äußerst zweckdienliche Vorgangsweise wäre, in denen die Notwendigkeit besteht, die außerordentliche Situation vakanter Sekretariatssitze einer Lösung zuzuführen.

In dieser Situation befindet sich derzeit die Provinz Trient. Am 30. April 1994 waren sechzehn Sekretariatssitze unbesetzt, d.h. ohne einen Inhaber, weshalb für die zeitweilige Inhaberschaft Gemeindesekretäre ernannt wurden, die erst vor ganz kurzer Zeit die Befähigungsprüfung abgelegt hatten oder die bereits in den Ruhestand versetzt worden waren. Für die endgültige Zuweisung der vakanten Sitze vierter Klasse werden derzeit die mit Artikel 49 des R.G. Nr. 4/93 vorgesehenen Rangordnungen erstellt. Voraussichtlich werden jedoch nicht alle Stellen nach Abschluß des laufenden Verfahrens tatsächlich besetzt werden können.

Nach Erstellung der mit Artikel 49 des R.G. Nr. 4/93 vorgesehenen Rangordnung werden der Autonomen Provinz Trient keine Kandidaten mehr mit Befähigungsdiplom für die weiteren Erfordnisse zur Verfügung stehen, die zum Teil bereits bestehen und zum Teil entstehen werden.

Dabei wird im besonderen auf die mögliche Pensionierung von ungefähr zehn Gemeindesekretären in den zwei Jahren 1994/95 verwiesen sowie auf die Tatsache aufmerksam gemacht, daß es notwendig sein wird, die Gemeinden mit einer höheren Klasse als der vierten nach einigen Wettbewerbsausschreibungen die Stellen zu besetzen, die frei werden (es handelt sich wahrscheinlich um fünf Sekretariatssitze).

Es besteht des weiteren die besondere, beträchtliche Ausmaße annehmende Situation des Sonderurlaubs wegen Mutterschaft. Anzunehmen ist, daß es innerhalb relativ kurzer Zeit notwendig sein wird, weitere zehn Sekretariatssitze für eine bestimmte Zeit zu besetzen.

Schließlich ist es möglich, daß einige Sekretariatskonsortien nicht beabsichtigen, die juristische Form des Konsortiums mit jener des Abkommens zu ersetzen und die Ansicht vertreten, daß es besser ist, wenn jedes Konsortium seinen Sekretär hat. Demzufolge ist abzusehen, daß weitere zehn Sekretäre erforderlich sein werden.

Insgesamt könnte somit in der Provinz Trient in kurzer Zeit der Bedarf von ungefähr fünfundreißig neuen Gemeindesekretären bestehen.

Selbstverständlich muß die Leitlinie bei der Ausbildung neuer Gemeindesekretäre der Befähigungslehrgang bleiben, da dies das einzige System ist, eine zuverlässige und gründliche Vorbereitung der Anwärter auf eine derart anspruchsvolle Laufbahn zu ermöglichen

Aus dem Dargelegten geht jedoch eindeutig hervor, daß es notwendig ist, den Landesstrukturen, die für die Besetzung der Sekretariatssitze zuständig sind, auch ein juristisches Instrument in die Hand zu geben, mit dem sie kurzfristig besonderen Bedarfssituationen gerecht werden können, um damit die Blockierung der politisch-verwaltungsmäßigen Tätigkeit der Gemeinden zu verhindern.

Wenn die vorgeschlagene Bestimmung unverzüglich eingeführt wird, könnte bis Ende 1994 bereits eine bestimmte Anzahl von neuen Anwärtern mit Befähigungsdiplom zur Verfügung stehen, mit denen der dringendste Bedarf gedeckt werden kann. Es soll darauf verwiesen werden, daß bei einer normalen Abwicklung des Befähigungslehrganges in der Autonomen Provinz Trient neue Anwärter nicht vor Ende 1995 zur Verfügung stehen könnten, auch wenn der Lehrgang innerhalb der technisch möglichen kürzesten Zeit, d.h. sofort nach dem Sommer abgehalten werden würde.

PRÄSIDENT: Bitte den Bericht der Kommission, Herr Abgeordneter Atz.

ATZ:

BERICHT

Die 1. Gesetzgebungskommission hat in der Sitzung vom 21. Oktober 1996 den Gesetzentwurf Nr. 16 betreffend "Weitere Verfahrensweisen zur Erlangung des Befähigungsdiploms zur Ausübung der Obliegenheiten eines Gemeindesekretärs. Änderung des Regionalgesetzes Nr. 4 vom 5. März 1993" beraten.

Die Kommission hat den Gesetzentwurf zusammen mit dem vom Regionalausschuß vorgelegten Gesetzentwurf überprüft. Da der vorliegende Gesetzentwurf mit dem von Frau Assessor Chiodi vorgeschlagenen Gesetzentwurf Nr. 76 fast völlig übereinstimmt, hat die Kommission mehrheitlich auf Antrag von Frau Assessor Chiodi den Übergang zur Sachdebatte abgelehnt. Zwei Abgeordnete stimmten dagegen und zwei enthielten sich der Stimme.

Der Gesetzentwurf wird nun zur Beratung an den Regionalrat weitergeleitet.

Der andere ist eingebracht vom Regionalausschuß

BERICHT

Die erste Gesetzgebungskommission hat in der Sitzung vom 21. Oktober 1996 den Gesetzentwurf Nr. 76 betreffend "Übergangsbestimmungen für die Erlangung der Befähigung zur Ausübung der Obliegenheiten eines Gemeindesekretärs" beraten.

Frau Assessor Chiodi hat den Gesetzesvorschlag erläutert und dabei unterstrichen, daß der Regionalausschuß im Rahmen der Möglichen Abhilfe für die in vielen Gemeinden des Trentino auftretende Notlage schaffen möchte, so daß nun ausnahmsweise ein öffentlicher Wettbewerb für die Ernennung der neuen Gemeindesekretäre eingeführt werden soll.

An der Debatte haben die Abgeordneten Boldrini, Taverna und Dalbosco teilgenommen, die sich - wenn auch aus verschiedenen Gründen - gegen den Gesetzentwurf ausgesprochen haben, da sie es als zweckmäßiger erachteten, ehestens Lehrgänge zu organisieren, mit denen die Befähigung zur Ausübung der Obliegenheiten eines Gemeindesekretärs erlangt werden soll. Ihrer Ansicht nach haben sich diese Kurse in den vergangenen Jahren immer bewährt; außerdem sei die Situation in den Gemeinden, in denen eine Stelle als Gemeindesekretär frei ist, nicht so dramatisch, so daß man zweifelsohne noch neun, zehn Monate warten könne, bis die genannten Kurse abgehalten worden sind.

Dieser Ansicht war teilweise auch Abgeordneter Binelli. Abgeordneter Willeit erklärte, daß er mit diesem Gesetzentwurf nicht einverstanden sei, da die besondere Situation der ladinischen Gemeinden keineswegs berücksichtigt werde.

Nach dem Übergang zur Sachdebatte hat die Kommission schließlich mehrheitlich den Gesetzentwurf mit den Gegenstimmen der Abgeordneten Dalbosco, Taverna, Boldrini und Benedikter und den Stimmenthaltungen der Abgeordneten Binelli und Willeit gutgeheißen.

Der Gesetzentwurf wird nun zur weiteren Überprüfung an den Regionalrat weitergeleitet.

PRÄSIDENT: Danke, damit ist die Generaldebatte für beide Gesetzentwürfe gemeinsam eröffnet. Niemand. Dann stimmen wir ab über den Antrag des Abgeordneten Fedel. Es müssen beide jetzt zum Übergang zur Sachdebatte abgestimmt werden.

Wer mit dem Antrag des Abgeordneten Fedel einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Zwei. Wer stimmt dagegen? Die Mehrheit. Wer enthält sich der Stimme? Sechs.

Damit ist der Übergang zur Sachdebatte des Gesetzentwurfes des Abgeordneten Fedel abgelehnt.

Dann kommen wir jetzt zum Gesetzentwurf des Ausschusses. Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben? Danke, die Mehrheit. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? Sechs.

Damit ist der Übergang zur Sachdebatte genehmigt. Wir kommen zu den Artikeln. Ich bitte um Verlesung des deutschen Textes.

WILLEIT:

Artikel 1

(Besondere Befähigungsprüfung für Gemeindesekretäre)

1. Die Landesausschüsse von Trient und Bozen können in Abweichung von den in den Artikeln 44, 45, 46, 47 und 48 des Regionalgesetzes vom 5. März 1993, Nr. 4 vorgesehenen Verfahren bis zum 31. Jänner 1997 eine Sonderprüfung zur Erlangung des Befähigungsdiplom für die Ausübung der Obliegenheiten eines Gemeindesekretärs abhalten, an der italienische Staatsbürger teilnehmen können, die im Besitz des Doktorats in Rechtswissenschaften, Volkswirtschaft, Staatswissenschaften, Sozialwissenschaften oder Statistik sind.

2. Die Prüfungsfächer und -modalitäten sind im Artikel 47 des Regionalgesetzes vom 5. März 1993, Nr. 4 vorgesehen.

3. Die Geldbeträge für die Prüfungskosten werden von der zuständigen Provinz auf der Grundlage der eigenen Bestimmungen vorgestreckt. Die Region nimmt die Rückerstattung der Kosten gegen Vorlage der entsprechenden Unterlagen bzw. Belege vor.

Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter

Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz

PRESIDENTE: Dò lettura dell'art. 1:

Art. 1

(Esame abilitante speciale alle funzioni di segretario comunale)

1. Le Giunte provinciali di Trento e di Bolzano, in deroga alla procedura di cui agli articoli 44, 45, 46, 47, 48 della legge regionale, 5 marzo 1993, n. 4, possono indire entro il 31 gennaio 1997 una sessione straordinaria di esame per il conseguimento

dell'abilitazione alle funzioni di segretario comunale, alla quale possono partecipare i cittadini italiani che siano in possesso del diploma di laurea in discipline giuridiche, economiche, politiche, sociali e statistiche.

2. Le materie e le modalità dell'esame sono quelle previste dall'art. 47 della L.R. 5 marzo 1993, n. 4.

3. Le spese per l'esame sono anticipate dalla Provincia competente, sulla base della propria normativa. La Regione provvede al rimborso dietro presentazione di idonea documentazione.

Sull'art. 1 qualcuno intende intervenire?

Le dò subito la parola, collega, voglio prima fare presente che all'art. 1 è stato presentato un emendamento, che recita:

‘Il comma 1 è sostituito dal seguente:

“1. La Giunta provinciale di Trento, in deroga alla procedura di cui agli articoli 44, 45, 46, 47 e 48 della legge regionale 5 marzo 1993, n. 4, può indire entro il 31 marzo 1997 una sessione straordinaria di esame per il conseguimento dell'abilitazione alle funzioni di segretario comunale, alla quale possono partecipare i cittadini italiani che abbiano la residenza anagrafica nella Regione e siano in possesso del diploma di laurea in discipline giuridiche, economiche, politiche, sociali e statistiche.”.’

Collega Morandini, lei ha chiesto di intervenire sull'emendamento e di conseguenza sull'articolo. Prego.

MORANDINI: Viene meno la ragione del mio intervento, Presidente, perché era riferito al termine del 31 gennaio, che chiaramente non è possibile attuare, lei ha appena letto un emendamento che sposta di due mesi il termine e quindi consente l'applicazione della norma, per cui l'intervento di fatto non ha più ragione di essere.

PRESIDENTE: La ringrazio, collega.

Siamo sull'emendamento, se nessuno intende intervenire lo pongo in votazione.

Chi è favorevole all'emendamento? Chi è contrario? Chi si astiene?

Con nessun voto contrario, 5 astensioni e tutti gli altri favorevoli, l'emendamento è approvato.

Votiamo l'art. 1 così emendato. Chi è favorevole? Chi è contrario? Chi si astiene?

Con nessun voto contrario, 6 astensioni e tutti gli altri favorevoli, l'art. 1 così emendato è approvato.

Art. 2

(Commissione giudicatrice dell'esame abilitante speciale)

1. La Commissione giudicatrice dell'esame di cui al precedente articolo 1, è nominata dalla Giunta provinciale che indice l'esame, ed è composta:

- a) da un magistrato, quale presidente;
- b) da un docente universitario delle materie su cui vertono le prove d'esame;
- c) da due esperti da individuarsi da parte della Giunta provinciale fra liberi professionisti con particolare esperienza nelle materie su cui vertono le prove d'esame;
- d) dal dirigente del Servizio Enti locali della Provincia e dal direttore dell'ufficio Enti locali della Regione Trentino-Alto Adige;
- e) da un segretario comunale di comune di terza classe o classe superiore, scelto dalla Giunta provinciale in una terna proposta dalle organizzazioni sindacali di categoria.

2. Un funzionario della Provincia, con qualifica funzionale non inferiore alla settimana, esercita le funzioni di segretario della commissione.

3 La composizione della commissione per la Provincia di Bolzano deve adeguarsi alla consistenza dei gruppi linguistici quale risulta dall'ultimo censimento generale della popolazione.

Dò lettura anche dell'emendamento presentato da parte della Giunta, il quale recita: 'Il comma 3 è soppresso.'

Prego il collega Denicolò di dare lettura del testo in tedesco.

DENICOLO':

Artikel 2

(Kommission für die besondere Befähigungsprüfung)

1. Die Prüfungskommission für die im vorstehenden Artikel 1 vorgesehene Befähigungsprüfung wird vom Landesausschuß ernannt, der die Prüfung anberaumt. Sie setzt sich wie folgt zusammen:

- a) aus einem Richter als Vorsitzendem;
- b) aus einem Universitätsdozenten für die jeweiligen Prüfungsfächer;
- c) aus zwei Experten, die vom Landesausschuß unter Freiberuflern mit besonderer Erfahrung in den Prüfungsfächern ausgewählt werden;
- d) aus dem Leiter der Abteilung für örtliche Körperschaften der Provinz und aus dem Direktor des Amtes für örtliche Körperschaften der Region Trentino-Südtirol;
- e) aus einem Gemeindesekretär einer Gemeinde dritter Klasse oder einer höheren Klasse, der vom Landesausschuß aus einem Dreivorschlag der Fachgewerkschaften ausgewählt wird.

2. Ein Beamter der Provinz, der mindestens im siebten Funktionsrang eingestuft sein muß, übt die Obliegenheiten eines Schriftführers der Kommission aus.

3. Die Zusammensetzung der Prüfungskommission für die Provinz Bozen muß der aus der letzten allgemeinen Volkszählung hervorgehenden Stärke der Sprachgruppen angepaßt sein.

Es liegt ein Abänderungsantrag der Regierung vor.
Abänderungsantrag zum Artikel 2: "Der Absatz 3 wird aufgehoben"

PRESIDENTE: Nessuno intende intervenire sull'emendamento? Nessuno.

Lo pongo in votazione.

Chi è favorevole? Chi è contrario? Chi si astiene?

Con nessun voto contrario, 6 astensioni e tutti gli altri favorevoli,
l'emendamento è approvato.

Pongo in votazione l'art. 2 così emendato.

Chi è favorevole? Chi è contrario? Chi si astiene?

Con nessun voto contrario, 6 astensioni e tutti gli altri favorevoli, l'art. 2 è
approvato.

Leggo l'emendamento che sostituisce l'originario art. 3:

‘Emendamento all’articolo 3

L’articolo 3 è sostituito dal seguente:

“Articolo 3

Nomina segretari comunali IV^a classe

1. Fino all’entrata in vigore del nuovo ordinamento sullo stato giuridico e trattamento economico dei segretari comunali, l’assunzione in ruolo dei segretari di IV^a classe è deliberata, per ciascun Comune, dal Consiglio comunale, a seguito di apposito concorso per titoli, sulla base dei criteri stabiliti dal D.P.G.R. 26 agosto 1993, n. 15/L.
2. Possono partecipare al concorso i segretari comunali in servizio e i cittadini italiani i quali abbiano raggiunto la maggiore età e non abbiano superato i 45 anni, salvo le eccezioni di legge, i quali, oltre a possedere i generali requisiti richiesti per accedere a posti di impiego comunale, siano in possesso di certificato di idoneità all’esercizio delle funzioni di segretario comunale rilasciato dai competenti organi statali o dalle Giunte provinciali di Trento e Bolzano.
3. Costituisce titolo preferenziale e valutabili ai fini del concorso, l’attestato di frequenza al corso abilitante di cui all’articolo 44 della legge regionale 5 marzo 1993, n. 4.
4. Per la nomina e la composizione della commissione giudicatrice del concorso per le sedi segretarili di IV^a classe si applicano le disposizioni di cui all’articolo 56 della legge regionale 5 marzo 1993, n. 4.
5. Sono abrogati gli articoli 49 e 50 della legge regionale 5 marzo 1993, n. 4.”

Si tratta di una correzione tecnica. Infatti si era incorsi in un errore materiale, peraltro corretto d’ufficio.

Prego dare lettura del testo in lingua tedesca.

WILLEIT: Ersatzantrag zum Artikel 3, eingebracht von der Regionalregierung

Artikel 3

(Ernennung der Gemeindesekretäre vierter Klasse)

1. Bis zum Inkrafttreten der neuen Ordnung betreffend die dienst- und besoldungsrechtliche Stellung der Gemeindesekretäre wird die Aufnahme in den Stellenplan der Gemeindesekretäre vierter Klasse in jeder Gemeinde vom entsprechenden Gemeinderat nach Abhaltung eines eigens dazu bestimmten und aufgrund der im DPRA vom 26. August 1993, Nr. 15/L festgesetzten Kriterien durchgeführten Wettbewerbs nach Titeln beschlossen.

2. Am Wettbewerb dürfen die bereits Dienst leistenden Gemeindesekretäre und die italienischen Staatsbürger teilnehmen, welche die Volljährigkeit erreicht und das fünfundvierzigste Lebensjahr nicht überschritten haben, und zwar vorbehaltlich der im Gesetz vorgesehenen Ausnahmen, und welche die erforderlichen allgemeinen Voraussetzungen für die Aufnahme in den Dienst bei der Gemeinde erfüllen und überdies im Besitz der Bescheinigung über die Eignung zur Ausübung der Obliegenheiten eines Gemeindesekretärs sind, die von den zuständigen Organen des Staates oder von Landesausschüssen von Trient bzw. Bozen erlassen wird.

3. Die Bescheinigung über den Besuch des Befähigungslehrganges laut Artikel 44 des Regionalgesetzes vom 5. März 1993, Nr. 4 gilt als Vorzugstitel und wird zu den Zwecken des Wettbewerbs bewertet.

4. In bezug auf die Ernennung und die Zusammensetzung der Prüfungskommission für den Wettbewerb für Sekretariatssitze vierter Klasse gelten die im Artikel 56 des Regionalgesetzes vom 5. März 1993, Nr. 4 enthaltenen Bestimmungen.

Achtung hier gibt es eine Korrektur:

5. Die Artikel 49 und 50 des Regionalgesetzes vom 5. März 1993, Nr. 4 sind aufgehoben.

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire sull'articolo? Nessuno.

Pongo in votazione l'articolo. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. chi è contrario? Chi si astiene?

Con nessun voto contrario, 7 astensioni e tutti gli altri favorevoli, l'articolo è approvato.

Ci sono dichiarazioni di voto?

In dichiarazione di voto ha chiesto di intervenire il collega Willeit.

WILLEIT: Grazie, signor Presidente, sarò brevissimo. A dire il vero per quanto riguarda la prima parte del disegno di legge era migliore quella originale, mentre l'emendamento all'art. 3 è indubbiamente molto giusto ed opportuno.

Per quale motivo era migliore la prima edizione per quanto riguarda la sessione straordinaria? Perché si riferiva a Bolzano ed a Trento e come tale instaurava un trattamento uguale, quanto meno nella forma, fra i concorrenti, oggi si instaura un trattamento differente, riferito esclusivamente al fabbisogno delle amministrazioni; differente, perché nella Provincia di Trento si procederà entro l'estate a selezionare i nuovi segretari comunali, a dichiararli idonei con un semplice esame di idoneità, mentre nello stesso tempo in Provincia di Bolzano si aprirà il corso di preparazione a segretari comunali, corso che si protrarrà per ben un anno e mezzo e porterà alla preparazione ed al conseguimento dell'idoneità appena nel 1999, dunque vedete che grande differenza. Per fortuna c'è la possibilità che anche gli aspiranti della Provincia di Bolzano possano partecipare a questo esame in quel di Trento, solo che non riesco ad individuare i criteri oggettivi, della composizione della commissione che indicano o che siano preordinati ad un esame previsto per ambedue le Province.

Volevo sottolineare questa dissonanza e null'altro, sperando che nell'espletamento concreto del concorso si tenga conto anche del fatto che possono parteciparvi anche aspiranti della Provincia di Bolzano, aspiranti che un domani andranno a ricoprire i posti di segretario comunale nei comuni di lingua tedesca e nei comuni di lingua ladina.

Condivido pienamente e ritengo proprio opportuno al cambiamento questa abolizione della selezione a livello provinciale dei segretari di IV^a categoria, che si è dimostrata veramente non all'altezza e non idonea.

PRESIDENTE: Nessun altro intende prendere la parola in dichiarazione di voto.

Passiamo alla votazione.

Ricordo all'aula che abbiamo ancora una delibera per la quale ci siamo impegnati, che riguarda l'autorizzazione alla Giunta regionale a non indire il referendum consultivo in relazione all'istanza di modifica delle circoscrizioni territoriali dei comuni di Cavalese e di Tesero, presentata dalla Giunta regionale.

Tutti hanno la scheda, possiamo iniziare con l'appello. Prego, collega Denicolò.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione:

votanti	37
schede favorevoli	27
schede contrarie	3
schede bianche	7

Il Consiglio approva.

Sono presenti 37 consiglieri, credo sia opportuno sospendere ora, alle 18.04 i lavori, in quanto per l'approvazione di questa delibera necessita la maggioranza assoluta. Chiudo pertanto i lavori, augurando a tutti una buona serata.

La seduta è tolta.

(ore 18.04)

INDICE

Disegno di legge n. 77:

Interventi di previdenza integrativa a sostegno dei fondi pensione a base territoriale regionale. (presentato dai Consiglieri regionali Peterlini e Grandi)

pag. 5

Disegno di legge n. 76:

Norme transitorie per il conseguimento dell'abilitazione alle funzioni di segretario comunale (presentato dalla Giunta regionale)

pag. 66

Disegno di legge n. 16:

Ulteriori procedure per il conseguimento dell'abilitazione alle funzioni di segretario comunale. Modifica alla legge regionale 5 marzo 1993, n. 4 (presentato dal consigliere Fedel).

pag. 66

INHALTSANGABE

Gesetzentwurf Nr. 77:

Maßnahmen im Bereich der Ergänzungsvorsorge in Zusammenhang mit den Rentenfonds auf regionaler Ebene (eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Peterlini und Grandi)

Seite 5

Gesetzentwurf Nr. 76:

Übergangsbestimmungen für die Erlangung der Befähigung zur Ausübung der Obliegenheiten eines Gemeindesekretärs (eingebracht vom Regionalausschuß)

pag. 66

Gesetzentwurf Nr. 16:

Weitere Verfahrensweisen zur Erlangung des Befähigungsdiploms zur Ausübung der Obliegenheiten eines Gemeindesekretärs. Änderung des Regionalgesetzes Nr. 4 vom 5. März 1993 (eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Fedel)

pag. 66

INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER

KURY Cristina Anna <i>(Gruppo Lista Verde-Grüne Fraktion-Grupa Vërc)</i>	pag.	2-6-22-24-34-39-52-61
DALBOSCO Marco <i>(Gruppo La Rete)</i>	"	3-27-64
BENEDIKTER Alfons <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i>	"	5-10-13-31-32-33-37-39-57
GRANDI Tarcisio <i>(Gruppo Partito Popolare del Trentino-A.A.)</i>	"	13-16-30-33-47-49-50-54-66
DIVINA Sergio <i>(Gruppo Lega Nord Regione Trentino-A.A. per l'indipendenza della Padania)</i>	"	14
TAVERNA Claudio <i>(Gruppo Alleanza Nazionale)</i>	"	17-40-47-48-50-53-59
PETERLINI Oskar <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	"	20-25-28
ATZ Roland <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	"	23-35-64-69
DE STEFANI Renzo <i>(Gruppo La Rete)</i>	"	24-27-30-39-52
WILLEIT Carlo <i>(Gruppo Ladins - Autonomia Trentino)</i>	"	31-75
KLOTZ Eva <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i>	"	35
PALERMO Carlo <i>(Gruppo Misto)</i>	"	42

MORANDINI Pino

(Forza Italia - C.D.U.)

pag. 43-47-51-58-71

ALESSANDRINI Carlo

(Gruppo Partito Democratico della Sinistra)

" 60

LEITNER Pius

(Gruppo Die Freiheitlichen)

" 62-67